



29. JANUAR 2011
60. LANDESPARTEITAG
DONAUESCHINGEN



CDU

Chancen ergreifen. Wohlstand sichern.

DER BADEN-WÜRTTEMBERG-WEG IM NEUEN JAHRZEHNT

**REGIERUNGSPROGRAMM
DER CDU BADEN-WÜRTTEMBERG
2011 - 2016**

- ENTWURF -

**Vorlage für den 60. Landesparteitag
am 29. Januar 2011 in Donaueschingen**



VORWORT..... 9

I. CHANCENREICH AUFWACHSEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG..... 11

Das Kinderland Baden-Württemberg ist ein Erfolgsmodell.	11
Lebensentwürfe respektieren - Bedarfsgerechte Betreuung garantieren.	11
Wir setzen auf die Eltern - wir ersetzen sie nicht: Elternbildung im Kinderland.....	11
Angebote für Betreuung und Bildung stark ausgebaut.	11
Qualität und Quantität beim Ausbau der Kinderbetreuung.	12
Kindern materielle Sicherheit bieten.....	12
Integration braucht Sprache - Jedes Kind spricht deutsch.	13
Mittelfristig kostenfreies und verpflichtendes Kindergartenjahr.	13
Singen - bewegen - sprechen: Möglichst für alle Kinder.....	13
Engagiert erzogene Kinder - Engagierte Frauen im Beruf.	13
Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht Wirtschaft und Politik.	14
Alleinerziehende besonders unterstützen.....	14
Hinschauen statt wegschauen: Kinderschutz.	14
Eltern brauchen alltagstaugliche Unterstützung.....	14
Vernachlässigung von Kindern muss Folgen haben.	15
Subsidiarität auch in der Kinderbetreuung.....	15
Eltern bei unerfülltem Kinderwunsch unterstützen.....	15
Schutz des ungeborenen Lebens.....	15
Keine Zeugung auf Probe - Verbot der PID.	16

II. CHANCENREICH LERNEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG 17

Chancenreich lernen in Baden-Württemberg.	17
Beste Bildung für jedes Kind.....	17
Kein Abschluss ohne Anschluss.....	18
Erfolgreich lernen zwischen drei und zehn.....	18
An den Bildungschancen unserer Kinder wird nicht gespart.....	19
Guter Unterricht an allen Schulen.	19
Verlässliche Unterrichtsversorgung.	20
Wir lassen die Schule im Dorf.	20
Ganztagsangebote weiter ausbauen: Jeder kann, keiner muss.	20
Fokus Realschule.....	21
Für eine Kultur der Unterstützung.....	21
Motivierte Lehrer für gute Bildung.....	21
Inklusive Bildungsangebote ausbauen.	22

Schulen in freier Trägerschaft fördern.	22
Bildungsangebote außerhalb der Schule anbieten.....	22
Chancenreich forschen und studieren.....	24
Wissensvorsprung des Landes weiterentwickeln.	24
Exzellente Hochschulen.....	24
Erfolgreich studieren.....	25
Damit Ideen zu Produkten werden.	27
Starke Partner in der Forschung.....	27
Unser Ziel: Arbeit für alle.	29
Unser Arbeitsmarkt bietet vielfältige Chancen.	29
Wir haben die Wirtschaftskrise erfolgreich bewältigt.	29
Arbeitslose wirkungsvoll unterstützen.	30
Gleiche Chancen für Frauen und Männer.	30
Ältere Arbeitnehmer fördern.....	30
Mitarbeiterbeteiligung als gelebte Sozialpartnerschaft.....	31
Musterland für faire Arbeit.	31
Unser Erfolgsmodell: Die duale Ausbildung.....	31
Bündnis für Ausbildung fortsetzen.....	32
Weiterbildung stärken.	32
Faire Steuern - damit sich Leistung lohnt.	32
V. CHANCENREICH WIRTSCHAFTEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG	34
Baden-Württemberg nutzt die Chancen des Wandels.....	34
Neue Wachstumsfelder erschließen.....	34
Nachhaltige Mobilität: Wachstum mit neuem Antrieb.....	34
Umwelttechnik: Sauberes Wachstum schaffen.....	35
BIP durch Bits: Wachstum durch Software und Medien.....	35
Wachstumsbereich Gesundheitswirtschaft.....	35
Tourismus: Wachstum durch Gastfreundschaft.....	36
Ein neuer Gründergeist für unser Land.	36
Der Mittelstand ist und bleibt das Kernstück unserer Wirtschaft.....	36
Baden-Württemberg ist das Land des Mittelstands.....	36
Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands stärken.....	37
Innovationsfähigkeit des Mittelstands verbessern.	37
Neues Wachstum braucht frisches Geld.....	37
Qualifizierte Fachkräfte für chancenreiches Wirtschaften.	38
Gesteuerte Zuwanderung als Chance begreifen.	38

VI. CHANCEN NACH DEM ARBEITSLEBEN	40
Den demographischen Wandel als Chance begreifen.....	40
Eine Chance für unsere Gesellschaft - das Potential älterer Menschen nutzen.....	40
Weiterbildung auch im Alter.....	40
Würde im Alter bewahren.	41
Soviel Selbständigkeit wie möglich, soviel Hilfe wie nötig.	41
Häusliche Betreuung ermöglichen und lokale Initiativen stärken.....	41
Ausbau der Pflegestützpunkte vorantreiben.	41
Individuelle Betreuung fortentwickeln - Verantwortung füreinander übernehmen....	42
Im wohnortnahen Pflegeheim zuhause - im Zentrum der Gemeinschaft.....	42
Eine qualitativ hochwertige Betreuung - für uns ein Herzensanliegen.....	42
Bewusstsein für das Miteinander.....	43
VII. GRUNDLAGEN UNSERES CHANCENREICHTUMS	44
A. Bezahlbare und saubere Energie	44
Verantwortungsvoller Energiemix.....	44
Unser Energiekonzept - mutig und vernünftig zugleich.....	45
Energie einsparen.....	45
20 Prozent erneuerbare Energien bis 2020.	45
Verantwortungsvoller Ausbau regenerativer Energien.....	45
Energieforschung verstärken.....	46
Baden-Württemberg - Vorreiter bei erneuerbarer Wärme.	46
B. Umweltschutz	47
Umweltschutz - eine Verpflichtung für die Union.....	47
Vorfahrt für den Klimaschutz.	47
Wirksamer Klimaschutz braucht das Engagement vieler Akteure.	47
Umweltbewusstsein durch Umweltbildung.	48
Land und Leute vor Lärm schützen.	48
Luft und Wasser sauber halten.....	49
Hochwasserschutz: Schutz vor den Gefahren des Wassers.	49
Bewahrung unseres Naturerbes.....	49
Tiere schützen.....	50
Flächenverbrauch reduzieren.	50
Umwelttechnik und Ressourcenschonung.	50
Nachhaltigkeit im Dialog.....	51
C. Innere Sicherheit	51
Wir sind das Land, in dem Recht und Ordnung etwas gelten.	51

Die Ausstattung unserer Polizei ist spitze.....	52
Gute Polizeiarbeit braucht motivierte Polizisten.....	52
Terroristen und Chaoten keine Chance geben.....	53
Für sichere Städte und Gemeinden.....	53
Kein Platz für Kriminelle.....	54
Jugendkriminalität bekämpfen - Prävention ausbauen.....	54
Sexualstraftäter und Sicherungsverwahrung.....	55
Das Internet - kein rechtsfreier Raum.....	55
Lebensrettern durch Unterstützung helfen.....	55
Zivilcourage fördern.....	56
Bundeswehr: Sicherheit garantieren, starke Standortstruktur erhalten.....	56
D. Heimat und Identität.....	56
Baden-Württemberg - eine starke Heimat.....	56
Chancen eröffnen. Erfolgreich integrieren.....	57
Deutsche Sprache als Schlüssel zum Erfolg.....	57
Integration fördern und fordern.....	57
Integration braucht Selbstbewusstsein.....	58
Dialog der Religionen - Bekenntnis zur christlichen Kulturprägung.....	58
E. Kunst und Kultur.....	58
Kunst für alle.....	59
Kulturangebote in Spitze und Breite.....	59
F. Engagiertes Baden-Württemberg.....	60
Gemeinsam Brücken schlagen.....	60
Ehrenamt und Beruf verbinden.....	60
Miteinander füreinander.....	60
Freiwilligendienste ausbauen.....	61
Ehrenamt und Schule - Großartiges miteinander verbinden.....	61
Der Sport: Leistung, Teamgeist, Engagement.....	61
Solidarität erhalten.....	62
Die Bürgergesellschaft weiter entwickeln.....	62
Die CDU ist der Partner des Ehrenamts.....	62
G. Gesund in Baden-Württemberg – nicht nur Anspruch, sondern Wirklichkeit.....	63
Landespolitische Spielräume gegenüber dem Bund nutzen.....	63
Gesundheitsförderung und Prävention stärken.....	63
Wohnortnahe Krankenhausversorgung sichern.....	64
Barrieren überwinden, Teilhabe möglich machen.....	64
Ein Zeichen der Menschlichkeit.....	64

H. Verlässlicher Verbraucherschutz	65
Schwerpunkte: Sichere Lebensmittel und solide Finanzprodukte.	65
Neue Medien sicher und generationengerecht nutzen.	66
I. Moderne und gute Verwaltung sichert Zukunft	67
Gemeinsam gut regieren.	67
Verwaltungsstruktur weiterentwickeln.	67
Bürgernahe Verwaltung.	67
Bürokratie abbauen - Chancen Raum geben.	68
VIII. CHANCEN IM LÄNDLICHEN RAUM	69
Politik für das ganze Land.	69
Starke Ländliche Räume.	69
Schnelles Internet im ganzen Land.	69
Flächendeckende Hochschulstruktur garantieren.	70
Mit uns bleibt die Schule im Dorf.	70
Daseinsvorsorge in den Dörfern sichern.	70
Unser Erfolgsmodell: Das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum.	70
Damit der Landarzt auf dem Land bleibt.	71
Faire Chancen für die Land- und Forstwirtschaft.	71
Verlässliche Unterstützung unserer Landwirte.	71
Landwirtschaft in Verantwortung vor der Schöpfung.	72
IX. CHANCEN DURCH MOBILITÄT	73
Wir haben Nachholbedarf im Verkehrsbereich.	73
Nachhaltige Mobilität - Schlüssel zur Zukunft.	73
Moderne Mobilität: Neue Antriebstechnologien.	73
Verkehr sinnvoll lenken.	74
Höchste Eisenbahn für eine moderne Bahninfrastruktur.	74
Wir stehen zum Bahnprojekt Stuttgart 21.	75
Rheintalbahn bürger- und umweltfreundlich ausbauen.	75
Wichtige Schienenprojekte vorantreiben.	75
Erfolgsgeschichte des ÖPNV weiterschreiben.	76
Ohne Straßen läuft nichts.	76
Fernstraßen zügig ausbauen.	77
Sichere Infrastrukturfinanzierung gewährleisten.	78
Flugverkehr - Zurückhaltung beim Infrastrukturausbau.	78
Stärkung des Schiffsverkehrs auf dem Neckar.	78

X. CHANCEN DURCH SOLIDE HAUSHALTE	79
Solide Finanzpolitik ist das Markenzeichen der CDU.	79
Sparen für unsere Kinder.....	79
Nullverschuldung ist unser Ziel.....	80
Belastungen künftiger Haushalte nicht aus dem Blick verlieren.....	80
Änderungen am Länderfinanzausgleich sind nötig.	80
Land und Kommunen - starke Partner.....	81
XI. BADEN-WÜRTTEMBERGS CHANCEN IN DER WELT UND IN EUROPA	83
Europa ist Chance und Erfolg.....	83
EU-Erweiterung mit Augenmaß.	83
Den europäischen Gedanken mit Leben füllen.....	83
Der Euro muss stabil bleiben.	84
Finanzen fair und transparent ausgestalten.....	84
Verantwortung in der Welt.	84
XII. BADEN-WÜRTTEMBERGS CHANCEN IN GUTEN HÄNDEN	86
Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit.....	86
Politik im Dialog - Bürgerbeteiligung.	86
Stefan Mappus - unser Ministerpräsident.	87

VORWORT

Am 27. März 2011 ist Landtagswahl. Die Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg entscheiden an diesem Tag, wem sie ihr Mandat für die Regierungsarbeit in den kommenden fünf Jahren geben wollen.

Baden-Württemberg ist mit der CDU immer gut gefahren. Wir haben bewiesen, dass wir unsere Verantwortung für Land und Leute mit Verlässlichkeit und Kompetenz wahrnehmen. Und wir haben die Kraft und die Ideen, wie wir die klassischen Stärken dieses Landes für eine chancenreiche Zukunft nutzen können. Damit bewerben wir uns bei allen Baden-Württembergerinnen und Baden-Württembergern um ihr Vertrauen und um einen neuen Regierungsauftrag.

Baden-Württemberg ist Heimat mit Zukunft. Als Exportland im Herzen Europas sind wir weltoffen und weltgewandt. Wir wagen Neues, haben aber auch Respekt vor Gewachsenem. Das ist ebenso typisch Baden-Württemberg wie typisch CDU. Wir krempeln die Ärmel hoch und machen. Wir können mit Selbstbewusstsein ins neue Jahrzehnt gehen und dabei auf unsere angestammten kreativen Kräfte vertrauen. Unser Land hat die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise schnell und erfolgreicher als andere bewältigt. Bei Wachstum und Arbeitsmarkt, Bildung und Forschung, Lebensqualität und Sicherheit erreicht Baden-Württemberg Bestwerte. Das sind die Leistungen, auf die wir unsere künftige Politik aufbauen werden.

Wir wissen dabei, dass der Erfolg Baden-Württembergs nicht selbstverständlich ist. Um unseren Wohlstand zu sichern, müssen wir die Chancen entschlossen nutzen, die sich uns bieten. Stillstand und Verhinderungsdenken kann sich unser Land nicht leisten. Baden-Württemberg war immer dann erfolgreich, wenn es Herausforderungen tatkräftig angenommen hat. Für die CDU ist deshalb klar: Wir wollen, dass unser Land ein Modell deutscher Möglichkeiten bleibt. Wir wollen, dass Baden-Württemberg seinen Bürgerinnen und Bürgern auch in den kommenden Jahren die besten Lebensbedingungen und die meisten Perspektiven bietet. Wir sind bereit, dafür die notwendigen Entscheidungen zu treffen und weiter Verantwortung für Baden-Württemberg zu übernehmen.

Deshalb arbeiten wir in der CDU weiter für unsere Ziele:

- für eine starke Wirtschaft und sichere, attraktive Arbeitsplätze in Baden-Württemberg: Wir setzen gezielt auf die Wachstumsbranchen der Zukunft und sorgen so dafür, dass Wertschöpfung und Chancen im Land bleiben;

- 33 • für beste Bildungschancen für alle: Wir machen Baden-Württemberg noch stärker zum
34 Land der Bildungsaufsteiger und sorgen dafür, dass jedes Kind seinen Bildungsweg er-
35 folgreich gehen kann;
- 36 • für Forschungsstärke und Innovationskraft: Wir stehen für Exzellenz in Forschung, Wis-
37 senschaft und Hochschule, damit sich kluge Köpfe in Baden-Württemberg wohl fühlen;
- 38 • für eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur: Wir wollen, dass die Menschen im
39 Land von guten Verkehrswegen, einer verlässlichen Energieversorgung und schnellen
40 Datenverbindungen profitieren;
- 41 • für einen fairen Ausgleich zwischen Stadt und Land: Wir sind die Partei des Ländlichen
42 Raumes;
- 43 • für solide Staatskassen: Wir kehren schnellstmöglich zurück zu einem Landeshaushalt
44 ohne neue Schulden, damit auch künftige Generationen ihre Chancen nutzen können;
- 45 • für Recht und Sicherheit, auf die sich alle Bürger verlassen können;
- 46 • für ein lebendiges Miteinander: für den Zusammenhalt von Alt und Jung, für gelingen-
47 de Integration nach klaren Regeln, für ein menschliches und engagiertes Baden-
48 Württemberg.

49 Die CDU Baden-Württemberg orientiert sich an der konkreten Wirklichkeit der Menschen
50 im Land. Für uns zählt jeder Einzelne mit seinen persönlichen Begabungen, Erwartungen
51 und Zielen. Deshalb wollen wir, dass jede Baden-Württembergerin und jeder Baden-
52 Württemberger auch in den kommenden Jahren die reichen Chancen nutzen und verwirkli-
53 chen kann, die dieses Land eröffnet - an allen Stationen des Lebens und mit allen Möglich-
54 keiten. Dafür stehen wir. Das entspricht unserem christlichen Menschenbild, das Grundla-
55 ge unserer Politik ist und bleibt. Und es folgt aus den Werten, die uns in der CDU leiten.

56 Die CDU Baden-Württemberg steht für Freiheit in Verantwortung, für Zusammenhalt in
57 der Sozialen Marktwirtschaft, für neue Chancen aus bleibendem Erfolg.

58 Baden-Württemberg ist das Land des Chancenreichtums. Dieser Chancenreichtum ist die
59 Quelle unserer gemeinsamen Stärke. Wir wollen diese Stärke erhalten und ausbauen. Un-
60 ser Angebot und unsere Verpflichtung für Baden-Württemberg heißt: Chancen ergreifen,
61 Wohlstand sichern.

I. CHANCENREICH AUFWACHSEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Das Kinderland Baden-Württemberg ist ein Erfolgsmodell.

Kinder stehen für alle Zukunftschancen einer Gesellschaft. Für die CDU Baden-Württemberg gibt es nichts Wertvolleres als Kinder. Deshalb haben wir vor fünf Jahren mit dem Projekt Kinderland Baden-Württemberg einen ganzheitlichen Ansatz gewählt. Es geht um eine Politik, in deren Mittelpunkt Kinder und Jugendliche stehen - mit all ihren besonderen Bedürfnissen und Möglichkeiten. Auf diesem Weg des Kinderlandes Baden-Württemberg haben wir viel erreicht: Wir haben seit dem Jahr 2003 die Mittel für die Kleinkindbetreuung mehr als verzehnfacht. Baden-Württemberg ist beim Ausbau der Kleinkindbetreuung bundesweit mit an vorderster Stelle.

Lebensentwürfe respektieren - Bedarfsgerechte Betreuung garantieren.

In den ersten sechs Lebensjahren des Kindes werden wesentliche Grundlagen für den späteren Lebensweg gelegt. Sowohl die Erziehung in der Familie als auch in öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen, durch Tagesmütter oder durch Tagesväter prägen die kindliche Entwicklung. So vielfältig wie die Lebensentwürfe der Familien in Baden-Württemberg sind, so individuell fallen die Entscheidungen für die beste Betreuungsform aus. Für die CDU Baden-Württemberg hat die Wahlfreiheit der Eltern bei der Frage der Betreuung ihrer Kinder oberste Priorität. Wir unterstützen die, die ihre Kinder selbst betreuen und erziehen möchten, genauso wie diejenigen, die private und öffentliche Betreuungsangebote nutzen.

Wir setzen auf die Eltern - wir ersetzen sie nicht: Elternbildung im Kinderland.

Wir stehen zur Verantwortung der Eltern, denn die Erziehung eines Kindes lässt sich nicht abgeben. Wo Eltern Unterstützung wünschen oder Bedarf deutlich wird, sollen unsere Angebote helfen. Gerade unser Programm „Stärke“ zur Förderung von Alltags-, Erziehungs- und Elternkompetenz hat sich als Angebot an die Eltern bewährt. Wir werden es weiterentwickeln und den Eltern in Baden-Württemberg dauerhaft anbieten. Dazu wird das Programm „Stärke“ auf werdende Eltern, Eltern größerer Kinder sowie minderjährige und in Ausbildung befindliche Eltern ausgedehnt. So können wir den Eltern gezielten Rat und Hilfe in schwierigen Situationen anbieten. Darüber hinaus unterstützen wir die geplante Einführung des Betreuungsgeldes auf Bundesebene.

Angebote für Betreuung und Bildung stark ausgebaut.

Die CDU Baden-Württemberg steht zum festgelegten Ausbauziel bei der Kleinkinderbetreuung mit einer Versorgungsquote von 34 Prozent. An der Umsetzung dieser ehrgeizigen Vorgabe arbeiten wir hart, um bis zum Jahr 2013 das Ziel zu erreichen. Dabei hat sich

96 gerade der stufenweise Ausbau der Kleinkinderbetreuung in Zusammenarbeit mit Städten
97 und Gemeinden bewährt. Die CDU Baden-Württemberg wird auch in der kommenden Le-
98 gislaturperiode den weiteren Ausbau der Kleinkinderbetreuung unterstützen.

99 Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für ein- bis unter dreijäh-
100 rige Kinder ist eine weitere zentrale Herausforderung für unser Kinderland Baden-
101 Württemberg. Wir brauchen diesen Ausbau, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu
102 verbessern. Auch hier gilt: Wir wollen einen bedarfsorientierten Ausbau des Angebots.
103 Starre Betreuungsquoten über das ganze Land hinweg helfen nicht weiter.

104 **Qualität und Quantität beim Ausbau der Kinderbetreuung.**

105 Genauso wichtig wie der Ausbau der Menge an Betreuungsplätzen ist die Verbesserung
106 der Qualität der Kinderbetreuungsangebote. Gerade die zeitliche Flexibilität des Be-
107 treuungsangebots ist für die Eltern wichtig. Die Öffnungszeiten von Kindergärten und
108 Kindertagesstätten müssen die Lebenswirklichkeit der Eltern widerspiegeln. Nur so garan-
109 tieren wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

110 Die Qualifizierung der Betreuerinnen und Betreuer ist eine entscheidende Voraussetzung
111 für eine gute Erziehung unserer Kinder. Neben der bewährten Ausbildung der Erzieherin-
112 nen und Erzieher stehen wir zur Ausbildung von Fachkräften in Hochschulstudiengängen
113 für frühkindliche Bildung. Auch die berufsbegleitende Weiterbildung der Fachkräfte im
114 Erziehungsbereich wird die CDU Baden-Württemberg unterstützen.

115 Tagesmütter und -väter leisten einen wichtigen Beitrag zur Betreuung von Kindern in Ba-
116 den-Württemberg. Die CDU setzt auch hier auf hohe Qualifikationsanforderungen: Alle
117 Tagesväter und Tagesmütter müssen einen Grundqualifizierungskurs zur Betreuung und
118 einen Erste-Hilfe-Kurs für Säuglinge absolvieren. Bei der Tageselternbetreuung in Betrie-
119 ben sehen wir noch große Potentiale.

120 **Kindern materielle Sicherheit bieten.**

121 Familien brauchen Sicherheit. Die hohe Lebensqualität und die guten wirtschaftlichen Be-
122 dingungen in Baden-Württemberg sind eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Kinder
123 gut aufwachsen können. Die CDU unterstützt aber auch gezielt die Familien mit geringem
124 Einkommen. Dazu ist unser Landeserziehungsgeld ein wichtiges Markenzeichen. Mit dem
125 Landeserziehungsgeld fördern wir junge Eltern auch in Zukunft in der Zeit nach dem Bezug
126 des Bundeselterngeldes wirksam. Kindererziehung ist in höchstem Maße ein Dienst an der
127 Gesellschaft und muss sich auch bei den Rentenansprüchen der Eltern niederschlagen.

128 Weil Kinder die Geborgenheit eines Zuhauses brauchen, helfen wir Eltern auf dem Weg in
129 die eigenen vier Wände. Mit dem Landeswohnbauförderungsprogramm werden Familien
130 unterstützt, selbst genutztes Wohneigentum zu schaffen. Um Familien den Erwerb von
131 Wohneigentum zu erleichtern, wollen wir ein Baukindergeld einführen. Die CDU setzt sich
132 außerdem für kommunale Initiativen ein, die es Eltern mit Kindern durch geeignete För-
133 derinstrumente erleichtern, Wohneigentum zu erwerben.

134 **Integration braucht Sprache - Jedes Kind spricht deutsch.**

135 Von entscheidender Bedeutung für alle Kinder ist das Beherrschen der deutschen Sprache.
136 Erst sie gewährleistet Chancengleichheit und macht Integration möglich. Die CDU setzt
137 deshalb auf eine möglichst umfassende Sprachförderung bereits im Kindergarten. Jedes
138 Kind, das in Baden-Württemberg eingeschult wird, spricht deutsch.

139 **Mittelfristig kostenfreies und verpflichtendes Kindergartenjahr.**

140 In Weiterentwicklung des Orientierungsplans sowie des Projekts „Schulreifes Kind“ strebt
141 die CDU Baden-Württemberg in der nächsten Legislaturperiode an, für Kinder ab 5 Jahren
142 vor dem Eintritt in die vierjährige Grundschule ein kostenfreies, verpflichtendes Kinder-
143 gartenjahr einzuführen. Angesiedelt in den Kindergärten können Erzieherinnen und Erzie-
144 her zusammen mit Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern einen behutsamen
145 Übergang vom spielerischen Lernen des Kindergartens hin zur Wissensvermittlung in der
146 Grundschule ermöglichen und begleiten. Dieses Kindergartenjahr trägt, auch vor dem Hin-
147 tergrund der Sprachförderung, entscheidend zur Chancengleichheit von Kindern mit un-
148 terschiedlichen Voraussetzungen bei und fördert deren Schulfähigkeit.

149 **Singen - bewegen - sprechen: Möglichst für alle Kinder.**

150 Die CDU Baden-Württemberg unterstützt die musikalische, motorische und sprachliche
151 Entwicklung von Kindern. Wir wollen dazu beitragen, dass Kinder die Schulfähigkeit erlan-
152 gen. Musische Grundbildung ist ein wirkungsvoller Beitrag, um soziale Unterschiede in
153 unseren Schulklassen zu überwinden. Zusammen mit den Jugendmusikschulen und den
154 Musikvereinen im Land werden wir deshalb das erfolgreiche Programm „Singen - Bewegen
155 - Sprechen“ innerhalb der nächsten Legislaturperiode flächendeckend ausbauen. Möglichst
156 jedes Kind in Baden-Württemberg soll ein Musikinstrument erlernen können.

157 **Engagiert erzogene Kinder - Engagierte Frauen im Beruf.**

158 Um unsere Innovationskraft zu erhalten, können wir auf die Talente von erwerbstätigen
159 Frauen nicht verzichten. Wenn Frauen ihrem Beruf auch in der neuen Familiensituation
160 weiter nachgehen wollen, brauchen sie unsere Unterstützung.

161 Wichtig ist, dass sich auch Arbeitgeber auf diese Bedürfnisse einstellen – von der gezielten
162 Beratung bis zu passgenauen Kinderbetreuungsangeboten. Familienfreundliche Arbeits-
163 formen wie zum Beispiel die Telearbeit müssen gerade Eltern in der Familiengründungs-
164 phase offen stehen.

165 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht Wirtschaft und Politik.**

166 Die CDU Baden-Württemberg sorgt dafür, dass sich Kindergartenträger, Kommunen und
167 Wirtschaft künftig bei den Kinderbetreuungskonzeptionen in den Städten und Gemeinden
168 eng abstimmen. Kinder- und familienorientierte Personalpolitik rechnet sich für alle Ar-
169 beitgeber. Mitarbeiter, die ihre Kinder gut versorgt wissen, sind motiviert und konzen-
170 triert. Kinder- und Familienfreundlichkeit bleibt eine fordernde Aufgabe für unsere ganze
171 Gesellschaft. Sie ist auch ein harter Standortfaktor – genau wie leistungsfähige Verkehrs-
172 wege.

173 **Alleinerziehende besonders unterstützen.**

174 Ganz besonders wichtig ist uns die Unterstützung Alleinerziehender. Sie gehören zu den
175 stillen Helden unserer Gesellschaft. Alleinerziehende Eltern verfügen über Qualifikationen
176 und Kompetenzen, auf die unser Land nicht verzichten kann. Gerade ihnen helfen wir mit
177 unseren Weichenstellungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

178 **Hinschauen statt wegschauen: Kinderschutz.**

179 Der Schutz unserer Kinder vor Gewalt und Missbrauch steht für uns in der CDU über allem.
180 Kinder sollen in unserem Land gesund und behütet aufwachsen. Wirksamer Kinderschutz
181 braucht Wachsamkeit: Es darf nicht passieren, dass ein Kind deshalb zu Schaden kommt,
182 weil die Wege zwischen Verantwortlichen zu lang sind oder weil Bürokratie die Zusam-
183 menarbeit der Einrichtungen behindert. Es gilt: Hinhören statt weghören! Hinschauen
184 statt wegschauen!

185 **Eltern brauchen alltagstaugliche Unterstützung.**

186 Millionen Mütter und Väter nehmen ihre Elternverantwortung vorbildlich wahr. Doch
187 manche Eltern sind überfordert, ihren Kindern die liebevolle Zuwendung und Unterstüt-
188 zung zu geben, die sie brauchen. Dadurch kann es zu Abschottung, Vernachlässigung und
189 Gewalt kommen. In solchen Situationen brauchen Familien wirksame und praktische Un-
190 terstützung. Eltern müssen deshalb frühzeitig unterstützt und in ihren Kompetenzen ge-
191 stärkt werden. Deshalb will die CDU Baden-Württemberg das bewährte Kinderschutzkon-
192 zept Baden-Württemberg fortführen und weiter entwickeln. Das Konzept beruht auf den
193 vier Säulen Früherkennung und Prävention, Ausbau der frühen Hilfen, gezielte Qualifizie-
194 rung der Fachkräfte und Vernetzung der Akteure im Kinderschutz.

195 Die für alle Kinder verpflichtenden Früherkennungsuntersuchungen im Rahmen des Kin-
196 derschutzgesetzes Baden-Württemberg sind wirkungsvoll. Wir werden uns weiterhin dafür
197 einsetzen, Früherkennungsuntersuchungen so zu gestalten, dass Kindesvernachlässigun-
198 gen und Kindesmisshandlungen zuverlässig erkannt werden.

199 **Vernachlässigung von Kindern muss Folgen haben.**

200 Die Folgen der Vernachlässigung von Kindern sind gravierend. Kommen Eltern ihrem Er-
201 ziehungsauftrag nicht nach, weil sie selbst für einfachste Dinge keine Sorge tragen, muss
202 dies abgestufte Konsequenzen haben. Denkbar ist, staatliche Unterstützungsleistungen
203 für die Kinder, die regelmäßig den Eltern gewährt wird, den Kindern direkt über den Schul-
204 träger zukommen zu lassen. Die CDU spricht sich dafür aus, dass das Familiengericht die
205 Möglichkeit erhält, verpflichtende Elternkurse anzuordnen.

206 **Subsidiarität auch in der Kinderbetreuung.**

207 Die Betreuung und Erziehung von Kindern ist zuerst Aufgabe der Eltern, dann der Gesell-
208 schaft und des Staates. Das Subsidiaritätsprinzip begründet den Vorrang freier Träger in
209 der Kinderbetreuung. Gerade kirchliche Einrichtungen leisten hier einen entscheidenden
210 Beitrag zum Erfolg unseres Projekts Kinderland Baden-Württemberg. Sie erfüllen in be-
211 sonderer Weise den Auftrag der Landesverfassung, in der es heißt: „Die Jugend ist in Ehr-
212 furcht vor Gott zu erziehen.“

213 **Eltern bei unerfülltem Kinderwunsch unterstützen.**

214 In Baden-Württemberg ist ca. jede siebte Ehe von Fruchtbarkeitsproblemen betroffen.
215 Auch die finanzielle Unterstützung dieser Paare liegt der CDU Baden-Württemberg am
216 Herzen. Die CDU Baden-Württemberg unterstützt in diesem Zusammenhang gleicherma-
217 ßen auch Eltern, die sich ihren Kinderwunsch durch Adoption oder die Aufnahme von Pfl-
218 gekindern erfüllen wollen. Die Kriterien für Adoptionen müssen überprüft werden, da heu-
219 te die Frauen später gebären. Dies muss sich auch auf die Adoptionsmöglichkeiten auswir-
220 ken.

221 **Schutz des ungeborenen Lebens.**

222 Wir treten nachdrücklich für den Schutz des ungeborenen Lebens ein. Wir wollen die
223 Grundlagen dafür verbessern, dass jedes ungeborene Kind, auch unter erschwerten Bedin-
224 gungen, angenommen wird. Schwangere in Not- und Konfliktlagen brauchen neben finan-
225 ziellen Hilfen und einem bedarfsgerechten Betreuungsangebot unsere volle Unterstüt-
226 zung. Der Schutz des Lebens ungeborener Kinder muss in der Rechtsordnung unseres
227 Staates verankert bleiben.

228 Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, das es den Eltern leichter macht, sich für die
229 Geburt eines kranken oder behinderten Kindes zu entscheiden. Die immer weiter zuneh-
230 mende Zahl der Spätabtreibungen muss eingeschränkt werden.

231 **Keine Zeugung auf Probe - Verbot der PID.**

232 Neue Verfahren der Gendiagnostik bringen schwierige ethische Fragen mit sich. Die CDU
233 hat die Diskussion über die Möglichkeiten und Risiken der Präimplantationsdiagnostik
234 (PID) intensiv und mit großer Ernsthaftigkeit geführt. Wir sehen in der Zulassung der PID
235 die Gefahr, dass menschliches Leben in „lebenswert“ und „nicht lebenswert“ eingeteilt
236 werden könnte. Wenn Embryonen mit Behinderung bei der PID aussortiert werden, wider-
237 spricht das unserer Auffassung von der unantastbaren Würde kranker oder behinderter
238 Menschen. Es darf nicht dazu kommen, dass Eltern sich dafür rechtfertigen müssen, wenn
239 sie ein behindertes Kind zur Welt bringen. Deshalb sind wir für ein Verbot der PID.

240 **II. CHANCENREICH LERNEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG**

241 **Chancenreich lernen in Baden-Württemberg.**

242 Bildung ist das Herzstück unserer Politik. Die CDU in Baden-Württemberg will die besten
243 Schulen für unsere Kinder. Wir wollen Schulen, die jedes Kind bestmöglich fördern und
244 dabei auf alle Begabungen und Bedürfnisse eingehen. Wir wollen, dass chancenreiches
245 Lernen für alle möglich ist. Und wir wollen, dass die Abschlüsse unserer Schulen auch in
246 Zukunft etwas wert sind. Deshalb setzen wir auf unser erfolgreiches Bildungssystem der
247 vielen Wege. Nicht ein Weg für alle, sondern der passgenaue, richtige Weg für jeden - das
248 ist unser Anspruch. Die Bildungspolitik der CDU Baden-Württemberg bedeutet Vielfalt
249 statt Einfalt, Chancenreichtum statt Gleichmacherei.

250 Unsere baden-württembergischen Schulen belegen bei allen Vergleichsversuchen Spitzen-
251 plätze. Unsere Schulabschlüsse sind eine erstklassige Eintrittskarte in ein erfolgreiches
252 Berufsleben. Nicht zuletzt deshalb ist die Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg
253 eine der niedrigsten in ganz Europa. Das spricht klar für die große Qualität und für den
254 Erfolg unserer Schulen und unserer Bildungspolitik.

255 Wir haben in den vergangenen Jahren viele innovative pädagogische Konzepte ins baden-
256 württembergische Schulleben eingeführt und den Unterricht weiter verbessert. Baden-
257 Württemberg gehört im Urteil von Experten zu den modernsten Bildungsländern in
258 Deutschland. Deshalb ist klar: Mit der CDU wird es keine Ressourcen raubenden Struktur-
259 experimente auf dem Rücken unserer Schüler geben. Wir wollen unser erfolgreiches Bil-
260 dungswesen organisch weiterentwickeln - im Dialog mit Eltern, Schülern, Lehrern und
261 Kommunen. Dabei verstehen wir die Schule nicht nur als Lern-, sondern auch als Lebens-
262 raum, in dem jedes Kind seine Persönlichkeit entfalten kann. Auch deshalb unterstützen
263 wir Gewalt- und Suchtprävention, Anti-Mobbing-Programme oder Medienerziehung an
264 der Schule.

265 **Beste Bildung für jedes Kind.**

266 Wir wollen, dass jedes Kind die hervorragenden Chancen nutzen kann, die Bildung in Ba-
267 den-Württemberg eröffnet. Deshalb wollen wir noch mehr dafür tun, dass der Bildungser-
268 folg nicht vom Elternhaus abhängt. Der Aufstieg durch Bildung muss in Baden-
269 Württemberg für alle möglich sein. Darin sehen wir einen wichtigen Auftrag für unsere
270 Bildungspolitik. Wir werden verhindern, dass in Baden-Württemberg „bildungsferne“ Mili-
271 eus entstehen können. Schon heute kann sich die Arbeit unserer Schulen auch in dieser
272 Hinsicht sehen lassen: In keinem deutschen Flächenland machen mehr Menschen das Abi-
273 tur. In Baden-Württemberg verlassen bundesweit mit weitem Abstand die wenigsten jun-

274 gen Menschen die Schule ohne Abschluss. Das zeigt: Unsere Schulen geben jedem seine
275 Chance. Gerade deshalb setzen wir uns das Ziel, die Schulabbrecherquote in den nächsten
276 Jahren zu halbieren. Die Empfehlungen des in Deutschland einzigartigen Expertenrats zur
277 Entkoppelung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft werden wir konsequent umsetzen.
278 Chancenreiches Lernen für jedes Kind ist möglich. Baden-Württemberg hat dafür die bes-
279 ten Voraussetzungen.

280 **Kein Abschluss ohne Anschluss.**

281 Jeder Jugendliche soll seinen Weg in unserem Bildungswesen selbst gestalten können. Im
282 Ergebnis ist nicht entscheidend, welche Schule er besucht hat, sondern, was er kann und
283 gelernt hat. Es ist das Markenzeichen von Schule in Baden-Württemberg, dass die Wege zu
284 allen Schulabschlüssen möglichst lange offen gehalten werden. Unser Credo ist: Kein Ab-
285 schluss ohne Anschluss. Wir werden deshalb die Durchlässigkeit zwischen den Schularten
286 weiter stärken. Um ihren individuell besten Weg zum Bildungserfolg zu finden, sollen die
287 Schüler künftig einen „Routenplaner“ an die Hand bekommen. An baden-
288 württembergischen Schulen gilt: Vielfalt fördert alle. Wir spielen die Schularten nicht ge-
289 gegeneinander aus, sondern setzen auf ihre jeweiligen Stärken.

290 Die individuellen Lernwege über die allgemeine und die berufliche Bildung sind für uns
291 gleichwertig. Sie ergänzen sich und bauen aufeinander auf. Gerade unser berufliches
292 Schulwesen steht für die Durchlässigkeit der vielfältigen Bildungswege in Baden-
293 Württemberg. Die Beruflichen Gymnasien stärken die Bildungsgerechtigkeit besonders.
294 Sie führen Schüler unterschiedlichster sozialer Herkunft zum Abitur. Fast jedes dritte Abi-
295 turzeugnis im Land stammt von einem Beruflichen Gymnasium. Mit 100 zusätzlichen Klas-
296 sen und bis zu 17 neuen Standorten bauen wir das Angebot der Beruflichen Gymnasien
297 deshalb deutlich aus. Damit unterstreichen wir einmal mehr unser bildungspolitisches
298 Kernziel, jungen Menschen überall im Land attraktive Bildungsangebote zu machen. Die
299 beruflichen Schulen erhalten für ihre Weiterentwicklung wesentliche Impulse aus der Ar-
300 beit der Enquêtekommision „Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ des Landtags,
301 die wir zügig in den Schulalltag umsetzen werden.

302 **Erfolgreich lernen zwischen drei und zehn.**

303 Bevor Kinder in die Schule kommen, werden die Grundsteine für gute Bildung gelegt. Die
304 CDU will deshalb Bildung und Erziehung in den frühen Lebensjahren gemeinsam mit den
305 Eltern stärken. Das Lebensalter zwischen drei und zehn Jahren ist für den Bildungserfolg
306 eines Kindes das entscheidende Lernfenster. Wenn wir hier die Weichen richtig stellen,
307 stehen unseren Kindern später alle Wege offen. Wir verstärken deshalb die Zusammenar-
308 beit von Kindergarten und Grundschule. Wir sehen die Zukunft in einer geschlossenen

309 Lernphase für Kinder vom dritten bis zum zehnten Lebensjahr. Dazu werden wir die erfolg-
310 reich gestarteten Bildungshäuser in der nächsten Wahlperiode flächendeckend ausbauen.
311 Das ist der richtige Ansatz für „längeres gemeinsames Lernen“. Darüber hinaus werden wir
312 ein Gesamtkonzept „Frühkindliche Bildung“ vorlegen, das die erfolgreichen Ansätze und
313 Erfahrungen mit dem Orientierungsplan im Kindergarten und aus dem Projekt „Schulreifes
314 Kind“ bündelt.

315 Gute Bildung für alle gelingt nur, wenn jedes Kind die deutsche Sprache beherrscht. Mit
316 dem Programm „Singen - Bewegen - Sprechen“ und den Sprachförderangeboten haben wir
317 hier vieles auf den Weg gebracht. Die Sprachförderung ist fester und unverzichtbarer
318 Kernbestandteil frühkindlicher Bildung. Jedes Kind mit Förderbedarf soll ein Angebot er-
319 halten. Von den betroffenen Eltern werden wir im Interesse ihrer Kinder verbindlich ein-
320 fordern, dass diese Förderangebote auch wahrgenommen werden.

321 **An den Bildungschancen unserer Kinder wird nicht gespart.**

322 Eltern und Schüler können sich mit der CDU darauf verlassen, dass die Investitionen in
323 Bildung und Ausbildung in Baden-Württemberg höchste Priorität behalten. Wir sagen zu:
324 Auch wenn die Zahl der Schüler in den kommenden Jahren zurückgeht, werden alle Lehrer-
325 stellen in unserem Bildungswesen bleiben. Die stetige Verbesserung des Unterrichts ist
326 und bleibt ein Markenzeichen verlässlicher, CDU-geführter Bildungspolitik in Baden-
327 Württemberg.

328 **Guter Unterricht an allen Schulen.**

329 Guter Unterricht ist der Maßstab unserer Bildungspolitik. Deshalb haben wir mit der Qua-
330 litätsoffensive Bildung eine halbe Milliarde Euro zusätzlich in unsere Schulen investiert -
331 für mehr Lehrer, kleinere Klassen und noch bessere Unterrichtsqualität. Allein im laufen-
332 den Schuljahr sind in Baden-Württemberg 5.500 Lehrer neu eingestellt worden. An den
333 Grundschulen unterstützen 400 neue Pädagogische Assistenten die Lehrer im Unterricht.

334 Wir wissen, dass die Unterrichtsbedingungen entscheidend vom Umfeld jeder Schule be-
335 einflusst werden. Das wollen wir noch mehr berücksichtigen. Deshalb werden wir sicher-
336 stellen, dass jede Schule so viele Lehrer bekommt, wie sie für ihre pädagogische Aufgaben-
337 stellung braucht. Dazu sollen die Schulen ein flexibles Stellen- und Finanzbudget bekom-
338 men, das sich an ihrem konkreten Bedarf orientiert. Schulen mit besonderen Herausforde-
339 rungen und Schulen mit besonderen qualitativen Lösungsansätzen sollen künftig passge-
340 nauer mit Lehrern und Mitteln ausgestattet werden.

341 Das achtjährige Gymnasium ist inzwischen in ganz Deutschland eingeführt. Wir verstehen,
342 dass bei der Umstellung auf G8 in Einzelfragen noch Verbesserungsbedarf besteht. Des-

343 halb steuern wir im Dialog mit Schülern und Eltern nach und entlasten die Schülerinnen
344 und Schüler durch tatsächliche Reduzierung des Lernstoffs mit weniger Pflichtstunden und
345 mehr individueller Förderung.

346 **Verlässliche Unterrichtsversorgung.**

347 Gute Bildung braucht Verlässlichkeit. Schüler und Eltern erwarten zu Recht, dass möglichst
348 keine Unterrichtsstunde ausfällt. Wir werden deshalb weiter alles für die vollständige Si-
349 cherung der Unterrichtsversorgung an allen Schularten tun. Auch in Zukunft sollen unse-
350 ren Schülern möglichst viele Arbeitsgemeinschaften, Chöre und andere Zusatzangebote
351 zur Verfügung stehen - auch wenn die Krankheitsvertretung der Pflichtstunden Vorrang
352 hat. Landesweit stehen aktuell 1.266 Lehrer als fest installierte Vertretungsreserve bereit,
353 um erkrankte Kollegen schnell und flexibel zu vertreten. Unterrichtsversorgung und
354 Krankheitsvertretung können im konkreten Fall am besten an der Schule vor Ort organi-
355 siert werden. Deshalb werden wir den Schulen dazu ein Budget zur eigenen Bewirtschaf-
356 tung bereitstellen.

357 **Wir lassen die Schule im Dorf.**

358 Für die CDU Baden-Württemberg gilt das Motto: „Kurze Beine, kurze Wege.“ Wir wollen,
359 dass unsere Grundschulen auch auf dem Dorf Bestand haben. Denn wir sind uns bewusst,
360 dass die Schulen eine wichtige Rolle für Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft und Lebensquali-
361 tät im Ländlichen Raum spielen. Mit einem Programm „Bildung im Ländlichen Raum“ wol-
362 len wir die Schulangebote auf dem Land gezielt zukunftssicher machen. In enger Partner-
363 schaft mit den Schulträgern wollen wir Schulstandorte durch die Einrichtung von Bil-
364 dungshäusern stärken. Auch die neuen Werkrealschulen leisten ihren Beitrag für ein viel-
365 fältiges, leistungsstarkes und flächendeckendes Bildungsangebot.

366 **Ganztagsangebote weiter ausbauen: Jeder kann, keiner muss.**

367 Die CDU setzt ihren erfolgreichen Kurs beim Ausbau der Ganztags- und Betreuungsange-
368 bote im Land konsequent fort. Den Schwerpunkt wollen wir dabei insbesondere auf den
369 Ausbau an den Grundschulen legen. Darüber hinaus werden wir die Ganztagschulen im
370 Schulgesetz verankern. Jede Schule, die Ganztagschule werden will, darf dies werden. Das
371 gilt für die beruflichen Schulen ebenso wie für die allgemein bildenden Schulen.

372 Erfolgreiche Ganztagschulen bieten Raum für die individuelle Förderung von leistungs-
373 schwächeren und leistungsstärkeren Schülerinnen und Schülern. Und sie tragen zur besse-
374 ren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Auch Ehrenamtliche bringen sich mit qualifi-
375 zierten Bildungsangeboten ein. Sie leisten einen wichtigen ergänzenden Beitrag für das
376 pädagogische Konzept der Ganztagschulen. Die CDU schätzt die hochwertigen und viel-

377 fältigen Angebote für Kinder und Jugendliche außerhalb der Schule ganz besonders. Wir
378 werden deshalb sicherstellen, dass unsere Ganztagschulen und die Arbeit der Vereine
379 auch in Zukunft Hand in Hand gehen können.

380 Die CDU setzt auf Freiwilligkeit und nicht auf Zwang. Es ist unsere Überzeugung, dass al-
381 lein die Eltern entscheiden sollen, ob ihr Kind ein Ganztagsangebot wahrnimmt.

382 **Fokus Realschule.**

383 Wir stehen dafür, dass jede Schulart für sich genommen in einem vielfältigen Angebot
384 schlüssig aufgestellt ist. Mit Blick auf die weiterführenden, allgemein bildenden Schulen
385 haben wir zuletzt wichtige Weichenstellungen für die Haupt- und Werkrealschulen sowie
386 für die Gymnasien vorgenommen. So haben wir diese Schularten profiliert und gestärkt. In
387 der neuen Legislaturperiode werden wir das besondere Augenmerk auf die Realschulen
388 richten. Sie sind das Rückgrat unseres durchlässigen Bildungswesens in der Sekundarstufe
389 I. Wir werden ein Programm zur Stärkung der Realschule auflegen, in dem das besondere
390 Gewicht dieser Schulart für die Anschlussfähigkeit und damit für die Qualität unseres Bil-
391 dungssystems insgesamt zum Ausdruck kommt.

392 **Für eine Kultur der Unterstützung.**

393 Wir wollen eine Kultur des Hinschauens und der individuellen Förderung an unseren Schu-
394 len. Wir stehen dafür, dass jedes Kind die erforderliche Unterstützung erfährt. Die CDU
395 Baden-Württemberg baut deshalb das Angebot an Pädagogischen Assistenten an den
396 Schulen des Landes weiter aus. Die Pädagogischen Assistenten haben sich ausgezeichnet
397 bewährt. Sie sind ein Markenzeichen unserer innovativen Bildungspolitik und leisten Her-
398 vorragendes bei der individuellen Förderung. Darüber hinaus schaffen wir ein leistungsfä-
399 higes Kompetenzzentrum für Schulpsychologie. Im Gegenzug setzen wir darauf, dass die
400 kommunalen Partner die Angebote der Jugendsozialarbeit an Schulen den regionalen Be-
401 dürfnissen entsprechend ausweiten.

402 **Motivierte Lehrer für gute Bildung.**

403 Gute Lehrerinnen und Lehrer sind der Schlüssel für gute Bildung. Uns ist wichtig, dass sie
404 für ihre schwierige Arbeit die nötige Wertschätzung und Anerkennung erfahren. Lehrer-
405 innen und Lehrer haben einen der schönsten, der wichtigsten und der anspruchsvollsten
406 Berufe in unserer Gesellschaft. Deshalb wollen wir Anreize dafür schaffen, dass sich die
407 besten Bewerberinnen und Bewerber für den Lehrerberuf entscheiden. Alle internationa-
408 len Schulleistungsstudien zeigen, dass diejenigen Staaten die Spitzenplätze belegen, die
409 die besten Lehrkräfte haben. Wir werden Leitungsfunktionen in der Schule attraktiver ma-
410 chen und Aufstiegsmöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer weiter verbessern.

411 Die Beschäftigungsverhältnisse der Lehrerinnen und Lehrer werden wir so anlegen, dass
412 sich niemand während der Sommerferien arbeitslos melden muss. Diese Lehrkräfte sollen
413 verstärkt zur Unterstützung von Sommerschulen eingesetzt werden, die wir künftig noch
414 mehr Schülerinnen und Schülern anbieten wollen. Wo Lehrerinnen und Lehrer in den ver-
415 gangenen Jahren freiwillig mehr gearbeitet haben, geben wir die Stunden so schnell wie
416 möglich zurück.

417 **Inklusive Bildungsangebote ausbauen.**

418 Kinder mit Behinderungen brauchen besondere Förderung. So unterschiedlich wie die Kin-
419 der sind, so unterschiedlich müssen die Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebo-
420 te sein. Wir werden inklusive Bildungsangebote zum Wohl des einzelnen Kindes und ent-
421 sprechend den Erziehungsplänen der Eltern passgenau ausbauen. Die CDU bekennt sich zu
422 den Sonderschulen des Landes und unterstützt die Weiterentwicklung dieser Schulen zu
423 Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren. Wir sagen ausdrücklich, dass sich
424 alle Schulen für das gegenseitige Miteinander öffnen müssen.

425 **Schulen in freier Trägerschaft fördern.**

426 Die Privaten Schulen sind eine Bereicherung unseres Bildungswesens. Mit ihren besonde-
427 ren Bildungsangeboten ergänzen und bereichern sie die vielfältige baden-
428 württembergische Bildungslandschaft. Die CDU Baden-Württemberg bekennt sich zu ei-
429 ner soliden finanziellen Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft. Dabei ist uns
430 wichtig, dass der Geldbeutel der Eltern kein Zugangskriterium für die Privatschulen sein
431 darf. Wir wollen auch künftig eine finanzielle Förderung garantieren, mit der das notwen-
432 dige Schulgeld für alle bezahlbar bleibt. Wir wollen eine Förderquote von 80 Prozent der
433 Kosten für Schüler auf staatlichen Schulen erreichen, indem wir bei zurückgehenden Schü-
434 llerzahlen die Planansätze für die Zuschüsse an Ersatzschulen auf dem derzeitigen Niveau
435 halten werden.

436 **Bildungsangebote außerhalb der Schule anbieten.**

437 Die Träger der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit leisten einen großen Beitrag zur
438 Bildung und Erziehung junger Menschen in Baden-Württemberg. In vielen Vereinen, Ver-
439 bänden, Initiativen und Institutionen werden Werte wie Teamfähigkeit, Fairness und Sozi-
440 alkompetenz vermittelt, die auch im Berufsleben von enormem Nutzen sind. Mit ihrer Er-
441 ziehungs- und Bildungsarbeit leisten die Träger außerdem einen wesentlichen Beitrag zum
442 erzieherischen Kinder- und Jugendschutz. Jede Investition in diesen Bereich heute bedeu-
443 tet Kosteneinsparungen im sozialen Bereich morgen. Die Zusammenarbeit zwischen schu-
444 lischer und außerschulischer Jugendbildung wird gerade auch im Rahmen der Ganztages-
445 betreuung an Schulen weiterentwickelt. Die CDU setzt sich deshalb dafür ein, dass das

446 Bündnis für die Jugend zwischen dem Land und den Trägern der außerschulischen Kinder-
447 und Jugendarbeit fortgesetzt wird.

448 **III. CHANCENREICH FORSCHEN UND STUDIEREN**

449 **Chancenreich forschen und studieren.**

450 Baden-Württemberg ist das Land der erfolgreichen Innovationsgeschichten. Wir wollen,
451 dass die Menschen in Baden-Württemberg auch in Zukunft Gewinner und Gestalter von
452 Innovationsprozessen und von technischem Wandel in Wirtschaft und Wissenschaft sind.
453 Dafür haben wir hervorragende Voraussetzungen.

454 Unser Land hat eine weltweit einzigartige Forschungs- und Technologielandschaft. Kaum
455 irgendwo werden mehr Patente angemeldet und arbeiten mehr Menschen an High-Tech-
456 Arbeitsplätzen. Baden-Württemberg investiert 4,4 Prozent seiner Wirtschaftsleistung in
457 Forschung und Entwicklung - ein weltweiter Spitzenwert.

458 **Wissensvorsprung des Landes weiterentwickeln.**

459 Der internationale Wettbewerb im Bereich der industriellen Fertigung wird härter. Umso
460 mehr muss Baden-Württemberg seinen Vorsprung als Land des Wissens und als Land der
461 Ideen nutzen. Für Baden-Württemberg geht es darum, den globalen Wandel in Forschung,
462 Technologie und Industrie auch in den nächsten zehn Jahren von der Spitze her zu führen.
463 Dazu haben wir im Land die Kraft, die Kreativität und das Vertrauen in unsere Stärken.
464 Aber wir brauchen dazu die richtige Politik für Forschung und Entwicklung, für Wissen-
465 schaft und Technik.

466 Wir verstärken die strategische Forschungsförderung des Landes gezielt in den zentralen
467 Wachstumsfeldern Nachhaltige Mobilität, Umwelttechnologie und Ressourceneffizienz,
468 Gesundheit und Pflege sowie IT-Systeme und -Dienstleistungen. Der Innovationsrat der
469 Landesregierung hat mit seiner Arbeit wertvolle innovationspolitische Vorschläge ge-
470 macht. Wir werden diese Empfehlungen weiter konsequent umsetzen.

471 **Exzellente Hochschulen.**

472 Seinen Chancenreichtum, seine wirtschaftliche Stärke und seine innovative Kraft schöpft
473 Baden-Württemberg insbesondere auch aus der hohen Qualität und aus dem reichen Po-
474 tential seiner Hochschulen. Die CDU steht für eine dynamische Hochschulentwicklung
475 sowie für exzellente Forschung und Lehre - in der Spitze und in der Breite.

476 Kein Land in Deutschland hat eine so differenzierte und so leistungsfähige Hochschulland-
477 schaft. In Tuttlingen, Schwäbisch-Hall und Heilbronn konnten wir in der abgelaufenen
478 Wahlperiode weitere, neue Hochschulstandorte etablieren. Mit dem neuen Karlsruher In-
479 stitut für Technologie (KIT) hat Baden-Württemberg die größte Lehr- und Forschungsein-
480 richtung in Deutschland und eine Spitzeninstitution von internationalem Rang aufgebaut.

481 Das KIT ist ein Modell für Deutschland und eine forschungspolitische Pioniertat, deren
482 Möglichkeiten wir systematisch nutzen werden. Nicht nur damit machen wir deutlich: Gu-
483 te Forschungspolitik kommt aus Baden-Württemberg.

484 In allen Rankings und Vergleichstabellen sind baden-württembergische Universitäten re-
485 gelmäßig unter den Bestplatzierten. Das ist das Ergebnis einer klugen und erfolgreichen
486 Hochschulpolitik in der Verantwortung der CDU. Es ist aber auch das Verdienst der leh-
487 renden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Wir wollen auch künftig die Besten für
488 Baden-Württemberg. Deshalb werden wir mit Investitionsprogrammen sicherstellen, dass
489 unsere Hochschulen weiterhin die qualifiziertesten und renommiertesten Professoren aus
490 dem In- und Ausland gewinnen.

491 Baden-Württemberg ist der große Gewinner im Exzellenzwettbewerb der universitären
492 Spitzenforschung. Mit Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz gehören vier baden-
493 württembergische Universitäten zum Kreis der bundesweit nur neun Elite-Hochschulen.
494 Über ein Viertel der gesamten Fördermittel der Exzellenzinitiative von 1,9 Milliarden Euro
495 haben unsere Universitäten nach Baden-Württemberg geholt. 60 zusätzliche Professoren-
496 stellen und mehr als 1.000 Arbeitsplätze sind dadurch an unseren Universitäten neu ent-
497 standen. Die baden-württembergischen Universitäten werden auch in der nächsten Runde
498 der Exzellenzinitiative erfolgreiche Konzepte vorstellen und bei der Entscheidung 2012 die
499 herausragende Stellung des Hochschulstandorts Baden-Württemberg unterstreichen. Au-
500 ßerdem entwickeln wir frühzeitig Perspektiven für die Zeit nach der Exzellenzinitiative. So
501 sorgen wir dafür, dass der Erfolg unserer Hochschulen nachhaltig ausgebaut und abgesi-
502 chert wird.

503 Exzellenz braucht Verlässlichkeit. Mit der CDU Baden-Württemberg gibt es deshalb bei
504 den Hochschulen auch in Zukunft keine Einsparungen. Wir stehen zum Solidarpakt II, mit
505 dem das Land den Hochschulen finanzielle Planungssicherheit und Verlässlichkeit bis 2014
506 garantiert. Alle Tarifsteigerungen bei den Personalkosten wird das Land voll übernehmen.
507 Diese Zusage gilt.

508 Baden-Württemberg hat das Hochschulrecht als erstes Bundesland umfassend moderni-
509 siert. Unsere Hochschulen können damit dynamischer agieren, mehr Chancen nutzen und
510 für Wissenschaftler, Lehrende und Studierende bessere Angebote machen.

511 **Erfolgreich studieren.**

512 Heute studieren 294.000 junge Menschen in Baden-Württemberg - ein Drittel mehr als vor
513 zehn Jahren. Das zeigt auch: Unser Modell sozialverträglicher Studiengebühren ist ein Er-
514 folg. Inzwischen ist gut belegt: Studiengebühren schrecken nicht vom Studium ab - weder

515 sozial noch regional. Die Studentinnen und Studenten erleben konkrete Verbesserungen
516 durch Studiengebühren im Lehrbetrieb. Wir garantieren: Die Einnahmen aus den Studien-
517 gebühren bleiben auch zukünftig an den Hochschulen. Sie werden vollständig für Studium
518 und Lehre, für Bücher und Bibliotheken, für Tutorien, für die Studienberatung und für zu-
519 sätzliches Lehrpersonal eingesetzt.

520 Mit dem Programm „Hochschule 2012“ schaffen wir bis zum Wintersemester 2012/13 ins-
521 gesamt 20.000 zusätzliche Studienanfängerplätze. Damit sind wir für den doppelten Abi-
522 turjahrgang und die Aussetzung der Wehrpflicht gut gerüstet. Außerdem werden wir noch
523 mehr zusätzliche Masterstudiengänge anbieten. Vor allem in den wichtigen „MINT-
524 Fächern“ Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik werden wir das Stu-
525 dienangebot erweitern. Denn hier liegt der Schlüssel für unsere technologische Spitzen-
526 stellung.

527 Die Umstellung der Studienabschlüsse auf Bachelor und Master im so genannten Bologna-
528 Prozess war richtig. Allerdings hat die konkrete Umsetzung Nachbesserungsbedarf erge-
529 ben. Wir werden darüber weiter den Dialog mit den Hochschulen, den Lehrenden und den
530 Studierenden führen und wollen gemeinsam Lösungen für die offenen Fragen finden. Ins-
531 besondere treten wir dafür ein, dass die international anerkannte deutsche Bezeichnung
532 „Diplom-Ingenieur“ eine neue Zukunft bekommt. Eine Abkehr von der gestuften Studien-
533 struktur halten wir aber nicht für den richtigen Weg.

534 Die CDU unterstützt und fördert das hochschulpolitische Engagement der Studentinnen
535 und Studenten. Wir wollen ihre Mitgestaltungsmöglichkeiten in allen Belangen der Hoch-
536 schule stärken. Dazu werden wir die Regelungen der studentischen Mitbestimmung mo-
537 dernisieren. Erfolgreiche Hochschulen brauchen die Mitverantwortung ihrer Studentinnen
538 und Studenten.

539 Jeder, der kann und möchte, soll in Baden-Württemberg seine Chance auf ein Studium und
540 einen akademischen Beruf nutzen können. Wer im Beruf erfolgreich ist, kann deshalb in
541 Baden-Württemberg auch ohne Abitur studieren. Die CDU hat dafür gesorgt, dass zum
542 Beispiel Meister uneingeschränkter Zugang zum Studium haben. Wir unterstützen die
543 Fachhochschulen, die neue, spezifische Studienangebote für beruflich Qualifizierte ma-
544 chen. Und wir sind bereit, mehr Ressourcen für berufsbegleitende Studiengänge einzuset-
545 zen. Das entspricht unserem Verständnis von einem durchlässigen Bildungswesen.

546 Wir wollen auch, dass mehr Schulabsolventen mit Migrationshintergrund ein Studium auf-
547 nehmen. Noch zu oft entscheiden sie sich gegen ein Studium, obwohl sie die Vorausset-
548 zung dazu haben. Und noch zu oft brechen Studierende aus Migrantenfamilien ein begon-
549 nenes Studium ab. Wir wollen auch hier Talente optimal fördern und Chancen eröffnen.

550 Deshalb werden wir mehr gezielte Beratung und spezielle Coaching-Programme anbieten.
551 Vor allem in den Anfangssemestern wollen wir so die Gründe für einen Studienabbruch
552 reduzieren.

553 **Damit Ideen zu Produkten werden.**

554 Baden-Württemberg hat das dichteste Netz von Forschungseinrichtungen in ganz
555 Deutschland. Damit aus Forschung Wertschöpfung wird, muss sie den Weg vom Labor an
556 die Werkbank finden. Deshalb werden wir den Technologietransfer weiter ausbauen. Eine
557 einheitliche Kommunikationsplattform für den Technologietransfer soll deshalb Informa-
558 tionen bündeln, Akteure verbinden und zu einer leistungsfähigen Schnittstelle zwischen
559 Wissenschaft und Wirtschaft ausgebaut werden.

560 Gezielt wollen wir dort ansetzen, wo die Transferkette heute noch unterbrochen ist. Mit
561 einem Förderprogramm für unsere Hochschulen werden wir deshalb die Lücke zwischen
562 wissenschaftlicher Erkenntnis und kommerziell verwertbarem Produkt weiter verkleinern.
563 Konkret werden wir die Weiterentwicklung von Forschungsergebnissen zu technischen
564 Prototypen unterstützen, die sich für eine wirtschaftliche Verwertung eignen.

565 Wissen und Ideen sind untrennbar mit Menschen verbunden. Deshalb müssen Forscher
566 leichter zwischen Wissenschaft und Industrie wechseln können. Wir schaffen die Voraus-
567 setzungen, dass Wissenschaftler an den Hochschulen ihre Versorgungsansprüche in die
568 private Wirtschaft mitnehmen können. Hochschulprofessoren soll ein Nebenjob in Indust-
569 rie und freien Berufen leichter ermöglicht werden. Umgekehrt wollen wir, dass die Wirt-
570 schaft an die Hochschule kommt. Dazu werden wir das erfolgreiche Modell „Industrie auf
571 dem Campus“ stärken und vor allem kleine und mittlere Unternehmen besser einbeziehen.

572 **Starke Partner in der Forschung.**

573 Die baden-württembergischen Hochschulen sind bei der Einwerbung von Drittmitteln be-
574 sonders erfolgreich. Die Drittmiteleinahmen unserer Hochschulen haben sich in den
575 vergangenen zehn Jahren fast verdoppelt. Über 800 Millionen Euro fließen so zusätzlich an
576 die Hochschulen. Das ist ein starker Beleg für die Attraktivität, die Kreativität und die Lei-
577 stungsfähigkeit der Hochschulen. Die Zahl der Stiftungsprofessuren steht auf einem
578 Höchststand. Besonders stark ist Baden-Württemberg auch im Wettbewerb um europäi-
579 sche Forschungsgelder. Jeder fünfte Euro, der für Forschungszwecke von der EU nach
580 Deutschland geht, fließt nach Baden-Württemberg.

581 Ziel unserer Forschungs- und Innovationspolitik ist die weiter wachsende Vernetzung zwi-
582 schen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Als Partner des Mittel-
583 stands setzen wir auch in Zukunft auf unsere Fachhochschulen und auf die Berufsakade-

584 mien (Duale Hochschule Baden-Württemberg). Sie sind wichtige regionale Innovationsmo-
585 toren und bringen vor allem die anwendungsorientierte Forschung für kleine und mittlere
586 Unternehmen oft entscheidend voran. Gerade mit ihrer starken Praxisorientierung sind sie
587 unübertroffen und finden deshalb rund um die Welt begeisterte Nachahmer. Diesen er-
588 folgreichen Weg gehen wir weiter, damit Baden-Württemberg seinen Chancenreichtum als
589 Land des Wissens, der Tüftler und Talente nutzt.

590 **IV. CHANCENREICH ARBEITEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG**

591 **Unser Ziel: Arbeit für alle.**

592 Mit dem globalen und gesellschaftlichen Wandel verändert sich auch unsere Arbeitswelt.
593 Wir nehmen diese Veränderung an und formulieren die richtigen Antworten auf neue ar-
594 beitsmarktpolitische Fragen. Die CDU steht dafür, dass die Arbeitsplätze der Zukunft bei
595 uns in Baden-Württemberg entstehen. Wir sorgen dafür, dass mehr Arbeitsplätze die be-
596 sonderen Anforderungen älterer Arbeitnehmer erfüllen. Und wir machen deutlich: Zeitar-
597 arbeit und Praktika dürfen nicht für Lohndumping missbraucht werden. Der Aufschwung
598 darf nicht an den Schaffern vorbei gehen. Dabei gilt: Ein starker Arbeitsmarkt in Baden-
599 Württemberg ist kein Selbstläufer. Die CDU ist der Garant für Arbeit, Wohlstand und sozi-
600 alen Frieden.

601 Für uns steht fest: Sozial ist, was Arbeit schafft. Wir wollen Arbeit für alle. Arbeit für die
602 jungen Erwachsenen, für die der Berufseinstieg nicht immer einfach ist. Arbeit für ältere
603 Arbeitnehmer, die mit dem Wandel ihres Berufsbildes Schritt halten müssen. Arbeit für
604 Arbeitssuchende, die sich in den vergangenen Jahren mehr erhofft hatten. Arbeit für Müt-
605 ter und Väter, so dass ihnen der Wiedereinstieg in das Berufsleben erfolgreich gelingt.

606 **Unser Arbeitsmarkt bietet vielfältige Chancen.**

607 Der baden-württembergische Arbeitsmarkt bietet den Menschen im Land vielfältige Chan-
608 cen. Knapp vier Millionen Menschen tragen durch ihre tägliche Arbeit zu unserem Wohl-
609 stand bei. Wir im Südwesten haben die zweitniedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland.
610 Das ist ein Verdienst aller im Land: der Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer, der Wirt-
611 schaft, der Gewerkschaften, aber auch der Politik in der kontinuierlichen Verantwortung
612 der CDU. Mit Fleiß, Weitsicht, Kreativität und Können ist unser Land erfolgreich gewor-
613 den. Diesen Wohlstand wollen wir auch für die Zukunft neu begründen.

614 **Wir haben die Wirtschaftskrise erfolgreich bewältigt.**

615 Die Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise ist das Ergebnis einer starken Sozial-
616 partnerschaft und ein Beweis für die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft. Wir als CDU be-
617 kennen uns zur Sozialen Marktwirtschaft. Als Erfolgsmodell sichert sie unseren Wohlstand
618 - heute und auch in Zukunft. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet die Chancen des Mark-
619 tes mit einer verlässlichen sozialen Sicherung.

620 Wir wissen, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise schmerzhaft Entbehrungen für viele
621 Familien bedeutet hat. Kurzarbeit und Einkommensverlust haben die Mitte der Gesell-
622 schaft hart getroffen. Durch das gemeinsame Krisenmanagement von Wirtschaft, Gewerk-

623 schaften, Arbeitnehmern und Politik konnten Arbeitsplätze erhalten werden und die Men-
624 schen in Lohn und Brot bleiben. Allein die öffentliche Hand hat mit den Konjunkturpaketen
625 über zwei Milliarden Euro für Investitionen mobilisiert. Nur gemeinsam war die Krisenbe-
626 wältigung möglich. Dieser Zusammenhalt zeichnet unser Land aus. Dafür steht die CDU.

627 **Arbeitslose wirkungsvoll unterstützen.**

628 Wir möchten den Langzeitarbeitslosen im Land die bestmögliche Betreuung und Förde-
629 rung bieten. Daher treten wir für eine dezentrale, ortsnahe Betreuung direkt in den Städ-
630 ten und Landkreisen ein. Die lokale Ebene verfügt über die besten Kenntnisse der regiona-
631 len Gegebenheiten. Sie kann mit passgenauen Konzepten Langzeitarbeitslose am besten in
632 Arbeit bringen.

633 Die CDU unterstützt Projekte der Bürgerarbeit und Kombilohnmodelle. Wir werden uns
634 daher verstärkt und aktiv in die Arbeitsmarktpolitik auf Bundesebene einbringen. Die CDU
635 Baden-Württemberg steht auch künftig für eine wirksame aktive Arbeitsmarktpolitik mit
636 Augenmaß.

637 **Gleiche Chancen für Frauen und Männer.**

638 Wir fordern eine Gleichbehandlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Es muss
639 der Grundsatz gelten, dass bei gleicher Tätigkeit Frauen und Männer gleich entlohnt wer-
640 den. Daher fordern wir die Wirtschaft auf, hierfür Sorge zu tragen und Frauen die gleichen
641 Chancen auf Führungspositionen einzuräumen.

642 **Ältere Arbeitnehmer fördern.**

643 Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verfügen über wertvolle Erfahrung aus ihrem
644 Arbeitsleben. Darauf wollen und können wir nicht verzichten.

645 Unser Land kann es sich nicht leisten, diese leistungsfähigen Fachkräfte bereits frühzeitig
646 aus dem Arbeitsmarkt zu verabschieden. Mit dem stufenweisen Ausstieg aus dem Erwerbs-
647 leben schaffen wir eine Möglichkeit, länger zu arbeiten. Zudem setzen wir auf Weiterbil-
648 dung und auf flexible Arbeitszeitmodelle für ältere Beschäftigte zum Ende des Erwerbsle-
649 bens. Im Bündnis für lebenslanges Lernen wollen wir gemeinsam mit den verschiedenen
650 Akteuren die betriebliche Weiterbildung voranbringen.

651 Wir sprechen uns deutlich für altersgerechte Arbeitsplätze und Stellenprofile in den Un-
652 ternehmen aus. Dazu zählt auch ein offensives Gesundheitsmanagement, um die körperli-
653 che und seelische Leistungsfähigkeit zu erhalten.

654 **Mitarbeiterbeteiligung als gelebte Sozialpartnerschaft.**

655 Es gehört zu den großen Stärken Baden-Württembergs, dass Unternehmer, Gewerkschaften und Arbeitnehmer gemeinsam ihre Verantwortung wahrnehmen. Diese gemeinsame
656 Verantwortung bedeutet auch, dass Arbeiternehmer am Unternehmenserfolg teilhaben
657 müssen. Die CDU Baden-Württemberg tritt daher für Gewinn- und Kapitalbeteiligungen
658 der Arbeitnehmer ein. Wer in schlechten Zeiten weniger verdient, muss in guten Zeiten
659 mehr in der Lohntüte haben. Dies ist für uns gelebte Sozialpartnerschaft.
660

661 **Musterland für faire Arbeit.**

662 Wir wollen ein neues Gleichgewicht zwischen dem Interesse der Arbeitgeber, flexibel auf
663 die Auftragslage reagieren zu können, und dem berechtigten Bedürfnis der Arbeitnehmer
664 nach Sicherheit. Flexible Arbeitszeitformen haben in der Krise entscheidend dazu beigetragen,
665 dass Betriebe die Unterauslastung auffangen und Arbeitsplätze erhalten konnten.
666 Diese Flexibilität in Form von Arbeitszeitkonten wollen wir erhalten.

667 Die Leiharbeit ist neben Arbeitszeitkonten ein wichtiges Instrument für die Unternehmen,
668 um auf Auftragsschwankungen reagieren zu können. Die Arbeitgeber müssen mit diesem
669 Instrument jedoch sensibel umgehen. Wir sprechen uns daher mit Nachdruck gegen eine
670 Ersetzung des Stammpersonals durch Leiharbeiter aus. Die Leiharbeit darf für die betroffenen
671 Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer nicht zum Dauerzustand werden. Sie soll und
672 kann nur eine Brücke in den Arbeitsmarkt sein.

673 Wir wollen, dass Baden-Württemberg zu einem Musterland für faire Arbeit wird. Das Land
674 soll dabei eine Vorreiterrolle übernehmen und auf sachgrundlose Befristungen verzichten.
675 Um die Arbeitsbedingungen im Bereich der Leiharbeit zu verbessern, wird sich eine CDU-
676 geführte Landesregierung für einen Mindestlohn für Leiharbeitnehmer einsetzen.

677 **Unser Erfolgsmodell: Die duale Ausbildung.**

678 Unser Ziel ist und bleibt, dass jeder Bewerber in Baden-Württemberg einen Ausbildungs-
679 platz findet. Die duale Ausbildung im Land genießt international einen exzellenten Ruf. Sie
680 verbindet die schulische mit der beruflichen Ausbildung und ermöglicht so eine hohe Praxisorientierung.
681 Damit bietet sie Jugendlichen unterschiedlichster sozialer Herkunft nachhaltige Chancen auf einen
682 erfolgreichen Berufsweg. Die Jugendarbeitslosigkeit in Baden-
683 Württemberg gehört nicht zuletzt deshalb zu den niedrigsten in ganz Europa.

684 Um benachteiligten Schülern den Einstieg in die duale Ausbildung zu eröffnen, sprechen
685 wir uns nachdrücklich für die Möglichkeit des Berufspraktischen Jahrs aus. Das Berufspraktische
686 Jahr bahnt vielen jungen Menschen den Weg ins Berufsleben. Die Zahlen sprechen

687 für sich: Im Jahr 2009 gelang es 85 Prozent der Teilnehmer in Ausbildung, Arbeit, Schule
688 oder in ein weiterführendes Bildungsangebot zu vermitteln.

689 **Bündnis für Ausbildung fortsetzen.**

690 Das von der CDU-geführten Landesregierung, der Wirtschaft, der Arbeitsagentur und den
691 Kommunen ins Leben gerufene Ausbildungs Bündnis ist ein voller Erfolg. Auch im wirt-
692 schaftlich schwierigen Jahr 2009 wurden rund 76.000 neue Ausbildungsverträge geschlos-
693 sen. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir weitergehen. Wichtig ist die Weiterentwicklung
694 und Intensivierung des externen Ausbildungsmanagements. So gelingt eine noch bessere
695 Vermittlung von Ausbildungsstellen und Lehrlingen. Gleichzeitig steigt die Anzahl der er-
696 folgreichen Ausbildungen im Land. Dies sichert eine sehr gute Ausbildung und hilft dem
697 Mittelstand bei der Gewinnung von Fachkräften.

698 **Weiterbildung stärken.**

699 Das Kapital unserer Wirtschaft sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ihr Wissen
700 und ihre Fähigkeiten tragen maßgeblich zur hohen Innovationsfähigkeit unserer Unter-
701 nehmen bei. Der Wettbewerb in der globalen Wissensgesellschaft erfordert daher die Be-
702 reitschaft aller zum lebenslangen Lernen. Mit der bereits 2007 gestarteten „Qualifizie-
703 rungsoffensive“ unterstützt das Land die Anstrengungen kleiner und mittlerer Unterneh-
704 men bei ihren Investitionen in Aus- und Weiterbildung. Diese Förderung werden wir fort-
705 setzen.

706 Wir haben deshalb alle Ansätze und Akteure in einem „Bündnis für lebenslanges Lernen“
707 zusammengebracht. Eingang in das Bündnis haben auch die Vorschläge der Enquête-
708 kommission „Fit für die Wissensgesellschaft“ gefunden.

709 Ein Instrument zur Stärkung der Weiterbildung ist die Bildungsfreistellung. Sie ermöglicht
710 den Arbeitnehmerinnen, sich stetig weiterzubilden, um an den neuesten technologischen
711 Entwicklungen teilhaben zu können. Das stärkt die Wirtschaft, sichert Arbeitsplätze und
712 damit unseren Wohlstand. Wir setzen uns bei den Tarifpartnern dafür ein, das Modell der
713 Bildungsfreistellung in Baden-Württemberg einzuführen.

714 Wir wollen die Fort- und Weiterbildung im Verbund mit Schulen, Hochschulen und dualer
715 Berufsausbildung als vierte Säule zu einem gleichwertigen Bestandteil des Bildungssys-
716 tems ausbauen.

717 **Faire Steuern - damit sich Leistung lohnt.**

718 Soziale Marktwirtschaft heißt auch Leistungsgerechtigkeit. Leistung muss sich in unserer
719 Gesellschaft lohnen. Die CDU Baden-Württemberg setzt sich deshalb mittelfristig für den

720 weiteren Abbau der so genannten kalten Progression ein. Diese schleichende Steuererhö-
721 hung durch die Hintertür trifft vor allem die Mittelschicht in Baden-Württemberg. Sie ist
722 leistungsfeindlich und ungerecht. Für uns bleibt es dabei: Wer morgens aufsteht und arbei-
723 ten geht, muss am Monatsende mehr haben als einer, der nicht arbeitet.

724 Kurzfristig bringen wir uns für eine Steuerreform mit dem Schwerpunkt Steuervereinfachung -
725 verbunden mit einer leichten Steuersenkung - ein.

726 **V. CHANCENREICH WIRTSCHAFTEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG**

727 **Baden-Württemberg nutzt die Chancen des Wandels.**

728 Baden-Württemberg ist eine der modernsten Industrie-, Technologie- und Dienstleistungs-
729 regionen der Welt. Kaum eine Region in Europa verfügt über mehr Wirtschafts- und Inno-
730 vationskraft als Baden-Württemberg. Der sprichwörtliche Fleiß der Menschen im Land hat
731 uns an die Spitze Europas gebracht. Unsere Wirtschaft ist bekannt für ihre Tüftler, Techni-
732 ker und Schaffer. Alle gemeinsam vollbringen täglich aufs Neue Höchstleistungen.

733 Baden-Württemberg ist der Motor des Aufschwungs in Deutschland. Wir sind das Beispiel
734 für einen kraftvollen und dynamischen Wandel in Wirtschaft und Technologie. Für die CDU
735 steht fest: Baden-Württemberg braucht diesen Wandel nicht zu fürchten. Wir haben alle
736 Chancen, ihn zu gestalten und für uns zu nutzen. Schon oft war Baden-Württemberg der
737 Entstehungsort für neue Industrien, neue Technologien und neue Wertschöpfung. Auf die-
738 ser Erfahrung können wir aufbauen. Grundlage für unsere Wirtschaft, bestehende Chancen
739 offensiv angehen zu können, ist nicht zuletzt die Schnelligkeit und Verlässlichkeit bei der
740 Erteilung von Bau- und Planungsgenehmigungen. Die CDU steht dafür ein, dass unser
741 Land weiter ein verlässlicher Partner der Wirtschaft bleibt.

742 **Neue Wachstumsfelder erschließen.**

743 Vor allem vier Wirtschaftsbereiche versprechen nachhaltige Wachstumschancen im neuen
744 Jahrzehnt. Diese Wachstumsfelder sind: Nachhaltige Mobilität und automobiler Zukunft,
745 Umwelttechnik und Ressourceneffizienz, IT-Systeme und -Dienstleistungen sowie Ge-
746 sundheit und Pflege. Experten beziffern die möglichen Wachstumsgewinne bis zum Jahr
747 2020 auf jährlich 50 bis 80 Milliarden Euro. Wir wollen dieses Potential nutzen, damit bis
748 zum Ende des kommenden Jahrzehnts 500.000 neue Arbeitsplätze in Baden-Württemberg
749 entstehen können. Dazu werden wir unsere erfolgreiche Technologiepolitik noch deutli-
750 cher auf diese vier Wachstumsfelder zuschneiden. Wichtige Weichenstellungen hat die
751 CDU-geführte Landesregierung bereits vorgenommen. Dies zeigt das erfolgreiche Ab-
752 schneiden des Landes in den Spitzencluster-Wettbewerben des Bundes.

753 **Nachhaltige Mobilität: Wachstum mit neuem Antrieb.**

754 Für das Autoland Baden-Württemberg ist die Mobilität der Zukunft eine Schlüsselfrage.
755 Klimawandel und neue Technologien sorgen im Automobilbau für einen Umbruch. Unser
756 Ziel heißt: Wir wollen, dass auch in den nächsten Jahrzehnten die besten Autos der Welt
757 aus Baden-Württemberg kommen. Deshalb fördern wir die Antriebsformen der Zukunft.

758 **Umwelttechnik: Sauberes Wachstum schaffen.**

759 Mit der Landesstrategie Umwelttechnik und Ressourceneffizienz wollen wir Baden-
760 Württemberg zum führenden Umwelttechnikstandort Europas machen. Ein wichtiger Bau-
761 stein ist das neue Technologie- und Innovationszentrum Umwelttechnik. Es unterstützt
762 vor allem kleine und mittlere Unternehmen mit ihren Geschäftsideen in diesem Bereich.
763 Wir werden unsere Anstrengungen weiter intensivieren und um die Ansiedlung neuer an-
764 wendungsorientierter Forschungseinrichtungen werben. Mit Servicestellen für den Tech-
765 nologietransfer und Forschungswettbewerben wollen wir Innovationen schneller zum
766 Durchbruch verhelfen und die Ressourceneffizienz in den Unternehmen verbessern.

767 **BIP durch Bits: Wachstum durch Software und Medien.**

768 Weltweit zählt die IT-Wirtschaft zu den großen Wachstumsbranchen. Der Förderpolitik der
769 vergangenen Jahrzehnte ist es zu verdanken, dass der IT-Standort Baden-Württemberg
770 europaweit einen exzellenten Ruf hat. Wir wollen unsere gute Ausgangsposition weiter
771 ausbauen. Die CDU wird den Forschungsverbund „Unternehmenssoftware Baden-
772 Württemberg“ weiterentwickeln. Mit neuen Initiativen wollen wir insbesondere kleineren
773 und mittleren Unternehmen den Zugang zu technologischen Entwicklungen ermöglichen.

774 Baden-Württemberg gehört zu den führenden Kreativstandorten in Deutschland. Die
775 Gründung der Akademie für Darstellende Kunst und die neue Filmkonzeption hat den Me-
776 dienstandort Baden-Württemberg weiter gestärkt. Bereits etablierte Einrichtungen wie
777 das Zentrum für Kunst und Medientechnologie in Karlsruhe, die Filmakademie in Ludwigs-
778 burg, die Popakademie in Mannheim oder die Medien- und Filmgesellschaft sind Kristalli-
779 sationsorte für die erfolgreiche Kreativwirtschaft im Land. Wir wollen unser Profil als Me-
780 dienstandort auch in den nächsten Jahren stärken.

781 **Wachstumsbereich Gesundheitswirtschaft.**

782 Ein wichtiger Wirtschaftszweig ist bereits heute die Gesundheitswirtschaft. Etwa jeder
783 zehnte Baden-Württemberger ist in diesem Bereich beschäftigt. Der technologische Fort-
784 schritt ist rasant. Wir verbessern unsere Lebensqualität, erreichen ein höheres Lebensalter
785 und eröffnen unserer Wirtschaft zugleich große Wachstumschancen. Neue innovative Be-
786 handlungsverfahren, neue Materialien und neue Verfahren versprechen Wachstum und
787 Arbeitsplätze. Wir wollen daher die bestehenden Wachstumskerne stärken und neue ins
788 Leben rufen. Das „Gesundheitsforum Baden-Württemberg“ trägt zur Vernetzung der Ak-
789 teure bei. Mit einer Förderung der Telemedizin wollen wir insbesondere auch die medizini-
790 sche Versorgung der Ländlichen Räume stärken und Wachstumspotentiale heben.

791 **Tourismus: Wachstum durch Gastfreundschaft.**

792 Baden-Württemberg ist Urlaubsland. Die reizvolle Natur, die gute schwäbisch-badische
793 Küche, der historische und kulturelle Reichtum des Landes und die vielfältigen Kur- und
794 Wellness-Angebote im Bäderland Baden-Württemberg bieten unseren Gästen viele attrak-
795 tive Ziele. Die Tourismusbranche trägt damit viel zu Wohlstand, Beschäftigung und regio-
796 naler Entwicklung in allen Landesteilen bei. Wir wissen um die Chancen der Tourismus-
797 wirtschaft und werden sie weiterhin verlässlich fördern.

798 **Ein neuer Gründergeist für unser Land.**

799 Erfolg ist ohne Kreativität nicht machbar. Es braucht neue Ideen für neue Produkte und
800 Dienstleistungen. Häufig sind es junge Unternehmen, die mit innovativen Produktideen
801 die Wirtschaft voranbringen. Allerdings ist mangelnde Versorgung mit Eigenkapital für
802 junge, ideenreiche Unternehmen oft ein großes Hindernis für ihre weitere Entwicklung.
803 Deshalb werden wir den Start von Neugründungen mit einem neuen Wagniskapitalfonds
804 Baden-Württemberg unterstützen. Begleitet wird dies mit einem noch konsequenteren
805 Abbau von bürokratischen Hindernissen für Neugründungen und Neuansiedlungen.

806 Mit dem Programm „Junge Innovatoren“ fördert Baden-Württemberg bereits erfolgreich
807 Existenzgründerinnen und Existenzgründer aus den Hochschulen und außeruniversitären
808 Forschungseinrichtungen unseres Landes. Wir wollen diese zielgerichtete Förderung aus-
809 bauen, damit noch mehr junge Gründer den Schritt in die Selbständigkeit wagen.

810 Unternehmergeist und Innovationskultur sind für eine moderne Wirtschaft unabdingbar.
811 Wir wollen diese Grundhaltung weiter stärken. Daher werden wir gemeinsam mit Partnern
812 aus Wirtschaft und Medien eine Kampagne zur Stärkung der Innovationskultur in Baden-
813 Württemberg starten. Bereits heute fördern wir Schülerfirmen. Dieses Engagement wollen
814 wir intensivieren. Denn Gründergeist beginnt bereits in der Schule.

815 **Der Mittelstand ist und bleibt das Kernstück unserer Wirtschaft.**

816 Die CDU Baden-Württemberg bekennt sich zur Freiheit des Unternehmertums und zum
817 selbständigen Mittelstand. Nur wenn Menschen bereit sind, sich dem Risiko des wirt-
818 schaftlichen Wettbewerbs zu stellen, sind Wohlstand und soziale Sicherheit möglich. Aus
819 dieser Freiheit folgt für uns aber auch ein besonderes Verantwortungsbewusstsein der
820 Unternehmen gegenüber den Mitarbeitern, dem Standort und der Gesellschaft insgesamt.

821 **Baden-Württemberg ist das Land des Mittelstands.**

822 In unseren mittelständischen Unternehmen haben zwei von drei Beschäftigten ihren Ar-
823beitsplatz. Vier von fünf Lehrlingen werden dort ausgebildet. Der Mittelstand erwirtschaf-

824 tet die Hälfte der baden-württembergischen Wertschöpfung. Er trägt 80 Prozent zum ge-
825 werblichen Steueraufkommen bei. Es sind nach wie vor die kleinen und mittleren Unter-
826 nehmen, die den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg prägen. Viele dieser mittel-
827 ständischen Betriebe sind Familienunternehmen, die oft schon seit Generationen im Land
828 verankert sind. Hier ist unternehmerisches Verantwortungsdenken Tag für Tag konkrete
829 Geschäftspraxis. Wir wissen um den Beitrag der mittelständischen Unternehmen im Land
830 zu Wohlstand und Chancen, Integration und Zusammenhalt. Deshalb ist und bleibt die
831 CDU in Baden-Württemberg die Partei des Mittelstands.

832 **Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands stärken.**

833 Speziell in der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde die Beratung für kleine und mittlere
834 Unternehmen gefördert und die Vergabe öffentlicher Aufträge mittelstandsfreundlich
835 gestaltet. Ziel unserer Mittelstandspolitik ist es, die Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks,
836 der mittelständischen Industrie und des Handels, der Gastronomie, der Freien Berufe und
837 der sonstigen Dienstleistungen zu erhalten und zu stärken. Dazu werden wir das bewährte
838 Zukunftsprogramm Mittelstand fortschreiben.

839 **Innovationsfähigkeit des Mittelstands verbessern.**

840 Wir wollen den Mittelstand durch Technologietransfer zwischen Forschung und Unter-
841 nehmen, durch Förderung von Netzwerken und regionalen Clustern sowie durch professi-
842 onelle Beratung in seiner Innovationsfähigkeit unterstützen.

843 Ein erfolgreiches Instrument zur Innovationsförderung im Mittelstand sind die „Innovati-
844 onsgutscheine“. Sie ermöglichen die Intensivierung ihrer Forschungsanstrengungen. Die
845 Unternehmen können die Gutscheine bei öffentlichen oder privaten Einrichtungen einlö-
846 sen und so Forschungs- und Entwicklungsaufträge bezahlen. Dieses unbürokratische In-
847 strument der Innovationsförderung wollen wir ausbauen. Außerdem wollen wir uns auf
848 Bundesebene für die Einführung einer steuerlichen Innovationsförderung für den Mittel-
849 stand einsetzen.

850 **Neues Wachstum braucht frisches Geld.**

851 Eine gesicherte Finanzierung des Mittelstands gehört zu den zentralen Anliegen unserer
852 Politik. In der Krise hat die CDU-geführte Landesregierung durch Bürgschaften für den
853 Mittelstand Unternehmen und Arbeitsplätze erhalten. So hat das Land den Bürgschafts-
854 rahmen für Unternehmenskredite von 150 Millionen Euro auf 1,2 Milliarden Euro erhöht.
855 Der Investitions- und Innovationsdruck bleibt auch nach der Krise hoch. Die Finanzierungs-
856 fähigkeit der Unternehmen - gerade im Mittelstand - wird auch in Zukunft ein maßgebli-
857 cher Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg Baden-Württembergs sein. Daher setzen wir

858 auch in Zukunft auf eine gesicherte Finanzierung des Mittelstands. Gleichzeitig wollen wir
859 noch intensiver um ausländische Investitionen in Baden-Württemberg werben.

860 **Qualifizierte Fachkräfte für chancenreiches Wirtschaften.**

861 Unsere Wirtschaft lebt von den Fachkräften im Land. Daher hat die CDU-geführte Landes-
862 regierung in der Finanz- und Wirtschaftskrise kurzfristig ein Sofortprogramm für Hoch-
863 schulabsolventen der Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik
864 (MINT) aufgelegt. Gemeinsam mit den Arbeitsagenturen im Land haben wir einen „Schutz-
865 schirm für Auszubildende“ aufgespannt. Er ermöglicht jungen Menschen die Fortführung
866 ihrer Ausbildung, auch wenn ihr Unternehmen Insolvenz anmelden musste.

867 Mit der Fachkräfteinitiative hat die CDU-geführte Landesregierung die nachhaltige Siche-
868 rung des Fachkräfteangebots schon frühzeitig zu einem Hauptthema der Landespolitik
869 gemacht. Daran werden wir anknüpfen. Wir wollen alle Fachkräftepotentiale im Land er-
870 schließen.

871 **Gesteuerte Zuwanderung als Chance begreifen.**

872 In Baden-Württemberg studieren rund 35.000 ausländische Studierende. Nach dem Studi-
873 um bleiben sie oft nicht im Land. Wir sprechen uns dafür aus, den ausländischen Absolven-
874 ten unserer Hochschulen den Zugang zum hiesigen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Deshalb
875 verlängern wir die Höchstdauer der Arbeitsplatzsuche für erfolgreiche ausländische Stu-
876 denten von einem auf zwei Jahre.

877 Die CDU Baden-Württemberg setzt außerdem weiter auf eine Senkung der Einkommens-
878 grenzen für hochqualifizierte Einwanderer. Ausländischen Spitzenfachkräften, die in ihrem
879 Heimatland einen Abschluss im technischen oder naturwissenschaftlichen Bereich erwor-
880 ben haben, wollen wir die berufliche Eingliederung mit einem „Akademikerprogramm“
881 erleichtern. Eines steht für die CDU jedoch fest: Der maßvolle Zuzug ausländischer Hoch-
882 qualifizierter kann nur ein subsidiäres Instrument sein. Die Qualifizierung und Vermittlung
883 deutscher Arbeitsloser in Beschäftigung muss weiterhin Vorrang haben.

884 Wir werden eine „Landesagentur für Migrationsfragen“ aufbauen. Sie soll es ermöglichen,
885 die Zuwanderungspolitik effektiver zu steuern und Integrationsprojekte zu koordinieren.

886 Gleichzeitig wollen wir die Migranten stärker qualifizieren und am Arbeitsmarkt betei-
887 ligen, die schon heute bei uns leben. In den letzten zehn Jahren haben wir hier deutliche
888 Fortschritte gemacht: Der Anteil ausländischer Arbeitnehmer, die eine abgeschlossene
889 Berufsausbildung haben, stieg um fünf Prozentpunkte auf 42 Prozent. Unser Ziel bleibt es
890 weiterhin, den Anteil qualifizierter Migranten deutlich zu erhöhen.

891 Wir unterstützen die einfachere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, sofern die-
892 se mit unserem Qualifikationsniveau vergleichbar sind. Bürokratische Hindernisse wollen
893 wir abbauen und eine einheitliche Anlaufstelle schaffen.

894 **VI. CHANCEN NACH DEM ARBEITSLEBEN**

895 **Den demographischen Wandel als Chance begreifen.**

896 Die Lebenserwartung im Südwesten ist die höchste in ganz Deutschland, das Durch-
897 schnittsalter der Bevölkerung wächst stetig an. Für die CDU ist das ein Grund zur Freude:
898 Noch nie haben so viele Generationen zur gleichen Zeit gelebt. Noch nie gab es so viele
899 rüstige, geistig und körperlich gesunde ältere Menschen. Der demographische Wandel ist
900 eine Chance - für unsere Gesellschaft, unser Zusammenleben und für unsere Wirtschaft.

901 Das Wissen, die Erfahrung, die Kompetenzen und Fähigkeiten älterer Menschen sind für
902 unsere Gesellschaft von unschätzbarem Wert.

903 **Eine Chance für unsere Gesellschaft - das Potential älterer Menschen nutzen.**

904 Wir möchten die ältere Generation ermutigen, ihr Wissen, ihre Wertvorstellungen und ihre
905 Fähigkeiten einzubringen - im ehrenamtlichen Engagement, in den Kirchen, im Kindergar-
906 ten, in der Schule, in Vereinen und Verbänden, in Projekten und Initiativen.

907 Gerade das erfolgreiche Jugendbegleiterprogramm an unseren Schulen ist ein gelungenes
908 Beispiel für das praktische Miteinander der Generationen. Der wertvolle Erfahrungsschatz
909 Älterer wird dabei an die Enkelgeneration weitergeben. Ergänzend zum Unterricht können
910 Senioren z.B. Arbeitsgemeinschaften und Projektgruppen betreuen, berufspraktische Ein-
911 blicke vermitteln oder Vorträge halten. Senioren mit ihrer langjährigen Lebens- und Be-
912 rufserfahrung sind exzellente Berater für Schulabgänger. Auch von diesem Wissen sollen
913 junge Menschen noch stärker profitieren können.

914 Die CDU Baden-Württemberg unterstützt weiterhin die wichtige Arbeit der Senioren-
915 netzwerke. Besonders der Landesseniorenrat leistet als bedeutendes Netzwerk einen gro-
916 ßen Dienst in unserem Land.

917 **Weiterbildung auch im Alter.**

918 Viele Seniorinnen und Senioren wollen auch im Alter Bildungsangebote aktiv nutzen. Wir
919 unterstützen dieses Engagement - in Volkshochschulen und Universitäten. Wir werden
920 ausreichend Studienplätze für Senioren bereithalten. Lebenslanges Lernen endet für uns
921 nicht mit dem Rentenbescheid. Die Weiterbildung von Senioren ist eine Chance für unsere
922 Gesellschaft.

923 **Würde im Alter bewahren.**

924 Wir respektieren und schätzen die Lebensleistung von Älteren - von Menschen, die ein
925 langes Arbeitsleben hinter sich gebracht, die eine Familie gegründet und ihren Beitrag zur
926 Entwicklung unseres Gemeinwesens geleistet haben. Dafür sind wir dankbar. Auch deshalb
927 ist es für uns eine wichtige gesamtgesellschaftliche Verpflichtung, pflegebedürftigen alten
928 Menschen einen Lebensabend in Würde zu ermöglichen. Die CDU-geführte Landesregie-
929 rung hat viel dafür getan, wohnortnahe Pflegedienststrukturen in Baden-Württemberg
930 aufzubauen - sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich. Wir werden diese
931 Strukturen im Sinne der Menschen weiterentwickeln.

932 **Soviel Selbständigkeit wie möglich, soviel Hilfe wie nötig.**

933 Der Lebenswille von Menschen hängt auch damit zusammen, wie lange ein selbstbestimm-
934 tes Leben in vertrauter Umgebung möglich ist. Deshalb gilt für uns der Grundsatz: soviel
935 Selbständigkeit wie möglich, soviel Hilfe wie nötig. Wir setzen dabei auch auf Selbsthilfe-
936 netzwerke anstatt nur auf staatliche Einrichtungen. Wir möchten älteren Menschen die
937 Chance geben, sich zwischen verschiedenen Formen des Zusammenlebens oder der Be-
938 treuung frei und individuell entscheiden zu können.

939 **Häusliche Betreuung ermöglichen und lokale Initiativen stärken.**

940 Mit Hilfe ambulanter Einrichtungen und der Unterstützung der Familie wird die Betreuung
941 älterer Menschen in vielen Fällen zu Hause oder in gewohnter Umgebung ermöglicht. Al-
942 len Menschen, die sich um die Pflege und Betreuung von Angehörigen, Freunden und Be-
943 kannten bemühen, gebührt unsere Wertschätzung und Anerkennung. Die CDU Baden-
944 Württemberg setzt sich dafür ein, Hemmnisse und Barrieren der familiären und ehrenamt-
945 lichen Betreuung zu reduzieren.

946 Dazu gehört, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu verbessern. Auch der Ausbau am-
947 bulanter Einrichtungen kann dazu einen entscheidenden Beitrag leisten. Gleichzeitig set-
948 zen wir auf lokale Initiativen: Projekte im Bereich der Nachbarschaftshilfe von pflegebe-
949 dürftigen Menschen können am besten vor Ort organisiert werden. Dieses Engagement
950 wollen wir unterstützen.

951 **Ausbau der Pflegestützpunkte vorantreiben.**

952 Die Pflegebedürftigkeit eines Menschen tritt oft unerwartet ein. Die Familie muss dann
953 schnelle Entscheidungen treffen. Hier helfen die kommunalen Pflegestützpunkte. Sie bera-
954 ten und können lokale Initiativen vernetzen. Gerade auch bei der Hilfe demenzkranker

955 Menschen leisten die Pflegestützpunkte wichtige Arbeit. Die CDU Baden-Württemberg
956 setzt sich daher für den flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten ein.

957 **Individuelle Betreuung fortentwickeln - Verantwortung füreinander übernehmen.**

958 Wo die Betreuung in der eigenen Wohnung oder bei der Familie nicht möglich ist, wird die
959 CDU Baden-Württemberg für ältere Menschen zeitgemäße, individuell gestaltbare Wohn-
960 und Betreuungsformen im ganzen Land fortentwickeln - als Ergänzung zum klassischen
961 Alten- und Pflegeheim. Dazu gehören das Betreute Wohnen oder ambulant betreute
962 Wohngemeinschaften. Insbesondere wollen wir Wohnprojekte fördern, in denen verschie-
963 dene Generationen nicht nur unter einem Dach leben, sondern Verantwortung füreinander
964 übernehmen.

965 **Im wohnortnahen Pflegeheim zuhause - im Zentrum der Gemeinschaft.**

966 Wo der Wunsch besteht, muss die Betreuung im wohnortnahen Pflegeheim möglich sein.
967 In den letzten Jahren wurde eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Versorgung in allen
968 Teilen des Landes sichergestellt: Von 1997 bis 2009 hat die CDU-geführte Landesregie-
969 rung über 520 Pflegeheimprojekte gefördert. Allein 2010 standen noch einmal 10 Millio-
970 nen Euro für den Ausbau von Pflegeheimen zur Verfügung. Die CDU-geführte Landesre-
971 gierung hat damit ein deutliches Zeichen gesetzt. Wir werden weiter darauf hinwirken,
972 dass neue Wohn-, Pflege- und Betreuungseinrichtungen wohnortnah gebaut werden kön-
973 nen. Pflegebedürftige Menschen sollen weiterhin die Möglichkeit haben, am Gemeindele-
974 ben teilzunehmen.

975 **Eine qualitativ hochwertige Betreuung - für uns ein Herzensanliegen.**

976 In der Betreuung sind uns qualitativ hochwertige Pflegeeinrichtungen ein Herzensanlie-
977 gen. Als erstes Bundesland hat Baden-Württemberg 2008 das Landesheimgesetz verab-
978 schiedet. Die CDU-geführte Landesregierung hat damit für mehr Transparenz und Ver-
979 braucherschutz in der Pflege gesorgt. Die CDU Baden-Württemberg hat die Zeichen der
980 Zeit früh erkannt: Unser Land hat die Heime mit den bundesweit besten Bewertungen.

981 Unsere Anerkennung gilt insbesondere den Beschäftigten im Pflegebereich. Die Novellie-
982 rung des Landespflegegesetzes trägt dazu bei, dass mehr Menschen attraktive Wege in die
983 Pflegeberufe eröffnet werden. Wir prüfen einen Studiengang für Pflegekräfte und setzen
984 uns für die Weiterentwicklung der Pflegehelferberufe ein. Konkret werden wir die Ein-
985 stiegsmöglichkeiten für Schüler verbessern. Für Menschen ohne Schulabschluss wollen wir
986 die Ausbildungsmöglichkeiten zum Servicehelfer oder Alltagsbetreuer verbessern.

987 **Bewusstsein für das Miteinander.**

988 In vielen Kommunen werden Schüler bei Projektwochen dazu ermutigt, sich für unser Ge-
989 meinwesen einzubringen. Sie gehen ins örtliche Alters- oder Pflegeheim und verbringen
990 dort Zeit mit älteren Menschen. Dieses Modell werden wir für alle Schulen im Land aus-
991 weiten. Um das Bewusstsein für das Miteinander in unserer Gesellschaft zu fördern, wer-
992 den wir in allen Schulen Sozial-Praktika einrichten. Damit fördern wir das Bewusstsein für
993 das Miteinander in unserer Gesellschaft.

994 Die CDU Baden-Württemberg steht für das Miteinander der Generationen. Wir wenden
995 uns gegen jede Diskriminierung des Alters. Die CDU Baden-Württemberg ist die Partei
996 aller Generationen.

997 **VII. GRUNDLAGEN UNSERES CHANCENREICHTUMS**

998 **A. BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE**

999 Eine moderne Energieversorgung braucht Zuverlässigkeit, Bezahlbarkeit und Umwelt-
1000 freundlichkeit - aber keine Ideologie. So wollen es die Menschen und Unternehmen in un-
1001 serem Land. So will es auch die CDU. Wir wollen langfristig den Umstieg in eine komplett
1002 CO₂-neutrale Energieerzeugung schaffen. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien.
1003 Aber wir wollen kurz- und mittelfristig keine Kapazitätsengpässe und Preissprünge provo-
1004 zieren.

1005 Baden-Württemberg hat bei der Verringerung des CO₂-Ausstosses in der Vergangenheit
1006 viel erreicht. Wir wollen aber noch mehr erreichen: Bis 2020 sollen die energiebedingten
1007 CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um über 30 Prozent sinken. Bis zum Jahr 2050 wollen wir
1008 eine Senkung um 80 Prozent erreichen. Damit teilen wir die ambitionierten Ziele des Ener-
1009 giekonzepts der Bundesregierung.

1010 **Verantwortungsvoller Energiemix.**

1011 Im Jahr 2008 betrug der Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung im
1012 Land knapp 15 Prozent. Fossile Energieträger tragen weit über 30 Prozent und die Kern-
1013 kraft rund 50 Prozent zur Stromerzeugung bei. Diese Zahlen zeigen, dass auf die Erzeu-
1014 gung von Strom aus Kernenergie im Land kurzfristig nicht einfach verzichtet werden kann.
1015 Vielmehr brauchen wir die Kernenergie als verlässliche, kostengünstige und klimafreundli-
1016 che Brückentechnologie. Eine Kompensation der Kernenergie durch fossile Energieträger
1017 lehnen wir entschieden ab. Dies hätte in Baden-Württemberg jährlich zusätzliche CO₂-
1018 Emissionen von 15 bis 30 Millionen Tonnen CO₂ zur Folge. Damit würde der Ausstoß des
1019 Klimagases um 20 bis 40 Prozent erhöht.

1020 Die CDU Baden-Württemberg begrüßt das Energiekonzept der Bundesregierung. Es setzt
1021 Maßstäbe für die Energieerzeugung der Zukunft. Die Ziele suchen international ihresglei-
1022 chen: Bis 2050 ist eine Reduzierung der Kohlendioxidemission um 80 Prozent geplant, fer-
1023 ner eine Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien auf 80 Prozent. Dafür nimmt das
1024 Energiekonzept vor allem die großen Energiekonzerne finanziell stark in die Pflicht: Ab
1025 2011 fließen zusätzlich weit über 15 Milliarden Euro aus der Laufzeitverlängerung der
1026 Kernkraftwerke in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Klimaschutz. Das ist eine
1027 Mega-Programm für die erneuerbaren Energien. Hinzu kommen weitere rund 2 Milliarden
1028 Euro jährlich aus dem Handel mit Emissionszertifikaten ab 2013. Weitere Maßnahmen zur
1029 Stärkung der energetischen Gebäudesanierung, zur Energieeinsparung und für ver-
1030 brauchsarmen Verkehr sind im Konzept enthalten.

1031 **Unser Energiekonzept - mutig und vernünftig zugleich.**

1032 Die baden-württembergische Energiepolitik wird von drei Leitlinien getragen. Erstens wol-
1033 len wir eine eigenständige Energieversorgungsstruktur im Land mit hoher Produktionska-
1034 pazität und möglichst vielen Arbeitsplätzen erhalten. Zweitens wollen wir eine sichere
1035 Energieversorgung für Unternehmen und Haushalte zu bezahlbaren Preisen sicherstellen.
1036 Drittens wollen wir unsere ambitionierten Klimaschutzziele erreichen.

1037 Mit dem Mitte 2009 verabschiedeten Energiekonzept 2020 hat die CDU-geführte Landes-
1038 regierung ihre energiepolitische Vorreiterrolle unterstrichen. Die formulierten Ziele sind
1039 realistisch und berücksichtigen die spezifische Situation unseres Landes. Wir wollen den
1040 Energieverbrauch senken und die Energieproduktivität steigern. Die erneuerbaren Ener-
1041 gien sollen ausgebaut und der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung bis 2020 auf mindestens
1042 20 Prozent steigen.

1043 **Energie einsparen.**

1044 Die umweltfreundlichste Energie ist die, die erst gar nicht erzeugt werden muss. Deshalb
1045 stehen Energieeffizienz und Energieeinsparung für uns an erster Stelle. Gerade bei älteren
1046 Wohngebäuden bieten sich große Chancen zur Energieeinsparung. Für die Modernisierung
1047 solcher Gebäude wollen wir einen Energieeffizienzfonds des Landes auflegen, der auf die
1048 Programme des Bundes aufbaut. Hierzu werden wir uns auch für eine weitere deutliche
1049 Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ausbau der Wärmenetze einsetzen.

1050 **20 Prozent erneuerbare Energien bis 2020.**

1051 Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft. Deshalb wollen wir ihren Anteil an der
1052 Energieerzeugung stetig ausbauen. Die Zielmarke von 20 Prozent regenerativer Energien
1053 am Gesamtenergieaufkommen im Jahr 2020 ist für uns nur eine Untergrenze, die wir weit
1054 übertreffen wollen. Dazu werden wir in der kommenden Legislaturperiode das Energie-
1055 konzept 2020 der Landesregierung zu einem umfassenden Konzept für das Zieljahr 2050
1056 weiterentwickeln. Bis zu diesem Zieljahr sollen die erneuerbaren Energien mindestens 80
1057 Prozent zur Energieerzeugung im Land beisteuern.

1058 Besondere Chancen für Baden-Württemberg sehen wir in der Wasserkraft, Sonnen- und
1059 Bioenergie sowie der Geothermie. Wo es landschaftlich verträglich und technisch sinnvoll
1060 ist, befürworten wir auch einen Ausbau der Windenergie.

1061 **Verantwortungsvoller Ausbau regenerativer Energien.**

1062 Der weitere Ausbau erneuerbarer Energien (Windräder, Solarparks, Speicherkraftwerke,
1063 Überlandleitungen etc.) wird nicht konfliktfrei verlaufen. Wer für erneuerbare Energien ist,

1064 darf sich nicht gegen neue Speicherkraftwerke und Überlandleitungen stellen. Wir wollen
1065 den Ausbau der erneuerbaren Energien gemeinsam mit den Menschen vor Ort vorantrei-
1066 ben. Durch frühzeitige Einbindung und den Dialog mit den Betroffenen werden wir vor Ort
1067 Akzeptanz gewinnen.

1068 Wir werden uns im Land, aber auch auf Bundes- und EU-Ebene für einen zügigen Ausbau
1069 der Energieinfrastruktur einsetzen. Insbesondere werden wir Investitionen in intelligente
1070 Stromnetze unterstützen, die dezentrale, regenerative Energieerzeugungsanlagen und
1071 -speicher miteinander verbinden und die Energie effizient verteilen.

1072 Gas ist ein wichtiger Energieträger. Gemeinsam mit den Gasnetzbetreibern und For-
1073 schungseinrichtungen wollen wir eine moderne Gasversorgung schaffen, in der die de-
1074 zentrale Einspeisung von Gas aus regenerativen Quellen flächendeckend umsetzbar ist.
1075 Wir bekennen uns zu unseren leistungsfähigen Stadtwerken. Sie sind flexibel, innovativ
1076 und nah am Kunden.

1077 **Energieforschung verstärken.**

1078 Wir werden die Energieforschung zu Fragen der Kraftwerkstechnik, zu alternativen An-
1079 triebsformen, Energieerzeugung, -speicherung und -netzen sowie zum energiesparenden
1080 Bauen zu einem Mittelpunkt der baden-württembergischen Forschungsanstrengungen
1081 machen. Einen Schwerpunkt werden wir auf die Speichertechnologien legen. Die Vernet-
1082 zung und der Austausch zwischen öffentlicher Forschung und Entwicklung mit den Initiati-
1083 ven der Wirtschaft wollen wir verstärken.

1084 Ein wichtiger Baustein ist auch die Beratung. So sind inzwischen bereits in 30 von 35 Land-
1085 kreisen im Land Energieagenturen eingerichtet worden. Wir werden uns für einen flächen-
1086 deckenden Ausbau der Energieagenturen einsetzen.

1087 **Baden-Württemberg - Vorreiter bei erneuerbarer Wärme.**

1088 Baden-Württemberg ist bundesweit Spitzenreiter beim Einsatz erneuerbarer Energien zur
1089 Wärmeerzeugung. Mit dem „Erneuerbare-Wärme-Gesetz“ hat die CDU-geführte Landes-
1090 regierung 2008 erstmals eine Pflicht zum Einsatz erneuerbarer Energien bei der Wärme-
1091 versorgung neuer und bestehender Gebäude eingeführt. Baden-Württemberg war damit
1092 Vorbild für den Bund, der die Regelungen für Neubauten übernommen hat.

1093 Das neue Gesetz ist ein Erfolg. Damit gelingt es uns in Baden-Württemberg, den Anteil
1094 erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung deutlich zu erhöhen. Zugleich senken wir
1095 so den CO₂-Ausstoß. Bei bestehenden Gebäuden sehen wir nach wie vor gute Entwick-
1096 lungsmöglichkeiten. Wir wollen das „Erneuerbare-Wärme-Gesetz“ daher in der kommen-

1097 den Legislaturperiode weiterentwickeln. Die bisherigen Erfahrungen der Praxis sollen da-
1098 rin einfließen. Die Ziele müssen für Hausbesitzer noch einfacher zu erreichen sein.

1099 **B. UMWELTSCHUTZ**

1100 **Umweltschutz - eine Verpflichtung für die Union.**

1101 Die Bewahrung der Schöpfung und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlage liegen uns
1102 besonders am Herzen. Die CDU Baden-Württemberg wird den Klimaschutz vorantreiben,
1103 Hochwasserschutz verstärken, Flächenverbrauch reduzieren und gegen die Belastungen
1104 durch Lärm und Schadstoffe vorgehen. Umwelttechnik und Ressourcenschonung bauen
1105 wir zu strategischen Handlungsfeldern für Baden-Württemberg aus. Mit dem Umweltplan
1106 2007 hat das Land konkrete Ziele und Maßnahmen für alle Umweltbereiche festgeschrie-
1107 ben.

1108 **Vorfahrt für den Klimaschutz.**

1109 Der Klimawandel macht auch vor Baden-Württemberg nicht Halt. Extreme Wetterereignis-
1110 se wie Stürme, Hagel oder Überschwemmungen treten heute schon häufiger und intensi-
1111 ver auf. Das verursacht nicht nur Schäden an Gebäuden, Fahrzeugen oder in der Land- und
1112 Forstwirtschaft, sondern birgt auch Gesundheitsrisiken. Darüber hinaus verlangt der Kli-
1113 mawandel Anpassungen nicht nur im Boden-, Natur- und Artenschutz. Die Erderwärmung
1114 zieht hohe Folgekosten nach sich. Deshalb unterstützt die CDU Baden-Württemberg In-
1115 vestitionen in den Klimaschutz.

1116 Baden-Württemberg hat schon heute vorbildliche Kennzahlen: Mit dem CO₂-Ausstoß von
1117 zuletzt 6,8 Kilogramm pro Einwohner und Jahr liegt das Land um über 30 Prozent besser
1118 als der Bundesdurchschnitt. Diesen Weg geht die CDU-geführte Landesregierung weiter:
1119 Wir fördern erneuerbare Energien und erhöhen die Anreize für Energieeffizienz und Ener-
1120 giesparen.

1121 Das „Klimaschutzkonzept 2020plus“ weist Wege auf, wie wir den wachsenden Anforde-
1122 rungen an die Reduktion der Klimagasemissionen bis zum Jahr 2020 und darüber hinaus
1123 begegnen können.

1124 **Wirksamer Klimaschutz braucht das Engagement vieler Akteure.**

1125 Um viele Akteure in den Klimaschutz einzubeziehen, werden wir gemeinsam mit den
1126 Kommunen, der Wirtschaft, den Stadtwerken und den Umweltverbänden eine breit ange-
1127 legte Klimaschutzinitiative starten. Durch kommunale Klimaschutzkonzepte und unter-
1128 nehmensbezogene Instrumente des Energiemanagements, durch Beratung und Initiativen

1129 zur Vernetzung wollen wir diese Akteure als Unterstützer für die aktive Klimaschutzpolitik
1130 des Landes gewinnen. Um der Vorbildfunktion des Landes gerecht zu werden, werden wir
1131 die umfassende energetische Sanierung aller landeseigenen Gebäude vorantreiben.

1132 Der Kenntnisstand über die Auswirkungen des Klimawandels ist bei Weitem noch nicht
1133 ausreichend. Nicht alle Fragen zum Klimawandel können bisher beantwortet werden. Des-
1134 halb setzt sich die CDU Baden-Württemberg weiter dafür ein, die Erforschung der regiona-
1135 len Klimaauswirkungen voranzutreiben und auch finanziell zu unterstützen.

1136 **Umweltbewusstsein durch Umweltbildung.**

1137 Nachhaltigkeit und Umweltschutz sind im Bildungswesen in Baden-Württemberg fest ver-
1138 ankert. An Schulen werden wir auch künftig „Ökoexperten“ ausbilden, die Energiespar-
1139 maßnahmen oder Umwelt-AGs begleiten. Wir bauen außerdem das Freiwillige Ökologi-
1140 sche Jahr aus. Diese Initiativen wollen wir nun vermehrt auf den Ausbildungssektor über-
1141 tragen. In Kooperation mit den Kammern wollen wir ein praxisorientiertes Modell zur
1142 Nachhaltigkeitsbildung in der beruflichen Ausbildung entwickeln und umsetzen.

1143 **Land und Leute vor Lärm schützen.**

1144 Lärm ist ein zentrales Umweltproblem unserer Gesellschaft. Etwa 60 Prozent der Bevölke-
1145 rung von Baden-Württemberg fühlen sich hauptsächlich durch Verkehrs- und Straßenlärm
1146 belastigt. Die Landesregierung hat im ganzen Land die Lärmbelastung ermittelt. Mit die-
1147 sen Daten können Kommunen Aktionspläne erarbeiten. Das Land unterstützt sie dabei.
1148 Die Lärmerfassung und die Verminderung von Lärm werden wir deshalb weiter mit Nach-
1149 druck verfolgen.

1150 Wir werden die Entwicklung leiserer Fahrbahnbeläge vorantreiben und deren Einsatz bei
1151 Fahrbahnerneuerungen Vorrang einräumen. Für den zügigen Ausbau anspruchsvoller
1152 Schallschutzmaßnahmen werden wir weitere Mittel bereitstellen. Auch beim Schienenver-
1153 kehr werden wir uns für eine ambitionierte Lärminderung einsetzen. Neben einer gene-
1154 relen, deutlichen Lärminderung, insbesondere im Schienengüterverkehr, werden wir uns
1155 vor allem beim Ausbau der Rheintaltrasse für einen bestmöglichen Lärmschutz stark ma-
1156 chen. Um die Anwohner der Rheintalbahn wirksam vor Schienenlärm zu schützen, werden
1157 wir wenn nötig auch Landesgelder beisteuern. Außerdem setzen wir uns für die Abschaf-
1158 fung des so genannten Schienenbonus der Bahn und für verbindliche Lärmgrenzwerte für
1159 Züge ein. Zur weiteren Verringerung des Fluglärms werden wir Möglichkeiten prüfen, wie
1160 die Lärmverursacher ihrer Verantwortung gerecht werden können - etwa durch lärm- und
1161 schadstoffbezogene Landeentgelte.

1162 **Luft und Wasser sauber halten.**

1163 Auch zur Verbesserung der Luftqualität in Städten und Gemeinden wurden Aktionspläne
1164 erarbeitet. Dazu gehören auch die Umweltzonen, verbunden mit Fahrverboten für Fahr-
1165 zeuge mit hohem Schadstoffausstoß. Für die CDU bleibt der Schutz von Mensch und Natur
1166 vor Schadstoffen in der Luft eine wichtige Daueraufgabe.

1167 Wasser ist die Grundlage unseres Lebens. Die Versorgung mit gutem Trinkwasser ist Kern-
1168 bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Trinkwasser wird zu 75 Prozent aus Grund-
1169 wasser gewonnen. Durch nachhaltiges Engagement konnten wir die Nitratbelastung im
1170 Grundwasser deutlich senken. Wir werden die Landwirte bei der Gewässer schonenden
1171 Bewirtschaftung der Flächen weiter unterstützen. Die Schutzgebiets- und Ausgleichsver-
1172 ordnung (SchALVO) ist dafür ein bewährtes und erfolgreiches Instrument.

1173 **Hochwasserschutz: Schutz vor den Gefahren des Wassers.**

1174 Wir betrachten den Hochwasserschutz gerade mit Blick auf den Klimawandel als eine zent-
1175 rale Zukunftsaufgabe. Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren den Etat für
1176 den Hochwasserschutz erhöht. Damit konnten viele Verbesserungen umgesetzt werden.
1177 Die CDU Baden-Württemberg wird diesen erfolgreichen Weg weitergehen. Bestehende
1178 Dämme sollen erhalten und hochwassergefährdete Gebiete oder Hochwasserrückhalteflä-
1179 chen nicht überbaut werden. Wir befürworten die Ausarbeitung der detaillierten Hoch-
1180 wasserrisikomanagementpläne bis 2015 entlang von Rhein, Donau und Neckar. Bis 2013
1181 wollen wir landesweit für 12.300 Gewässerkilometer Hochwassergefahrenkarten erstellen.

1182 Die CDU-geführte Landesregierung hat seit 2006 landesweit 350 Millionen Euro für Bau
1183 und Sanierung von Deichen, Rückhaltebecken oder Ufermauern eingesetzt. Im Rahmen
1184 des Integrierten Rheinprogramms haben wir bereits 40 Prozent der Hochwasservorsorge
1185 realisiert. Verschiedene Akteure widmen sich dem Schutz von Flüssen und der dazu gehö-
1186 rigen Landschaften. Dieses wertvolle ökologische Engagement werden wir weiter fördern.

1187 **Bewahrung unseres Naturerbes.**

1188 Für die CDU Baden-Württemberg ist die Bewahrung und die Pflege unseres Naturerbes ein
1189 wesentlicher Wert. Die wichtigsten Tourismus- und Erholungslandschaften des Landes wie
1190 der Schwarzwald, die Schwäbische Alb oder der Bodensee leben und profitieren vom wir-
1191 kungsvollen Schutz unserer reichen und reizvollen Natur. Unsere 2.500 Naturschutz- und
1192 Landschaftsschutzgebiete bilden die wertvolle ökologische Infrastruktur des Landes, die
1193 wir weiter vernetzen wollen. Dazu werden wir eine „Naturschutzstrategie Baden-
1194 Württemberg 2020“ formulieren und darin Ziele und konkrete Projekte des Naturschutzes
1195 in diesem Jahrzehnt benennen. Wir verpflichten uns zur Erhaltung von Lebensräumen und

1196 zum Schutz von Tier- und Pflanzenarten. Naturschutz gelingt am besten partnerschaftlich.
1197 Dazu ist der Vertragsnaturschutz effektives und erfolgreiches Instrument. Wir streben
1198 darüber hinaus die Ausweisung eines weiteren Großschutzgebietes (z. B. Biosphärenge-
1199 biet, Nationalpark) an. Wir sehen im weiteren Ausbau von Landschaftserhaltungsverbän-
1200 den in der Fläche ein wichtiges strukturelles Element des Naturschutzes. Wir werden des-
1201 halb den flächendeckenden Ausbau von Landschaftserhaltungsverbänden im Land conse-
1202 quent vorantreiben und hierfür entsprechende Mittel bereitstellen.

1203 Über die Ausweisung von Schutzgebieten hinaus muss der Naturschutz zu einem integra-
1204 tiven Element aller Planungs- und Entscheidungsprozesse auf Landes-, regionaler und
1205 kommunaler Ebene, aber auch in der Wirtschaft werden. Hierzu wollen wir gemeinsam mit
1206 der Wirtschaft Baden-Württembergs eine Initiative auf den Weg bringen, mit der modell-
1207 haft Beiträge der Unternehmen zum Erhalt der Landschaft und der Artenvielfalt aufgezeigt
1208 werden. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, die Wertschöpfung durch den Natur-
1209 schutz in verschiedenen Bereichen weiter zu entwickeln und auszubauen.

1210 **Tiere schützen.**

1211 Wir fühlen uns dem Tierschutz besonders verpflichtet. Die CDU setzt sich für artgerechte
1212 Tierhaltung und -ernährung ein. In der Nutztierhaltung wollen wir den Tierschutz im Ein-
1213 klang mit der Wirtschaftlichkeit voranbringen. Zur Verringerung von Tierversuchen wer-
1214 den wir die Entwicklung von Ersatzmethoden weiter fördern. Erfolgreicher Tierschutz kann
1215 insbesondere auch auf europäischer und internationaler Ebene verwirklicht werden. Wir
1216 setzen uns dafür ein, dass Tiertransportzeiten in der EU weiter begrenzt werden.

1217 **Flächenverbrauch reduzieren.**

1218 Wir bekennen uns ausdrücklich zum Ziel „Netto Null“ beim Flächenverbrauch. Die weitere
1219 Zersiedelung unserer Landschaft ist nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich –
1220 gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung – nicht akzeptabel. Die Er-
1221 folge bei der Senkung des Flächenverbrauchs in der Vergangenheit sind für uns Ansporn,
1222 hier konsequent weiter zu arbeiten. Die Wiederverwendung bereits genutzter Flächen und
1223 die Entwicklung im Ort haben Vorrang vor Neubauten auf der grünen Wiese. Dazu werden
1224 wir auch steuerliche Anreize zur Stärkung der Innenentwicklung verfolgen.

1225 **Umweltechnik und Ressourcenschonung.**

1226 Die Knappheit von Ressourcen und Energie macht den Ressourcenschutz zum Kernele-
1227 ment einer zukunftsorientierten Politik. Umwelttechnologie und Ressourceneffizienz ge-
1228 winnen deshalb weltweit an Bedeutung. Sie sind nicht nur aus ökologischen Gründen ge-
1229 boten, sondern bieten auch enorme wirtschaftliche Chancen für Baden-Württemberg.

1230 Nach Expertenschätzungen liegen in der Umwelttechnologie und Ressourceneffizienz bis
1231 zum Jahr 2020 mit 30 bis 45 Milliarden Euro die größten Wachstumspotentiale.

1232 Die von der CDU-geführten Landesregierung gestartete Initiative zum Ausbau Baden-
1233 Württembergs als „Umweltinnovationslabor Europas“ wollen wir mit aller Konsequenz
1234 fortführen und auf eine breite Basis im Land stellen.

1235 Das Technologie- und Innovationszentrum Umwelttechnik Baden-Württemberg soll erster
1236 Ansprechpartner für die Unternehmen des Landes in allen Fragen der Umwelttechnik und
1237 Ressourceneffizienz werden. Als Schnittstelle zwischen Labor und Praxis sollen modernste
1238 Forschung und Markteinführung eng miteinander verzahnt werden. Um die Markteinfüh-
1239 rung von leistungsfähigen Ressourceneffizienztechniken zu beschleunigen, wollen wir ge-
1240 meinsam mit der Wirtschaft neue Konzepte - wie etwa so genannte Contracting-Modelle -
1241 erproben.

1242 **Nachhaltigkeit im Dialog.**

1243 Nachhaltigkeit ist eine Querschnittsaufgabe. Nachhaltige Entwicklung braucht die Beteili-
1244 gung und aktive Mitwirkung aller gesellschaftlichen Akteure. Die Landesregierung hat
1245 deshalb eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie begonnen, an der sich mittlerweile über
1246 450 gesellschaftliche Institutionen beteiligen. Mit der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-
1247 Württemberg hat das Land bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen, und gezeigt, wie
1248 durch Dialog und Partizipation zentrale Themen einer nachhaltigen Entwicklung erfolg-
1249 reich bearbeitet werden können.

1250 Wir wollen diese Initiative fortsetzen und die darin entwickelten neuen Formen des Dia-
1251 logs und der Bürgerbeteiligung nutzen, um beispielsweise auf regionaler Ebene Beteili-
1252 gungsprozesse zu wichtigen Themen nachhaltiger Entwicklung zu initiieren.

1253 **C. INNERE SICHERHEIT**

1254 **Wir sind das Land, in dem Recht und Ordnung etwas gelten.**

1255 Baden-Württemberg und Bayern sind die sichersten Länder in Deutschland. Innere Sicher-
1256 heit ist eine klassische Stärke unionsgeführter Politik. Die Sicherheit der Bürger und der
1257 Schutz vor Straftaten gehört für uns zu den Kernaufgaben landespolitischer Verantwor-
1258 tung. In Baden-Württemberg gibt es deshalb keine Toleranz für Extremismus, Gewalt, Kri-
1259 minalität und rechtsfreie Räume. Wir setzen auf eine echte Sicherheitspartnerschaft zwi-
1260 schen Bürgern und Polizei. Die Bürgerinnen und Bürger im Land erwarten zu Recht von
1261 Politik und Behörden, dass sie sich auf Recht und Ordnung verlassen können. Das erfüllen

1262 wir bereits heute: So ist die Kriminalitätshäufigkeit im Land zusammen mit Bayern schon
1263 bisher die niedrigste im Bundesvergleich.

1264 Damit unser Land bei der Sicherheit weiter an der Spitze bleibt, wird bei der Polizei nicht
1265 gespart. Wir müssen unserer Polizei weiterhin die notwendigen Ressourcen an die Hand
1266 geben, um den Sicherheitsanspruch unserer Bürger zu verwirklichen. Das gilt für die Per-
1267 sonalausstattung der Polizei genauso wie für die Technik.

1268 **Die Ausstattung unserer Polizei ist spitze.**

1269 Wir haben in den letzten Jahren konsequent die Informations- und Kommunikationstech-
1270 nik der Polizei modernisiert. Die Sicherheitsausstattung mit modernen Pistolen und
1271 Schutzwesten sowie die Verbesserung der „Amok-Schutzausstattung“ für 3,6 Millionen
1272 Euro waren uns wichtig. Auch der Polizeifuhrpark lässt sich sehen: Die Umstellung auf ein
1273 Leasingkonzept sichert modernste Fahrzeuge. Nicht zuletzt die neue blaue Polizeiuniform
1274 trägt zur Verbesserung der Arbeits- und Einsatzbedingungen bei. Auch in der kommenden
1275 Legislaturperiode wird die CDU Baden-Württemberg dafür sorgen, dass die Ausstattung
1276 unserer Polizei ständig ergänzt und modernisiert wird. Dies gilt gerade für die landesweite
1277 Einführung des Digitalfunks für insgesamt 400 Millionen Euro.

1278 **Gute Polizeiarbeit braucht motivierte Polizisten.**

1279 Die CDU Baden-Württemberg wird sich auch in der kommenden Legislaturperiode dafür
1280 einsetzen, dass der Polizeiberuf attraktiv bleibt. Dazu gehören die Verbesserung der Be-
1281 soldungsstrukturen sowie zusätzliche Aufstiegsmöglichkeiten für unsere Polizeibeamten.
1282 Die Dienstrechtsreform ermöglicht, dass gut 2.200 Polizeibeamte, insbesondere in den
1283 unteren Einkommensgruppen, befördert werden können. Wichtig ist auch die Nachwuchs-
1284 sicherung: Durch vorgezogene Neueinstellungen von Polizeibeamten wollen wir die Al-
1285 tersstruktur der Polizei verbessern. Durch diesen so genannten Stellenkorridor entstehen
1286 rund 1.000 zusätzliche Stellen im Polizeidienst. Wir bieten außerdem mehr Ausbildungs-
1287 plätze bei der Polizei an, um das Potential des doppelten Abiturjahrgangs 2012 zu nutzen.

1288 Wir begrüßen den steigenden Anteil von Frauen bei der Polizei. Deshalb wollen wir sicher-
1289 stellen, dass unsere Polizistinnen Familienzeit nehmen können, ohne dass dadurch die Per-
1290 sonalstärke leidet.

1291 Unsere Polizei lebt vom Engagement unserer Polizistinnen und Polizisten. Ihr Einsatz ist
1292 die Basis dafür, dass die Polizei die Herausforderungen ihres täglichen Diensts meistert.
1293 Auch Bewerber mit ausländischer Herkunft sind uns bei der Polizei willkommen. Eine viel-
1294 fältige Gesellschaft muss sich auch in der Struktur der Polizei widerspiegeln.

1295 **Terroristen und Chaoten keine Chance geben.**

1296 Wir stehen zur Arbeit unseres Verfassungsschutzes. Wir wollen die Feinde unserer Rechts-
1297 ordnung konsequent bekämpfen. Das gilt auch für religiöse Eiferer und für islamistischen
1298 Terrorismus. Wir akzeptieren keine Gewalttäter und Hassprediger im Land.

1299 Auch für linken und rechten Extremismus ist in Baden-Württemberg kein Platz. Wir sind
1300 weder auf dem linken noch auf dem rechten Auge blind. Wenn sich Rechtsradikale auf
1301 Schulhöfen tummeln und zum Hass gegen Minderheiten aufrufen, werden wir dies nicht
1302 hinnehmen. Wenn linke Chaoten zu Gewalt und Randalen aufrufen, gibt es dafür keine Tole-
1303 ranz. Wir haben deshalb härtere Strafen bei Angriffen auf Polizeibeamte mit durchgesetzt
1304 und die Strafen bei nur scheinbar harmlosen Widerstandsdelikten erhöht. Das sind wir un-
1305 serer Polizei schuldig. Im Kampf gegen Extremisten, Terroristen und gegen die organisierte
1306 Kriminalität müssen die Ermittler neue technische Möglichkeiten einsetzen können. Des-
1307 halb steht die CDU Baden-Württemberg hinter der Vorratsdatenspeicherung. Auch das
1308 gehört für uns zum Selbstverständnis einer wehrhaften Demokratie.

1309 **Für sichere Städte und Gemeinden.**

1310 Wir wollen sichere Städte, in denen man auch nachts beruhigt auf die Straße gehen kann,
1311 ohne von alkoholisierten und gewaltbereiten Randalierern belästigt zu werden. Wir stehen
1312 für eine Kultur des Hinschauens und nicht des Wegschauens.

1313 Das gilt vor allem für Gewalt im öffentlichen Raum, die wir konsequent bekämpfen. Dazu
1314 gehört, dass wir zur Videoüberwachung öffentlicher Gebäude und wichtiger öffentlicher
1315 Plätze stehen. In Nahverkehrszügen sollen – vor allem abends – Zugbegleiter für Sicher-
1316 heit sorgen. Das werden wir bei künftigen Neuausschreibungen zur Bedingung machen.

1317 Zur Eindämmung von Gewalt im öffentlichen Raum gehört auch die Bekämpfung von
1318 übertriebenem Alkoholkonsum. Mit dem Alkoholverkaufsverbot in der Nacht haben wir
1319 einen ersten Schritt gemacht, der von Wissenschaftlern und Praktikern empfohlen wurde.
1320 Darüber hinaus wollen wir unseren Kommunen eine rechtssichere Grundlage geben, damit
1321 sie den Alkoholkonsum auf öffentlichen Brennpunktplätzen verbieten können.

1322 Im Interesse der Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger wollen wir die Landkreise,
1323 Städte und Gemeinden noch enger mit der Polizei vernetzen. Dafür wollen wir die Idee der
1324 Sicherheitspartnerschaften zwischen dem Land und den Kommunen in allen Landesteilen
1325 weiter stärken. Auch örtliche Vereine und Bürgerinitiativen wollen wir dabei einbeziehen.

1326 **Kein Platz für Kriminelle.**

1327 Wer unsere Rechtsordnung verletzt, muss sich dafür verantworten. Gerade die konsequen-
1328 te Verfolgung und die schnelle Verurteilung Krimineller sind uns wichtig. Für die CDU Ba-
1329 den-Württemberg genießen dabei die Rechte der Opfer Vorrang vor allen Erleichterungen
1330 für aktenkundige Straftäter.

1331 Wir verschließen dabei unsere Augen nicht davor, dass Jugendliche mit Migrationshinter-
1332 grund besonders häufig Gewaltdelikte begehen. Gerade für sie brauchen wir gezielte Pro-
1333 gramme, die beim Einfinden in unsere Gesellschaft helfen.

1334 Einbürgerung setzt gelungene Integration voraus. Wer Straftaten begeht, ist aber nicht
1335 integriert. Deshalb soll künftig jede strafrechtliche Verurteilung - auch in so genannten
1336 Bagatellfällen - automatisch die Wartezeit bis zur Einbürgerung verlängern oder in schwe-
1337 ren Fällen ausschließen. Dabei ist klar: Ausländer, die schwere Straftaten begehen, müssen
1338 im Rahmen der geltenden Gesetze unverzüglich in ihre Herkunftsländer abgeschoben
1339 werden und dort ihre Haft verbüßen. Auch die erschlichene Einbürgerung muss deutliche
1340 Folgen haben. Wer extremistische Aktivitäten verschweigt oder bewusst falsche Angaben
1341 macht, dem wird die Einbürgerung aberkannt.

1342 **Jugendkriminalität bekämpfen - Prävention ausbauen.**

1343 Bei der Bekämpfung von Jugendkriminalität ist neben der konsequenten Bestrafung auch
1344 Vorbeugung nötig, die Jugendkriminalität zuverlässig verhindert. Jugendliche Straftäter
1345 müssen die Folgen eines Rechtsverstoßes frühzeitig und unmissverständlich zu spüren
1346 bekommen. Dazu gehören auch Strafen, die im pädagogischen Sinn abschreckend wirken,
1347 wie der Warnschussarrest und der Entzug des Führerscheins bzw. Fahrverbote für junge
1348 Menschen. Eine „Entkriminalisierung“ von Delikten wie Graffiti-Schmierereien, Schwarz-
1349 fahren und Ladendiebstahl sowie den Besitz von Rauschgift lehnen wir ab.

1350 Das Abrutschen Jugendlicher in Kriminalität und Armut beginnt oft mit der Verweigerung
1351 des Schulunterrichts. Wenn eine konsequente Ansprache durch Schule und Jugendamt
1352 nicht mehr hilft, werden wir die Eltern künftig mit Bußgeldern zwingen, darauf zu achten,
1353 dass ihre Kinder die Schule besuchen. Das gilt natürlich auch für Familien mit Migrations-
1354 hintergrund.

1355 Neben unseren erfolgreichen Präventionsprojekten in Baden-Württemberg setzen wir uns
1356 auf der anderen Seite dafür ein, die Höchststrafe im Jugendstrafrecht auf 15 Jahre zu er-
1357 höhen und bei schweren Straftaten wie Totschlag oder Mord auch bei Heranwachsenden
1358 grundsätzlich das Erwachsenenstrafrecht anzuwenden. Gewaltausbrüche müssen hart und
1359 konsequent bestraft werden.

1360 Gerade die erfolgreiche Gewaltprävention bleibt eine polizeiliche Kernaufgabe, die wir
1361 gemeinsam mit den Kommunen wahrnehmen. Die CDU wird auch in der kommenden
1362 Wahlperiode weitere Präventionsprojekte initiieren und aktiv daran mitwirken.

1363 **Sexualstraftäter und Sicherungsverwahrung.**

1364 Die Sicherheit der Bürger hat gerade bei Sexualstraftätern oberste Priorität. Es kann nicht
1365 sein, dass die Polizei entlassene Sexualstraftäter und Schwerverbrecher besser bewachen
1366 muss als unsere Bürger. Um weitere Straftaten zu verhindern, unterstützt die CDU Baden-
1367 Württemberg alle Lösungen, die dem Sicherheitsbedürfnis unserer Bürgerinnen und Bür-
1368 ger genauso Rechnung tragen wie den Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs für
1369 Menschenrechte.

1370 Um die Bevölkerung vor schweren Verbrechen zu schützen, fordert die CDU Baden-
1371 Württemberg die Einführung einer bundesweiten Gen-Datei. Die DNA-Analyse ist der Fin-
1372 gerabdruck des 21. Jahrhunderts. Wir wollen neueste technische Möglichkeiten nutzen,
1373 um die Bürger zu schützen.

1374 **Das Internet - kein rechtsfreier Raum.**

1375 Das Internet ist aus unserem gesellschaftlichen Leben nicht mehr wegzudenken. Deshalb
1376 darf es kein rechtsfreier Raum sein, in dem sich Kriminelle tummeln können. Wir setzen
1377 auf Selbstregulierung, wo es vertretbar ist. Die Aktivitäten im Kampf gegen Internetkrimi-
1378 nalität müssen insgesamt noch stärker gebündelt werden. Deshalb ist es auch richtig, das
1379 Kompetenzzentrum Internet beim Landeskriminalamt und ein flächendeckendes Netz von
1380 Internet-Ermittlern zur Bekämpfung der Internetkriminalität weiter zu stärken.

1381 An erster Stelle stehen die Aufklärung der Nutzer und die Verbesserung der Medienkom-
1382 petenz. Wo Bürger geschützt werden müssen, setzt sich die CDU Baden-Württemberg für
1383 konsequente Strafverfolgung ein: Dies gilt für den „Schwarzhandel“ mit Adressen, den
1384 Diebstahl von persönlichen Daten bis hin zu illegalen Kontoabbuchungen. Der Bürger
1385 muss darauf vertrauen können, dass seine Daten vor Missbrauch geschützt sind.

1386 **Lebensrettern durch Unterstützung helfen.**

1387 Mehr als 100.000 Menschen in Baden-Württemberg sind als haupt- und ehrenamtliche
1388 Helfer bei den Feuerwehren, dem Roten Kreuz, im Malteser Hilfsdienst, der Johanniter-
1389 Unfallhilfe und vielen anderen Hilfsorganisationen tätig. Sie setzen ihre Gesundheit und
1390 oft auch ihr Leben ein für das Wohl unserer Mitbürger. Die CDU steht dafür, dass die Mit-
1391 tel für diese Dienste auch in finanziell schwierigen Zeiten garantiert sind.

1392 Gerade die Freiwilligen Feuerwehren sind ein starker Pfeiler der ehrenamtlichen Hilfs- und
1393 Einsatzbereitschaft in Baden-Württemberg. Zusammen mit den Berufsfeuerwehren, den
1394 Hilfsorganisationen und dem Katastrophenschutz sind sie für die Innere Sicherheit uner-
1395 lässlich. Die CDU Baden-Württemberg weiß um den Wert lebensrettender Aufgaben in
1396 unserem Land und wird sich deshalb für die weitere Förderung einsetzen.

1397 **Zivilcourage fördern.**

1398 Viele Menschen setzen sich spontan für ihre Mitmenschen ein. Wenn andere in Not sind,
1399 zeigen sie Zivilcourage. Dabei meinen wir nicht nur das Einschreiten bei gewalttätigen
1400 Auseinandersetzungen. Zivilcourage ist auch dort zu finden, wo sich jemand ohne Rück-
1401 sicht auf eigene Nachteile für andere einsetzt. Zivilcourage erfährt oft zu wenig Anerken-
1402 nung. Deshalb werden wir einen Preis für Zivilcourage stiften und damit herausragende
1403 Leistungen öffentlich würdigen.

1404 **Bundeswehr: Sicherheit garantieren, starke Standortstruktur erhalten.**

1405 Die CDU Baden-Württemberg setzt sich für den Erhalt unserer Bundeswehrstandorte im
1406 Südwesten ein. Unsere Streitkräfte haben in Baden-Württemberg einen Partner, der ihre
1407 Leistungen für die Gesellschaft und für das Land zu schätzen weiß. Wir wollen die Bun-
1408 deswehr nicht auf wenige, weit auseinander liegende Großstandorte reduzieren. Sie muss
1409 geografisch in unserer Zivilgesellschaft verankert bleiben und ihre Verwurzelung in der
1410 Bevölkerung auch ohne die Wehrpflicht bewahren.

1411 Baden-Württemberg kann auf seine Standortkommunen stolz sein, die nicht nur den Sol-
1412 datinnen und Soldaten selbst, sondern auch ihren Angehörigen attraktive Lebens- und
1413 Arbeitsbedingungen bieten. Unser Land mit seiner hohen Wirtschaftskraft, seiner guten
1414 Infrastruktur, seiner vielfältigen Bildungslandschaft und seiner hohen Lebensqualität
1415 macht die Bundeswehr an den baden-württembergischen Standorten als Arbeitgeber at-
1416 traktiv.

1417 **D. HEIMAT UND IDENTITÄT**

1418 **Baden-Württemberg - eine starke Heimat.**

1419 Bei uns in Baden-Württemberg fühlen sich die Menschen wohl. Sie sind stolz auf ihr Land
1420 und ihre Heimat. Heimat ist der Raum, den wir gestalten, in dem wir leben. Es ist die Um-
1421 gebung, in der Menschen sich begegnen, entfalten und einbringen. Heimat ist die Basis
1422 der persönlichen und gemeinsamen Identität. In einer globalisierten und schnelllebigen
1423 Welt gibt uns unsere Heimat Geborgenheit. Unser Ziel heißt: Identität ermöglichen und
1424 stärken.

1425 Wir verdanken unsere Lebensqualität, den Aufstieg und Wohlstand Baden-Württembergs
1426 auch den vielen Menschen, die seit 1945 neu zu uns gekommen sind: Besonders die Hei-
1427 matvertriebenen und Flüchtlinge haben großen Anteil am Wiederaufbau unseres Landes.
1428 Wir werden die Arbeit der Vertriebenenverbände in diesem Wissen weiter unterstützen.
1429 Auch viele Zuziehende aus allen Teilen Deutschlands, Spätaussiedler, Gastarbeiter, Kriegs-
1430 flüchtlinge und all deren Familien und Nachkommen haben bis heute bei uns ihre Heimat
1431 gefunden. Sie haben mit Arbeit und Fleiß einen wichtigen Beitrag zum Erfolg dieses Lan-
1432 des geleistet.

1433 Jeder vierte Einwohner unseres Landes hat einen Migrationshintergrund. Kein anderes
1434 deutsches Land hat so viele Menschen erfolgreich aufgenommen wie Baden-Württemberg.
1435 Von dieser Erfahrung profitieren wir auch in Zukunft.

1436 **Chancen eröffnen. Erfolgreich integrieren.**

1437 Alle in Baden-Württemberg lebenden Menschen sind uns herzlich willkommen. Wir freuen
1438 uns darüber, dass Menschen sich in unserem Land engagieren und in das Gemeinwesen
1439 einbringen wollen. Integration heißt für uns, den Menschen Chancen zu geben: in der
1440 Schule, am Arbeitsplatz, in der Kirche oder im Verein. Viele Zuwanderer haben sich vor-
1441 bildlich integriert. Sie bringen sich ein, sind leistungsbereit und wollen etwas erreichen.
1442 Das geht aber vor allem, weil sie unsere gesellschaftlichen Regeln und Werte akzeptieren
1443 und einhalten. Von allen, die auf Dauer bei uns leben, verlangen wir ein aktives Bekenntnis
1444 zu unseren Grundwerten.

1445 **Deutsche Sprache als Schlüssel zum Erfolg.**

1446 Das Erlernen der deutschen Sprache ist der Schlüssel zum Erfolg. Dann ist in Baden-
1447 Württemberg alles möglich. Deshalb verlangen wir von jedem, der auf Dauer bei uns leben
1448 möchte, ein aktives Bekenntnis zu unseren Grundwerten. Wir verlangen auch die Bereit-
1449 schaft zum Erlernen der deutschen Sprache und bieten die Möglichkeiten dazu.

1450 Die Pflege und Weitergabe der deutschen Sprache ist Grundvoraussetzung für unsere
1451 Identität und Kultur. Sie ist auch unverzichtbar, wenn Integration in Kindergärten, Schu-
1452 len, in Stadtteilen oder auf Dörfern gelingen soll. Diesen Prozess wird die CDU Baden-
1453 Württemberg in allen Teilen unseres Landes unterstützen.

1454 **Integration fördern und fordern.**

1455 Wir strecken unsere Hand aus zum Dialog. Dazu gehört es, die Voraussetzungen für ein
1456 friedliches Miteinander in unserer Gesellschaft klar zu benennen. Deshalb treten wir Integ-
1457 rationsverweigerern deutlich entgegen. Wer kein Interesse an unserem Zusammenleben
1458 zeigt, wer sich Integrationsangeboten entzieht oder sogar seiner Frau oder seinen Kindern

1459 den Deutschkurs verbietet, dem müssen wir auch konsequent Leistungen kürzen oder
1460 Bußgelder auferlegen. Wir wollen keine abgeschotteten Parallelgesellschaften. Wir wollen
1461 eine chancenreiche Gemeinschaft sein und laden jeden ein, dabei mitzumachen. Wir för-
1462 dern Integration, aber wir fordern sie auch.

1463 **Integration braucht Selbstbewusstsein.**

1464 Integration kann nur gelingen, wenn wir einen eigenen Standpunkt haben, unsere Werte
1465 und Traditionen selbstgewiss leben. Die Pflege von Heimatkunde und -geschichte, von
1466 Brauchtum und Dialekt ist für unsere Gesellschaft und ihren inneren Zusammenhalt auch
1467 eine Zukunftsfrage. Die CDU steht dafür ein.

1468 Weltoffenheit und Heimatverbundenheit sind für uns keine Gegensätze. Die Kenntnis der
1469 eigenen Umgebung, der eigenen Geschichte und Tradition ist unverzichtbar für eine zu-
1470 kunftsfähige Gesellschaft. Die christlichen Kirchen leisten dazu einen entscheidenden Bei-
1471 trag. Sie organisieren Engagement, treten für Familien und Bedürftige ein und bieten Men-
1472 schen Sinn und Halt.

1473 **Dialog der Religionen - Bekenntnis zur christlichen Kulturprägung.**

1474 Das friedvolle Zusammenleben der Religionen ist eine Grundvoraussetzung für das Zu-
1475 sammenleben überhaupt. Hier haben die christlichen Kirchen in vielen Initiativen ent-
1476 scheidende Arbeit geleistet. Die CDU bekennt sich zu unserer gewachsenen christlichen
1477 Kulturprägung.

1478 Wir wollen, dass auch junge Muslime ihren Glauben im Religionsunterricht an unseren
1479 Schulen kennen lernen können. Im Sinne erfolgreicher Integration muss dieser Religions-
1480 unterricht aber in deutscher Sprache, unter staatlicher Schulaufsicht und auf dem Boden
1481 unseres Grundgesetzes stattfinden. Wir stellen sicher, dass nur Lehrkräfte für den islami-
1482 schen Religionsunterricht eingesetzt werden, die in Deutschland nach wissenschaftlichen
1483 Standards ausgebildet wurden.

1484 Auch im Hochschulbereich bauen wir interreligiöse Brücken. Dazu tragen die Hochschule
1485 für jüdische Studien in Heidelberg und das Zentrum für islamische Studien in Tübingen
1486 bei. Das intensive und strittige Gespräch auf wissenschaftlichem Niveau hilft, Sprachbarri-
1487 eren zu überwinden und kommende Generationen verantwortungsvoll auszubilden.

1488 **E. KUNST UND KULTUR**

1489 Baden-Württemberg ist ein reiches Kulturland. Viele, zum Teil weltweit renommierte
1490 Kunst- und Kultureinrichtungen prägen unser Land und machen es attraktiv. Faszinierende

1491 Kulturangebote wie die Stuttgarter Oper und das Ballett oder das Karlsruher Zentrum für
1492 Kunst- und Medientechnologie, große Kunstaustellungen, Konzerte oder Filmfestivals
1493 erhöhen unsere Lebensqualität. Die Menschen schätzen unsere Museen und Theater, Or-
1494 chester, Gedenkstätten, Schlösser und Gärten, die wir auch in Zukunft fördern und unter-
1495 stützen werden. Freie Theater, Klein- und Figurentheater, Tanzinitiativen, soziokulturelle
1496 Zentren, Kunstvereine und viele Einrichtungen mehr verbinden die Vergangenheit mit der
1497 Zukunft in unserer freien und offenen Gesellschaft.

1498 Kunst zu fördern bedeutet, die richtigen Rahmenbedingungen für Künstler zu schaffen.
1499 Unsere Künstler sollen frei und kreativ arbeiten können. Dann entsteht exzellente Kunst,
1500 die uns weltweites Renommee einbringt. Auch die Kultur- und Brauchtumpflege ist unser
1501 Markenzeichen: Dafür setzen sich Vereine, Verbände, Kommunen, Kirchen und engagierte
1502 Bürgerinnen und Bürger ein. Die CDU hat in der Vergangenheit großen Wert darauf ge-
1503 legt, dass das Kulturangebot dezentral ist und alle Menschen in Baden-Württemberg er-
1504 reicht - in den Ballungsgebieten ebenso wie im Ländlichen Raum. Dafür treten wir auch in
1505 Zukunft ein.

1506 **Kunst für alle.**

1507 Kunst und Kultur geben allen Generationen die Chance, sich schöpferisch auszudrücken
1508 und die eigenen Fähigkeiten in der Gemeinschaft weiter zu entwickeln. Deshalb wollen wir
1509 möglichst allen Menschen den Zugang zu Kulturangeboten ermöglichen und die kulturelle
1510 Bildung etwa durch die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Kultureinrichtungen wei-
1511 terentwickeln: in Kunst- und Musikschulen, Kirchengemeinden, vor allem aber in den vie-
1512 len tausend Vereinen und Projekten im ganzen Land. Der Erfolg unserer konsequenten
1513 Jugendförderung spiegelt sich zum Beispiel im hervorragenden Abschneiden zahlreicher
1514 junger Musiker beim Wettbewerb „Jugend musiziert“ wider.

1515 Kunst und Musik können Sprachbarrieren überwinden. Kulturelle Bildung schafft gemein-
1516 same Werte. Sie ermöglicht den wichtigen Austausch zwischen den Kulturen. Deshalb för-
1517 dern wir kulturelle Einrichtungen auch im Sinne der Integration.

1518 **Kulturangebote in Spitze und Breite.**

1519 Die CDU-geführte Landesregierung ist ein starker Partner aller Kultureinrichtungen und
1520 Kulturschaffenden. Wir werden professionelle Angebote sowie Laien-Angebote weiter un-
1521 terstützen. Wir werden das vielfältige flächendeckende Kunstangebot in ganz Baden-
1522 Württemberg in der Spitze und der Breite erhalten und ausbauen. Gleichzeitig schaffen wir
1523 Freiräume für neue Akzente. Auch in finanziell schwierigen Zeiten ist Kunst und Kultur ein
1524 Schwerpunkt unserer Politik. Mit der neuen Kunstkonzeption „Kultur 2020. Kunstpolitik

1525 für Baden-Württemberg“ liegt eine Gesamtschau der Kunst- und Kulturförderung des Lan-
1526 des vor, die wichtige Perspektiven aufzeigt.

1527 **F. ENGAGIERTES BADEN-WÜRTTEMBERG**

1528 **Gemeinsam Brücken schlagen.**

1529 Baden-Württemberg ist das Mitmachland. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes
1530 zeichnen sich durch ein hohes Maß an bürgerschaftlichem und ehrenamtlichem Engage-
1531 ment aus. Fast jeder Zweite ist in seiner Freizeit freiwillig und unentgeltlich für andere
1532 Menschen aktiv. In keinem anderen Land engagieren sich Bürgerinnen und Bürger mehr
1533 als in Baden-Württemberg. Ob sich Bürger langfristig in einem Verein, kurzfristig in einem
1534 Projekt oder für den Nachbarn engagieren – wir unterstützen alle Formen der Beteiligung.
1535 Allen engagierten Bürgerinnen und Bürgern gilt unser Respekt und unsere Anerkennung.
1536 Wir wissen es auch zu schätzen, wenn sich jemand ehrenamtlich in seinem Ortschaftsrat,
1537 Gemeinderat oder Kreistag einsetzt.

1538 Für die CDU ist nicht der Staat die Antwort auf alle Herausforderungen im gesellschaftli-
1539 chen Zusammenleben. Wir vertrauen auch in Zukunft auf den freiwilligen Einsatz vieler
1540 Bürgerinnen und Bürger. Dieses Engagement werden wir erhalten, fördern und ausbauen.

1541 **Ehrenamt und Beruf verbinden.**

1542 Zahlreiche Unternehmen in Baden-Württemberg ermöglichen ihren Mitarbeiterinnen und
1543 Mitarbeitern das freiwillige Engagement: Mitglieder der Feuerwehr, des Roten Kreuzes
1544 oder des THW können oft unvorhergesehen ihren Arbeitsplatz verlassen. Trainer und Ju-
1545 gendleiter können für eine Jugendfreizeit freigestellt werden. Darüber hinaus investieren
1546 Unternehmen Arbeitskraft und Geld für Aktivitäten von Vereinen, Kirchen und Organisa-
1547 tionen. Die CDU Baden-Württemberg anerkennt diesen Einsatz vieler Unternehmen.

1548 **Miteinander füreinander.**

1549 Besonders wichtig sind uns Vereine, Aktionen und Projekte, bei denen junge Menschen im
1550 Mittelpunkt stehen. Unser Ziel ist es, junge Menschen dabei zu unterstützen, ihre Gaben
1551 und Talente in die Gesellschaft einzubringen. Einen entscheidenden Beitrag für gutes ge-
1552 sellschaftliches Miteinander leistet insbesondere die freie Kinder- und Jugendarbeit. Hier-
1553 zu hat das Land den Jugendverbänden mit einem „Bündnis für Jugend“ eine jährliche Lan-
1554 desförderung in Höhe von 12,3 Millionen Euro bis 2011 garantiert. Dies wird die CDU auch
1555 weiterhin gewährleisten.

1556 **Freiwilligendienste ausbauen.**

1557 Die CDU bekennt sich zum Freiwilligendienst und wird ihn gerade mit der Aussetzung der
1558 Wehrpflicht weiter ausbauen, bewerben und unterstützen. Die CDU Baden-Württemberg
1559 setzt sich daher für ein stimmiges Konzept ein, das den Freiwilligen Wehr- und Zivildienst
1560 sinnvoll mit dem Freiwilligen Sozialen und Ökologischen Jahr verzahnt. Wir wollen das An-
1561 gebot der Freiwilligen Dienste um ein neues Freiwilliges Soziales Jahr mit besonderer
1562 interkultureller Schwerpunktsetzung ergänzen (FSJ Interkulturell).

1563 Freiwilligendienste können auch für ältere Menschen eine interessante Möglichkeit sein,
1564 ihre Erfahrungen und Fähigkeiten für die Gemeinschaft einzusetzen. Deshalb unterstützen
1565 wir das Bundesprojekt „Freiwilligendienste aller Generationen“ mit Nachdruck.

1566 Wir sprechen uns dafür aus, Zugangsbeschränkungen zu den Freiwilligendiensten auch für
1567 Jüngere zu lockern. Die Einsatzbereitschaft von Jugendlichen steigt, wenn sich junge Men-
1568 schen nicht dauerhaft binden müssen, sondern sich für ein zeitlich befristetes Projekt en-
1569 gagieren können. Zur Umsetzung kann unter anderem eine Internetplattform mit entspre-
1570 chenden landesweiten Projektangeboten dienen.

1571 **Ehrenamt und Schule - Großartiges miteinander verbinden.**

1572 Im Rahmen der Einrichtung von Ganztagschulen ist uns die Integration von Vereinen,
1573 Verbänden, Kirchen, Eltern und Bürgern in die Schulen wichtig. Ein breites Netz aus ehren-
1574 amtlichem Engagement erweitert nicht nur das Betreuungsangebot an Schulen, sondern
1575 vermittelt zusätzliche Kompetenzen über den Unterricht hinaus.

1576 Die CDU-geführte Landesregierung hat dafür mit der Einführung ehrenamtlicher Jugend-
1577 begleiter an Schulen eine gute Möglichkeit geschaffen. Die Jugendbegleiter haben sich zu
1578 einer tragenden Säule der außerunterrichtlichen Bildung an Schulen entwickelt: Bereits im
1579 dritten Modelljahr waren an über 1.000 Schulen 15.000 Jugendbegleiter im Einsatz. Diese
1580 Erfolgsgeschichte werden wir weiterschreiben. Nach der Evaluation werden wir das
1581 Jugendbegleiterprogramm weiterentwickeln, verstetigen und flächendeckend ausbauen.

1582 **Der Sport: Leistung, Teamgeist, Engagement.**

1583 Die Arbeit in den Sportvereinen ist ein geradezu klassisches Betätigungsfeld für das Eh-
1584 renamt. Wir wertschätzen insbesondere die hervorragende Integrationsarbeit dieser Ver-
1585 eine. Sport ist Begegnung von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft und ver-
1586 schiedener Generationen. Auch der Leistungssport ist ohne ehrenamtliches Fundament
1587 nicht vorstellbar. Die CDU wird deshalb den hohen Standard im Breiten- und Spitzensport
1588 Baden-Württembergs erhalten. Dazu werden wir den Solidarpakt Sport fortsetzen.

1589 **Solidarität erhalten.**

1590 Die große Solidarität in Baden-Württemberg zeigt sich auch in der Freien Wohlfahrtspfle-
1591 ge, wo rund 300.000 Ehrenamtliche hilfsbedürftigen Menschen zur Seite stehen. Die Ar-
1592 beit von karitativen Organisationen wie der Diakonie und der Caritas sind für unser Zu-
1593 sammenleben unverzichtbar. Sie machen unsere Gesellschaft menschlich. Besondere An-
1594 erkennung schenkt die CDU der darüber hinausgehenden seelsorgerischen und sozialen
1595 Arbeit der Kirchen. Besonders betonen wir die Sterbe- und Trauerbegleitung von Erwach-
1596 senen, Jugendlichen und Kindern in der Hospizarbeit. Die CDU ist vom Wert dieser Arbeit
1597 zutiefst überzeugt. Dieses Netz der Solidarität werden wir erhalten, ausbauen und stärken.

1598 **Die Bürgergesellschaft weiter entwickeln.**

1599 Um die Bürgergesellschaft weiter zu entwickeln, müssen die Akteure noch stärker mitei-
1600 nander vernetzt werden. Die Zusammenarbeit der Landesregierung mit den kommunalen
1601 Spitzenverbänden des Ehrenamts knüpft dieses Netz im „Landesnetzwerk bürgerschaftli-
1602 ches Engagement“. Diese Kooperation ist ein Erfolgsrezept, an dem wir festhalten werden.
1603 Das gilt auch für die Internetseite „ehrenamt-bw.de“ und das „Landesbüro Ehrenamt“. Wir
1604 werden die Förderung ehrenamtlicher Arbeit vor Ort weiter ausbauen. Vor allem die vielen
1605 kommunalen Ehrenamtsbüros im ganzen Land bieten dafür große Chancen.

1606 **Die CDU ist der Partner des Ehrenamts.**

1607 Auch ehrenamtliches Engagement braucht Sicherheit. Deshalb hat sich die CDU erfolg-
1608 reich dafür eingesetzt, eine Unfall- und Haftpflichtversicherung für alle Ehrenamtlichen in
1609 Baden-Württemberg abzuschließen. Auch die Sanierung von Vereinsheimen oder Turnhal-
1610 len ist uns ein wichtiges Anliegen. Die Landesregierung hat für CO₂-mindernde Maßnah-
1611 men ein umfangreiches Förderprogramm aufgelegt.

1612 Neben dem Engagement des Landes ist uns die Anerkennung ehrenamtlich Tätiger beson-
1613 ders wichtig. Dieser Zielsetzung folgt der jährlich stattfindende Wettbewerb „Echt gut!
1614 Ehrenamt in Baden-Württemberg“, mit dem herausragende Leistungen und beispielhafte
1615 Projekte seit 2003 jährlich vorgestellt und ausgezeichnet werden.

1616 Zusätzlich anerkennen wir die Leistung von Jugendleitern mit der Jugendleiter-Card
1617 („Juleica“), die Vergünstigungen für Jugendliche ermöglicht. Die CDU Baden-Württemberg
1618 möchte dieses Konzept für alle Altersgruppen ausbauen. Wir streben außerdem eine Eh-
1619 renamts-Card für alle ehrenamtlich engagierten Mitbürger an.

1620 **G. GESUND IN BADEN-WÜRTTEMBERG –**
1621 **NICHT NUR ANSPRUCH, SONDERN WIRKLICHKEIT**

1622 Baden-Württemberg ist ein Gesundheitsland. Die Baden-Württemberger sind am gesün-
1623 desten: Unsere Arbeitnehmer sind seltener und kürzer krank als überall sonst im Bundes-
1624 gebiet. Darauf sind wir stolz, denn das Wohlbefinden und die medizinische Versorgung der
1625 Bürgerinnen und Bürger liegen uns besonders am Herzen. Die CDU Baden-Württemberg
1626 setzt sich heute wie in Zukunft für eine flächendeckende medizinische Versorgung auf
1627 höchstem Qualitätsniveau ein. Das ist uns besonders im Ländlichen Raum wichtig. Dafür
1628 steht das Aktionsprogramm Landärzte, das die CDU-geführte Landesregierung auf den
1629 Weg gebracht hat.

1630 Der demographische Wandel, der medizinische Fortschritt sowie ein steigendes Gesund-
1631 heitsbewusstsein werden höhere Ausgaben im Gesundheitsbereich zur Folge haben. Wir
1632 sehen darin auch erhebliche Wachstumschancen für das Kur- und Bäderland Baden-
1633 Württemberg, für medizinische und pharmazeutische Unternehmen sowie der sehr guten
1634 medizinischen Versorgungsstruktur. Seit dem Jahr 2000 sind in Baden-Württemberg
1635 44.000 Arbeitsplätze im Gesundheitswesen entstanden. Mehr als jeder zehnte sozialversi-
1636 cherungspflichtig Beschäftigte im Land verdient sein Geld in diesem Bereich. Die Gesund-
1637 heitswirtschaft ist die größte Branche des Landes.

1638 **Landespolitische Spielräume gegenüber dem Bund nutzen.**

1639 Der Gestaltungsbereich des Landes bei Reformen der Gesetzlichen Krankenversicherung
1640 ist begrenzt. Deshalb setzen wir uns mit aller Kraft für größere regionale Gestaltungsspiel-
1641 räume ein. Gerade bei den Ärztehonoraren und dem Risikostrukturausgleich ist das wich-
1642 tig. Wir lassen uns hier nicht über die verschiedenen Ausgleichssysteme weiter zum indi-
1643 rekten Zahlerland machen. Auch werden wir uns weiterhin für den Fortbestand erfolgreich
1644 praktizierter Haus- und Fachärzteverträge einsetzen.

1645 **Gesundheitsförderung und Prävention stärken.**

1646 Die CDU-geführte Landesregierung hat mit der neu konzipierten Gesundheitsstrategie für
1647 Baden-Württemberg die Weichen für die Zukunft gestellt. Wir setzen auf Prävention und
1648 Gesundheitsförderung. Chronische Erkrankungen sollen früher erkannt und effektiver be-
1649 handelt werden. Wir wollen, dass Patienten durch bessere Aufklärung eine aktive Rolle in
1650 der Behandlung übernehmen und über ihren Gesundheitszustand besser informiert sind.
1651 Das stärkt die Patientenrechte und die Fähigkeit zum Selbstmanagement.

1652 **Wohnortnahe Krankenhausversorgung sichern.**

1653 Der wachsende Kostendruck und der medizinische Fortschritt sind eine große Herausfor-
1654 derung für die Kliniken, insbesondere für kleinere Häuser. Gleichzeitig erwarten wir eine
1655 hohe Qualität der medizinischen Arbeit, Zeit für die Patienten und eine ausreichende Ver-
1656 sorgung im ganzen Land. Kontinuierliche Strukturveränderungen werden weiterhin nötig
1657 sein, um die hohe Qualität und Wirtschaftlichkeit, die wir im Land haben, auch künftig hal-
1658 ten zu können. Unser oberstes Ziel ist es, die bestmögliche Qualität der Behandlung für
1659 alle Menschen sicherzustellen. Die CDU-geführte Landesregierung wird die leistungsfähige,
1660 effiziente und wohnortnahe stationäre Krankenhausversorgung im Land sicherstellen.

1661 **Barrieren überwinden, Teilhabe möglich machen.**

1662 Die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am
1663 gesellschaftlichen Leben ist ein wesentliches Ziel unserer Politik. Dass wir ihre Rechte,
1664 Interessen und Bedürfnisse fördern, ist für uns eine Frage unseres demokratischen Selbst-
1665 verständnisses und ein Gebot unseres christlich geprägten Menschen- und Gesellschafts-
1666 bildes. Aus diesem Grund muss sich auch die Hilfe für Menschen mit Behinderungen am
1667 Maßstab von persönlicher Würde, Individualität und Selbstbestimmung vollziehen. Wir
1668 wollen, dass behinderte Menschen, wo immer es geht, gleichberechtigt und selbstver-
1669 ständlich am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

1670 Die CDU setzt auf eine Politik für Menschen mit Behinderung, die das ermöglicht. Das
1671 „Persönliche Budget“, das baden-württembergische Behindertengleichstellungsgesetz
1672 oder der Landesbehindertenbeirat stehen beispielhaft dafür. Die CDU setzt sich ein für ein
1673 umfassend barrierefreies Gemeinwesen, selbstbestimmtes Wohnen und die Teilhabe am
1674 Arbeitsleben ein. Die CDU-geführte Landesregierung wird die gemeinsame Erziehung und
1675 Bildung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung umsetzen. Damit schaf-
1676 fen wir es, Barrieren zu überwinden. Unser größter Respekt gilt den Eltern von behinder-
1677 ten Kindern. Wir werden sie in besonderem Maße unterstützen.

1678 **Ein Zeichen der Menschlichkeit.**

1679 In allen Bereichen unserer Gesellschaft sollte das Bewusstsein dafür gestärkt werden, das
1680 Sterben als Teil unseres menschlichen Lebens einzubeziehen. Die Bedeutung von
1681 Hospizdiensten und der Palliativmedizin kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die-
1682 sen besonders wertvollen Ausdruck der Menschlichkeit werden wir weiter unterstützen:
1683 Wir werben für ehrenamtliche Dienste und lassen ambulanten Hospizdiensten die not-
1684 wendige Unterstützung zukommen. Die CDU Baden-Württemberg lehnt die aktive Sterbe-
1685 hilfe nach wie vor entschieden ab. Wir schützen das Leben: am Ende und zu Beginn.

1686 **H. VERLÄSSLICHER VERBRAUCHERSCHUTZ**

1687 Die CDU Baden-Württemberg sieht im Verbraucher den mündigen, eigenverantwortlichen
1688 Bürger. Der Verbraucherschutz soll informieren, beraten und schützen. Wir stärken das
1689 Wissen der Verbraucher, damit sie sich ein zutreffendes Urteil über Waren und Dienstleis-
1690 tungen bilden können. Gesetzliche Regelungen sind erst dann erforderlich, wenn Verbrau-
1691 cher sich nicht selbst vor Beeinträchtigungen ihrer Gesundheit oder wirtschaftlichem
1692 Schaden schützen können.

1693 Das Kompetenzzentrum für Konsumverhalten und Verbraucherpolitik in Calw und die vom
1694 Land eingerichtete Verbraucherkommission tragen dazu bei, aktuelle Entwicklungen
1695 rechtzeitig zu erkennen. Die Landesregierung setzt auf wissenschaftliche Verbraucherfor-
1696 schung, um im Bedarfsfall kompetent handeln zu können.

1697 Effektiver Verbraucherschutz ist Teil einer aktiven Wirtschaftspolitik. Der Staat setzt hier
1698 den Ordnungsrahmen, der die Interessen von Anbietern und Verbrauchern im Gleichge-
1699 wicht hält. Die Verbraucherpolitik der CDU Baden-Württemberg unterbindet darüber hin-
1700 aus unzulässige Geschäftspraktiken und gewährleistet die Entscheidungsfreiheit der Bür-
1701 ger beim Konsum und in Rechtsgeschäften.

1702 **Schwerpunkte: Sichere Lebensmittel und solide Finanzprodukte.**

1703 Sichere Lebensmittel gehören zu den Grundbedürfnissen jedes Menschen. Deshalb ist der
1704 Schutz vor gesundheitlichen Risiken gerade im Ernährungsbereich ein Kernziel unserer
1705 Verbraucherschutzpolitik. Das Ziel lautet: Lückenlose Transparenz vom Acker bis auf den
1706 Teller. Gleiches gilt für die Gewinnung von Lebensmitteln tierischen Ursprungs. Wir setzen
1707 uns dafür ein, dass auf europäischer Ebene einheitliche Rahmenbedingungen für artge-
1708 rechte Nutztierhaltung und tierschutzgerechte Verarbeitung umgesetzt werden.

1709 Auch bei importierten Lebensmitteln müssen sich Verbraucher auf die Sicherheit verlassen
1710 können. Globalisierte Märkte und moderne Vertriebsstrukturen erfordern eine leistungs-
1711 fähige und effiziente Lebensmittel- und Konsumgüterüberwachung. Mit der Erhöhung der
1712 Zahl der Lebensmittelkontrolleure haben wir hier den richtigen Weg eingeschlagen, den
1713 wir konsequent weiter gehen werden.

1714 Die Grundlagen für eine ausgewogene und genussreiche Esskultur werden bereits in der
1715 Kindheit gelegt. Die CDU Baden-Württemberg setzt sich für Ernährungserziehung an Kin-
1716 dergärten und Schulen ein, um jungen Menschen eigenverantwortliches Verbraucherver-
1717 halten zu ermöglichen.

1718 Ein weiteres wichtiges Feld der Verbraucherschutzpolitik sind die Finanzprodukte. Die zu-
1719 rückliegende Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Notwendigkeit größtmöglicher Transpa-
1720 renz und Sicherheit von Finanzdienstleistungen und Geldanlagen verdeutlicht. Es ist daher
1721 unerlässlich, für allgemein verständliche, verbindliche und umfassende Informationen über
1722 Finanzanlagen, Altersvorsorgeverträge, Versicherungen und Kreditgeschäfte zu sorgen.

1723 **Neue Medien sicher und generationengerecht nutzen.**

1724 Die CDU Baden-Württemberg steht für die Stärkung des wirtschaftlichen Verbraucher-
1725 schutzes. Das Internet ist Teil der Alltagskultur, daher müssen seine Nutzer gegen Miss-
1726 brauch geschützt werden. Einwilligungsrechte und Vertraulichkeit müssen gewährleistet
1727 sein. Datenmissbrauch durch unerwünschte Telefonwerbung oder kommerzielle Weiter-
1728 gabe persönlicher Daten wollen wir einen Riegel vorschieben.

1729 Auch hier ist Aufklärung und Bewusstseinsbildung der Schlüssel zum Erfolg. Die CDU setzt
1730 dabei auf zielgruppenspezifische Angebote: Ehrenamtliche Internetinitiativen im Land
1731 werden wir weiter unterstützen und so den verantwortungsvollen Umgang mit Neuen
1732 Medien stärken. Besonders wichtig ist die Stärkung der Medienkompetenz von Kindern.
1733 Ihre Vermittlung ist im Orientierungsplan für Kindergärten und in den Bildungsplänen der
1734 Schulen verankert. Im ganzen Land werden Medien-Mentoren ausgebildet.

1735 Im Jugendmedienschutz setzt die CDU Baden-Württemberg auf Freiwilligkeit, nicht auf
1736 staatlichen Zwang. Wir verzichten auf netzseitige Sperren und befürworten nutzerauto-
1737 nome Filterprogramme. Sie greifen auf eine technisch hinterlegte, freiwillige Alterskenn-
1738 zeichnung zurück. So wollen wir Kinder vor schädlichen Internetinhalten schützen, ohne
1739 grundlegende Freiheitsrechte über Gebühr einzuschränken.

1740 Das barrierefreie Internet ist Voraussetzung dafür, dass alle Bürger von seinen Vorteilen
1741 Gebrauch machen können. Baden-Württemberg muss hier mit gutem Beispiel vorangehen.
1742 Wir fordern deshalb alle öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen und Anbieter von priva-
1743 ten Webseiten auf, ihre Netzinhalte barrierefrei zu gestalten.

1744 Kostenpflichtige Abmahnungen infolge leichter Rechtsverstöße im Internet dürfen kein
1745 Geschäftsmodell sein. Die Gebühren müssen sich an den tatsächlich entstandenen Kosten
1746 orientieren. Die Begrenzung von Abmahngebühren auf 100 Euro bei einfachen, nichtkom-
1747 merziellen Verstößen gegen Urheberrechte war ein richtiger Schritt. Wir werden untersu-
1748 chen, ob die Gebührenhöhe in weiteren Bereichen begrenzt werden kann.

1749 **I. MODERNE UND GUTE VERWALTUNG SICHERT ZUKUNFT**

1750 **Gemeinsam gut regieren.**

1751 Baden-Württemberg ist auf Erfolgskurs. Daran haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
1752 der baden-württembergischen Verwaltung einen maßgeblichen Anteil. Schnelle Genehmi-
1753 gungsverfahren, eine bürgerfreundliche Verwaltung und zahlreiche E-Government - An-
1754 wendungen sind zum Markenzeichen der Verwaltung im Land geworden. Baden-
1755 Württemberg braucht auch weiterhin eine gut funktionierende und effizient organisierte
1756 Verwaltung. Sinkende Finanzspielräume und der demografische Wandel stellen uns vor
1757 neue Herausforderungen, wenn es darum geht, den Bürgern öffentliche Dienstleistungen
1758 anzubieten. Zudem führen neue technische Entwicklungen zu immer neuen Möglichkeiten,
1759 die Verwaltung rund um die Uhr und unabhängig vom eigenen Standort zu erreichen. Die
1760 CDU bekennt sich zu einem motivierten und qualifizierten öffentlichen Dienst, weil wir
1761 das Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen, um große Heraus-
1762 forderungen zu meistern.

1763 **Verwaltungsstruktur weiterentwickeln.**

1764 Die CDU Baden-Württemberg arbeitet weiter für eine moderne, bürgernahe Verwaltung.
1765 Die Verwaltung muss Dienstleister für die Bürger und Wirtschaft sein und darf sie nicht im
1766 Paragrafendschungel allein lassen. Deshalb haben wir die Behörden neu geordnet und die
1767 Verwaltungsstruktur verschlankt. In dieser Wahlperiode haben wir die Verwaltungsreform
1768 überprüft und weiter entwickelt. Diesen Erfolgskurs werden wir weitergehen. Wir stehen
1769 zur gewachsenen Struktur unserer Städte, Gemeinden und Landkreise im Land. Wir wollen
1770 keine neue Gemeinde- und Gebietsreform mit bürgerfernen und identitätslosen Regional-
1771 kreise wie die SPD.

1772 **Bürgernahe Verwaltung.**

1773 Wir wollen, dass die Abläufe und Vorgänge in der Verwaltung künftig noch kundenfreund-
1774 licher und komfortabler werden. Deshalb setzen wir auch auf Online-Dienstleistungen.
1775 Baden-Württemberg hat sich hier bereits in der Vergangenheit einen guten Ruf erarbeitet.
1776 Wir werden weitere innovative Lösungen auf den Weg bringen, damit der zeitaufwändige
1777 Gang zum Amt immer häufiger durch den bequemen Mausclick ersetzt werden kann.

1778 Für unsere Landesbeamten hat die CDU-geführte Landesregierung ein modernes, flexibles
1779 und transparentes Dienstrecht geschaffen. Wir wissen, was die Mitarbeiter der Landes-
1780 verwaltung leisten. Und wir wollen, dass sie ihre Arbeitskraft und ihr Wissen auch in Zu-
1781 kunft professionell und motiviert in den Dienst unseres Landes und seiner Bürger stellen.

1782 Dabei setzen wir auch auf flexible Modelle der Arbeitszeitgestaltung wie die alternierende
1783 Telearbeit. Damit wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern.

1784 **Bürokratie abbauen - Chancen Raum geben.**

1785 Der von uns bestellte Ombudsmann für Bürokratieabbau leistet einen wichtigen Beitrag
1786 zur dauerhaften Vorschriftenkontrolle. Unser Ziel bleibt, dass es in Baden-Württemberg
1787 nur so viele Gesetze und Regelungen gibt, wie die Bürger wirklich brauchen. Wir wollen
1788 den Bürokratieabbau im Land dahingehend weiterentwickeln, dass auch künftig die
1789 Bürokratiekosten des Verwaltungshandelns gemessen werden können. Ein Normenkont-
1790 rollrat soll das Verhältnis von Kosten und Nutzen des Verwaltungshandelns erfassen und
1791 Vorschläge unterbreiten, wie das Land Bürger und Wirtschaft sinnvoll von
1792 Bürokratiekosten entlasten kann.

1793 **VIII. CHANCEN IM LÄNDLICHEN RAUM**

1794 **Politik für das ganze Land.**

1795 Die CDU steht dafür, dass in Baden-Württemberg Wohlstand und Chancen, Innovations-
1796 kraft und Lebensqualität im ganzen Land zu Hause sind - sowohl in den städtischen Zen-
1797 tren als auch in der Fläche. Weil die CDU immer für einen fairen Ausgleich zwischen Stadt
1798 und Land gesorgt hat, ist Baden-Württemberg heute das einzige Land in Deutschland, in
1799 dem es keine strukturschwachen Gebiete gibt. Vom Ländlichen Raum kann das ganze Land
1800 lernen: Das Interesse am Mitmenschen, das Engagement für die Gemeinschaft, Hilfsbe-
1801 reitschaft und Zusammenhalt sind auf dem Land besonders lebendig. Die CDU will mit
1802 einem breiten und integrierten Ansatz allen Teilräumen des Landes eine verlässliche Per-
1803 spektive bieten.

1804 Nach unserer Überzeugung ist Baden-Württemberg deshalb stark, weil es starke Ländliche
1805 Räume hat. Ihnen gilt auch in Zukunft unsere besondere Verantwortung. Die CDU ist die
1806 Partei des Ländlichen Raums. Doch auch der Ländliche Raum steht vor großen Herausfor-
1807 derungen. Die Menschen auf dem Land erwarten Antworten auf die Fragen des demografi-
1808 schen Wandels. Und sie verlangen zu Recht, dass der Ländliche Raum nicht von der digita-
1809 len Zukunft abgekoppelt wird, dass er auch künftig ein chancenreiches Lebensumfeld ist.

1810 **Starke Ländliche Räume.**

1811 Baden-Württemberg ist das Land der Weltmarktführer auf den Dörfern. Wir wollen, dass
1812 der Ländliche Raum sich als attraktiver Wirtschaftstandort weiterentwickelt, damit junge
1813 Menschen in ihrer Heimat Perspektiven für sich sehen. Wir haben dafür gesorgt, dass die
1814 Gemeinden im Ländlichen Raum gleichberechtigt Anteil hatten an den Konjunkturpro-
1815 grammen. Sie haben gerade auch der ländlichen Infrastruktur wichtige Impulse gegeben.

1816 **Schnelles Internet im ganzen Land.**

1817 Die CDU unterstützt die systematische Anbindung an die schnellen Datennetze. Wir sor-
1818 gen dafür, dass der Ländliche Raum auf dem Weg in die globale Wissens- und Informati-
1819 onsgesellschaft der Zukunft Schritt hält. Schon heute ist Baden-Württemberg in der Förde-
1820 rung der Breitbandversorgung bundesweit führend. Das vom Bund vorgegebene Ausbau-
1821 ziel für das Jahr 2014 – eine Breitbandversorgung für 75 Prozent aller Haushalte mit einer
1822 Internetgeschwindigkeit von 50 Megabit – hat Baden-Württemberg als erstes Bundesland
1823 bereits im Juni 2010 erreicht. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den Kommunen sowohl die
1824 Grundversorgung als auch den Ausbau der Hochleistungsnetze weiter voranzutreiben.

1825 **Flächendeckende Hochschulstruktur garantieren.**

1826 Die Menschen im Ländlichen Raum brauchen sichere Arbeitsplätze. Umgekehrt benötigen
1827 die Unternehmen qualifizierte Arbeitskräfte, damit sie an ihren ländlichen Standorten er-
1828 folgreich bleiben können. Die CDU steht deshalb zur dezentralen baden-
1829 württembergischen Hochschullandschaft, die einzigartig ist in Deutschland. Kein Land hat
1830 so viele Hochschulen wie Baden-Württemberg. Die CDU garantiert auch in Zukunft beste
1831 Bildungschancen und Studienangebote überall im Land.

1832 **Mit uns bleibt die Schule im Dorf.**

1833 Für die CDU gilt: Kurze Beine - kurze Wege. Wir sind entschlossen, möglichst jede Grund-
1834 schule auch an ländlichen Standorten zu erhalten. Unser Konzept der Bildungshäuser für
1835 Kinder von drei bis zehn Jahren bietet die Chance, auch bei zurückgehenden Schülerzahlen
1836 in kleinen Gemeinden innovative Bildungsangebote zu machen. Mit der neuen Werkreal-
1837 schule bringen wir die mittlere Reife flächendeckend an mehr Schulstandorten als bisher.
1838 Mit einem Programm „Bildung im Ländlichen Raum“ wollen wir die Schulangebote auf dem
1839 Land gezielt zukunftssicher machen.

1840 **Daseinsvorsorge in den Dörfern sichern.**

1841 In vielen ländlichen Gebieten werden in den nächsten Jahrzehnten weniger Menschen le-
1842 ben. Deshalb werden wir dafür Sorge tragen, dass Versorgungseinrichtungen wie Post,
1843 Banken, Einkaufsmöglichkeiten, kulturelle Angebote und Verwaltungsdienstleistungen vor
1844 Ort vorhanden bleiben. Dabei werden wir auch die Chancen der neuen Medien nutzen: Der
1845 virtuelle Dorfladen, Online-Dienstleistungen oder die Möglichkeiten der Telearbeit kön-
1846 nen einen Beitrag leisten, um die fehlende Zentralität Ländlicher Räume auszugleichen.

1847 **Unser Erfolgsmodell: Das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum.**

1848 Der Ländliche Raum ist lebenswert. Lebendige Dorfkerne, ein aktives Vereinsleben, Woh-
1849 nen und Leben nah an der Natur sind Standortfaktoren, die wir weiter stärken wollen. Un-
1850 ser Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) hat maßgeblich mitbewirkt, dass unsere
1851 Dörfer und Gemeinden schöner, attraktiver und stärker geworden sind. Seit dem Start des
1852 ELR hat das Land mehr als eine Milliarde Euro direkt für die ländliche Entwicklung bereit-
1853 gestellt und Investitionen von 8 Milliarden Euro angestoßen. Das Programm gilt inzwi-
1854 schen europaweit als Markenzeichen der gelungenen baden-württembergischen Struktur-
1855 politik. Wir werden es nach klaren strategischen Förderschwerpunkten weiterführen und
1856 mit anderen Förderprogrammen stärker abstimmen, um eine ganzheitliche Entwicklung
1857 des Ländlichen Raumes zu garantieren.

1858 **Damit der Landarzt auf dem Land bleibt.**

1859 Baden-Württemberg verfügt im bundesweiten Vergleich über ein qualifiziertes und flächendeckendes Netz von Ärzten: Nirgendwo sonst ist die Ärztedichte höher. Die Menschen im Ländlichen Raum haben Anspruch auf eine gute und wohnortnahe Gesundheitsversorgung.

1863 Es ist uns bewusst, dass viele Menschen in den dünn besiedelten Regionen des Landes die flächendeckende ärztliche Versorgung in Gefahr sehen. Deshalb hat die CDU-geführte Landesregierung ein Landarztprogramm gestartet, damit in ländlichen Gebieten Ärztinnen und Ärzte für die Patienten da sind und auch dort bleiben. Im ersten Schritt stehen dafür 7 Millionen Euro bereit. Damit unterstützen wir innovative Modelle zur ärztlichen Versorgung in der Fläche, wie zum Beispiel die Einrichtung von Ärztestationen oder Zweigpraxen. Den Ärztenachwuchs wollen wir gezielter auf die Übernahme frei werdender Landarztpraxen vorbereiten und für Jungmediziner besondere finanzielle Anreize schaffen. Das Landarztprogramm werden wir mit weiteren Bausteinen ergänzen. Besonders bekennt sich die CDU Baden-Württemberg zur Einrichtung von Ärztehäusern als Antwort auf die Versorgungsfragen in ländlichen Gegenden. Grundsätzlich ist es die Aufgabe der ärztlichen Selbstverwaltung, der Kassenärztlichen Vereinigung und der Krankenkassen, die flächendeckende Ärzteversorgung zu sichern. Wir werden sie aus dieser Pflicht nicht entlassen.

1876 **Faire Chancen für die Land- und Forstwirtschaft.**

1877 Die CDU steht an der Seite der baden-württembergischen Bauern, Waldbauern, Wengerter und Winzer. Wir wollen auch in Zukunft eine flächendeckende, an die Landschaft angepasste Landbewirtschaftung durch selbständige, wettbewerbsfähige Unternehmen. Unsere bäuerlichen Familienbetriebe erfüllen hier wie überall im Land mit ihrer Arbeit und mit ihrem Wissen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie produzieren hochwertige Lebensmittel in direkter Marktnähe und erhalten unsere vielfältigen Kulturlandschaften. Sie stellen sich dem Wettbewerb, übernehmen gleichzeitig Verantwortung für eine nachhaltige Landbewirtschaftung, für den Umwelt- und Naturschutz sowie für den Tourismus.

1885 **Verlässliche Unterstützung unserer Landwirte.**

1886 Für ihre Arbeit haben unsere Landwirte Anspruch auf Anerkennung und auf einen fairen und verlässlichen Ausgleich. Die CDU tritt weiter dafür ein, dass unsere bäuerlichen Betriebe auch nach 2013 eine ausreichende direkte finanzielle Förderung erhalten. Die Direktzahlungen an die Betriebe sind dabei unverzichtbar. Deshalb kämpfen wir im Interesse unserer Landwirte für eine starke erste Säule zur Grundsicherung landwirtschaftlichen Einkommens im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU in der kommenden Pla-

1892 nungsperiode bis 2020. Wir brauchen auch eine gut ausgestattete zweite Säule als Aus-
1893 gleich für die Leistungen der Landwirtschaft für die gesamte Gesellschaft.

1894 Auch Milchbauern und Molkereien brauchen verlässliche Bedingungen für ihren betriebs-
1895 wirtschaftlichen Erfolg. Die baden-württembergische Milchwirtschaft darf nicht mit weite-
1896 ren Belastungen konfrontiert werden. Die CDU wird die Betriebe nicht ungeschützt dem
1897 Spiel der Marktkräfte preisgeben. Wir kämpfen dafür, dass das Sicherheits- und Qualitäts-
1898 netz der EU zum Abfedern künftiger Milchmarktkrisen straff gespannt bleibt.

1899 Für die klein strukturierte Landwirtschaft in Baden-Württemberg wollen wir gemeinsam
1900 mit den Betrieben neue Chancen erschließen: Deshalb unterstützen wir die landwirtschaft-
1901 lichen Betriebe dabei, neue Einnahmemöglichkeiten zu erschließen. Viele dieser Möglich-
1902 keiten sind bereits erfolgreicher Alltag (Ferien auf dem Bauernhof, Straußenwirtschaften,
1903 Hofcafés, Direktvermarktung, biologische Anbauformen). Die CDU steht zur besonderen
1904 Tradition der Klein- und Obstbrenner in Baden-Württemberg. Sie sind ein wichtiger Be-
1905 standteil unserer Landwirtschaft und leisten ihren Beitrag zur Kulturlandschaftspflege. Die
1906 CDU hat sich deshalb auf europäischer Ebene erfolgreich für eine Verlängerung des
1907 Branntweinmonopols eingesetzt.

1908 **Landwirtschaft in Verantwortung vor der Schöpfung.**

1909 Für die Land- und Forstwirtschaft hat der Anbau von Energiepflanzen und die Produktion
1910 von Bioenergie wachsende Bedeutung. Schon heute deckt die Bioenergie mehr als sieben
1911 Prozent des gesamten Energieverbrauchs in Baden-Württemberg. Wir wollen diesen Anteil
1912 weiter erhöhen, werden jedoch bei der Novellierung des EEG darauf hinwirken, dass keine
1913 Konkurrenz zur Lebens- und Futtermittelproduktion entsteht. Wir sehen auch die ethi-
1914 schen Fragestellungen, die sich etwa mit der Verwendung von Nahrungsmitteln zur Ener-
1915 giegewinnung verbinden.

1916 Alternative Formen der Energieerzeugung wie Heupellets sind weiterzuentwickeln. Die
1917 CDU fordert insbesondere die ländlichen Kommunen auf, bei der Energieversorgung
1918 kommunaler Liegenschaften mit den Landwirten zusammenzuarbeiten. Unsere Vision ist
1919 das energieautarke Dorf mit Hilfe der Landwirtschaft.

1920 Die CDU nimmt die Sorgen vieler Bürger bei der grünen Gentechnik ernst. Wir gehen kei-
1921 ne unnötigen Risiken ein und werden deshalb die geltenden Regeln restriktiv anwenden.
1922 Patente auf Tiere und Pflanzen lehnen wir ab. Die Zucht von landwirtschaftlichen Nutztie-
1923 ren muss patentfrei bleiben. Die Bestrebungen der EU, den Anbau gentechnisch veränder-
1924 ter Pflanzen national zu regeln, lehnen wir ab. In einem einheitlichen Wirtschaftsraum
1925 können bei der Sicherheit der Nahrungsmittel keine unterschiedlichen Standards gelten.

1926 **IX. CHANCEN DURCH MOBILITÄT**

1927 Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas. Das verschafft uns einen ungeheuren
1928 Standortvorteil. Um davon zu profitieren, muss unser Land gut ausgebaute Verkehrswege
1929 haben. Das ist der Schlüssel, um Unternehmen in Baden-Württemberg zu halten und wei-
1930 tere hinzu zu bekommen. Auch in Zukunft muss gelten: Baden-Württemberg exportiert
1931 Güter und Dienstleistungen, aber keine Arbeitsplätze.

1932 **Wir haben Nachholbedarf im Verkehrsbereich.**

1933 Unzweifelhaft hat Baden-Württemberg einen großen Nachhol- und Ausbaubedarf im Ver-
1934 kehrsbereich. Das gilt insbesondere für die Bundesfernstraßen und den Schienenbereich.
1935 Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, mehr Mittel nach Baden-Württemberg zu holen.
1936 Für uns ist klar: Nach dem Aufbau Ost ist es nun Zeit für den Ausbau Südwest.

1937 Wir wollen Mobilität gestalten statt verhindern. Wir sehen Mobilität als Ausdruck von
1938 Freiheit und wollen nicht immer neue Verbote. Unser Land braucht neue Verkehrswege
1939 statt immer mehr Staus. Zugleich verschließen wir nicht die Augen vor den negativen Be-
1940 gleiterscheinungen von Mobilität. Unser Ziel ist es daher, die steigenden Verkehrsbedürf-
1941 nisse von Menschen und Unternehmen mit den Anforderungen an eine nachhaltige Aus-
1942 richtung von Wirtschaft und Gesellschaft in Einklang zu bringen.

1943 **Nachhaltige Mobilität - Schlüssel zur Zukunft.**

1944 Wir haben den Anspruch, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit ökologischer Verantwor-
1945 tung und sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Dafür steht der neue Generalverkehrsplan
1946 des Landes mit seinem Leitmotiv „Nachhaltige Verkehrsentwicklung - Mobilität sichern“.
1947 Dieser Plan zeigt die wesentlichen Handlungsfelder für die Zukunft auf: eine leistungsfä-
1948 hige Infrastruktur, eine konsequente Nutzung und intelligente Verknüpfung der Verkehrs-
1949 träger, eine Sicherstellung von Mobilität in allen Teilen des Landes und für alle Generatio-
1950 nen und eine Reduzierung der Umweltbelastungen auf ein verträgliches Maß.

1951 **Moderne Mobilität: Neue Antriebstechnologien.**

1952 Gerade bei den automobilen Antriebstechnologien steht der Verkehrssektor vor einem
1953 Umbruch. Die CDU fördert Elektro- und Hybridantriebe als Antriebsformen der Zukunft.
1954 Wir wollen, dass der technologische Wandel im Automobilbereich in unserem Land statt-
1955 findet. Wir wollen, dass auch in den nächsten Jahrzehnten die besten Autos der Welt aus
1956 Baden-Württemberg kommen.

1957 Dazu haben wir die Landesinitiative Elektromobilität ins Leben gerufen. Sie dient dem
1958 Aufbau und Ausbau von Forschungsvorhaben und unterstützt Mobilitätsprojekte. Die e-

1959 mobil BW GmbH haben wir als zentrale Anlauf-, Beratungs- und Servicestelle für alle Be-
1960 lange der Elektromobilität geschaffen. Wir unterstützen neue Initiativen und Projekte -
1961 etwa zur Batterietechnik, zum Leichtbau, zu intelligenter Verkehrstechnik oder zur Ver-
1962 bundforschung. Und wir wollen Zeichen setzen. Deshalb stellen wir die Dienstwagenflotte
1963 des Landes schnellstmöglich auf Hybrid- und Elektrofahrzeuge um.

1964 **Verkehr sinnvoll lenken.**

1965 Vorhandene Verkehrsinfrastruktur muss optimal genutzt werden. Daher haben intelligente
1966 IT-gestützte Systeme zur Verkehrslenkung für uns hohe Priorität. Sie erhöhen die Ver-
1967 kehrssicherheit und verbessern den Verkehrsfluss auf hoch belasteten, staugefährdeten
1968 Straßen. Wir haben deshalb in den letzten Jahren bei der Straßenverkehrszentrale ein inte-
1969 griertes Verkehrsmanagement aufgebaut, das wir weiter ausbauen wollen.

1970 Intelligente Verkehrssteuerung und bessere Auslastungen braucht auch der Güterverkehr:
1971 Neue Logistikkonzepte, die etwa eine bessere Auslastung im Güterverkehr ermöglichen,
1972 vermeiden Leerfahrten. Gerade im städtischen Bereich und im Güterverkehr streben wir
1973 Lösungen an, die verschiedene Verkehrsträger miteinander verknüpfen.

1974 Die Region Stuttgart wollen wir zur Musterregion für Nachhaltige Mobilität machen. Hier
1975 werden wir modernste Technologien und Ansätze aus den Bereichen Elektromobilität,
1976 Verkehrssteuerung und Vernetzung der Verkehrsträger einem Praxistest unterziehen. Die
1977 Region Stuttgart soll das Schaufenster sein, wie die Mobilität der Zukunft aussieht.

1978 **Höchste Eisenbahn für eine moderne Bahninfrastruktur.**

1979 Wir wollen mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene bringen. Durch die zentrale Lage
1980 Baden-Württembergs im Schnittpunkt der wichtigsten Nord-Süd- und West-Ost-Achsen
1981 Europas eignet sich unser Land dafür besonders. Zu diesem Zweck brauchen wir eine zeit-
1982 gemäße Schieneninfrastruktur. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Eisenbahnen im Land
1983 weiter auszubauen.

1984 Baden-Württemberg hat große Erfolge im Schienenpersonennahverkehr aufzuweisen. So
1985 wuchs das Leistungsangebot von rund 50 Millionen Zugkilometern im Jahr 1995 auf über
1986 85 Millionen Zugkilometer im Jahr 2010. Wir wollen, dass diese Entwicklung weitergeht.

1987 Zugleich braucht unser Land unbedingt einen Ausbau des Schienenpersonenfernverkehrs
1988 und des Güterverkehrs auf der Schiene. Wir wollen die Möglichkeit ergreifen, ökologisch
1989 intensiven Verkehr vom Flugzeug und von der Straße auf die Schiene zu bringen.

1990 **Wir stehen zum Bahnprojekt Stuttgart 21.**

1991 Europaweite Bedeutung für den Schienenverkehr haben das Bahnprojekt Stuttgart-Ulm
1992 mit Stuttgart 21, der Ausbau der Rheintalbahn sowie die Neubaustrecke Mannheim-
1993 Frankfurt. Diese Vorhaben liegen auf wichtigen europäischen Verkehrsachsen und sind
1994 dringend ausbaubedürftig.

1995 Die CDU steht uneingeschränkt zum Bahnprojekt Stuttgart-Ulm mit den Teilen Stutt-
1996 gart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm. Dieses Vorhaben ist ein zentrales Zu-
1997 kunftsprojekt im Schienenverkehr unseres Landes. Wir stärken damit nicht nur den schnel-
1998 len Personenverkehr auf Hochgeschwindigkeitsstrecken. Stuttgart 21 bringt auch erhebli-
1999 che Verbesserungen im Regionalverkehr.

2000 Wir räumen ein, dass in der Vergangenheit bei der Vermittlung des Projekts Fehler ge-
2001 macht wurden. Daraus haben wir gelernt. Nach Abschluss des Schlichtungsverfahrens ist
2002 unser Blick nach vorne gerichtet. Für uns zählen die verkehrlichen Chancen des Projekts:
2003 Baden-Württemberg wird fest in das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz eingebun-
2004 den, der Flughafen und die Messe erhalten einen schnellen Schienenanschluss, mehr und
2005 schnellere Nahverkehrsverbindungen werden ermöglicht und Ländliche Räume besser an-
2006 gebunden. Außerdem ergeben sich einmalige städtebauliche Entwicklungsmöglichkeiten
2007 für die Landeshauptstadt. Wir wollen, dass diese Chancen unter Einbeziehung der Bürger-
2008 schaft genutzt und gestaltet werden.

2009 **Rheintalbahn bürger- und umweltfreundlich ausbauen.**

2010 Der Ausbau der Rheintalbahn hat höchste Priorität. Die bisherigen Pläne der Bahn tragen
2011 den Belangen von Mensch und Umwelt nicht ausreichend Rechnung. Wir setzen uns daher
2012 für eine Änderung der bisherigen Planungen ein. Die CDU-geführte Landesregierung hat
2013 mit ihrem Einsatz erreicht, dass die Bahn bereit ist, an der Strecke anwohnerfreundliche
2014 Alternativen zu prüfen. Sollten Änderungen zu Mehrkosten führen, sind wir bereit, uns
2015 daran gemeinsam mit Bahn und Bund zu beteiligen.

2016 **Wichtige Schienenprojekte vorantreiben.**

2017 Die ICE-Neubaustrecke Mannheim-Frankfurt sorgt für schnelle Verbindungen zwischen
2018 den Regionen Rhein-Neckar und Rhein-Main. Deshalb muss der Lückenschluss zügig vo-
2019 rangetrieben werden. Wir stehen zu unserer Auffassung, dass Mannheim vollwertig in die
2020 Schnellbahntrasse eingebunden werden muss. Wir setzen dabei auf eine einvernehmliche
2021 Lösung zwischen der Bahn, der Stadt Mannheim und der Region Rhein-Neckar.

2022 Der Ausbau der Gäubahn muss weiter voran gehen. Mit der Unterzeichnung der Planungs-
2023 vereinbarung für den zweigleisigen Ausbau des Abschnitts Horb-Neckarhausen ist dank

2024 der finanziellen Unterstützung des Landes ein wichtiger Meilenstein geschafft. Wir wollen,
2025 dass möglichst rasch weitere Ausbaustufen folgen. Außerdem drängen wir darauf, dass die
2026 Neigetechnik-Züge baldmöglichst wieder einsatzbereit sind.

2027 Die Elektrifizierung und der Ausbau der Südbahn von Ulm nach Friedrichshafen sind von
2028 entscheidender Bedeutung für den Anschluss des Bodenseeraums nach Ulm und Stuttgart.
2029 Deshalb hat sich das Land mit einer Vorfinanzierung von Planungsleistungen außerordent-
2030 lich engagiert. Wir wollen dieses Engagement mit einer hälftigen Finanzierung der Investi-
2031 tionskosten fortsetzen. Unser Ziel ist und bleibt eine Inbetriebnahme in der kommenden
2032 Legislaturperiode.

2033 Eine besondere Bedeutung für den Verkehr mit der Schweiz hat die Elektrifizierung der
2034 Hochrheinstrecke. Wir wollen, dass die kürzlich begonnene Planung zügig weitergeführt
2035 wird. Wir wollen eine Elektrifizierungsinitiative starten, die neben der Südbahn und der
2036 Hochrheinbahn auch Stecken wie die Bodenseegürtelbahn, die Verbindung Tübingen –
2037 Albstadt oder die Breisgau S-Bahn in das elektrische Schienennetz einbinden soll.

2038 **Erfolgsgeschichte des ÖPNV weiterschreiben.**

2039 Der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Baden-Württemberg ist
2040 eine Erfolgsgeschichte. Wir wollen, dass dieser Erfolg anhält. Dafür ist eine stetige Verbes-
2041 serung der Qualität des ÖPNV nötig. Hierzu gehört Barrierefreiheit genauso wie neue Ver-
2042 triebssysteme (E-Ticketing) oder Echtzeit-Anzeigen in Fahrzeugen und an Haltestellen.
2043 Mittlerweile gibt es im ganzen Landesgebiet Verkehrsverbünde, die Mobilität aus einer
2044 Hand anbieten. Diese Verkehrsverbünde müssen ebenso wie verbundübergreifende Lö-
2045 sungen vom Land weiterhin unterstützt werden.

2046 Bei der Neuvergabe der Leistungen des Landes im Schienenpersonennahverkehr setzen
2047 wir auf eine Vergabe im Wettbewerb mit festen Qualitätszielen. Dies gilt auch für den En-
2048 de 2016 auslaufenden Generalvertrag mit der DB Regio AG. Davon versprechen wir uns
2049 günstige Fahrpreise bei gleichzeitig hohem Komfort.

2050 **Ohne Straßen läuft nichts.**

2051 Wir wollen eine Verkehrspolitik ohne ideologische Scheuklappen. Dazu gehört ein deutli-
2052 ches Bekenntnis zum Verkehrsträger Straße. Nach allen Zukunftsszenarien wird die Straße
2053 der Verkehrsträger Nummer 1 bleiben.

2054 Gerade in der Erschließung des Landes in der Fläche hat die Straße eine wichtige Aufgabe.
2055 Für die Wirtschaft ist der Straßengüterverkehr aufgrund seiner Flexibilität unerlässlich.
2056 Das gilt vor allem bei den immer wichtigeren termin- und zeitpunktgenauen Lieferungen.

2057 Eine gut ausgebaute Straßeninfrastruktur ist daher von großer Bedeutung für den wirt-
2058 schaftlichen Erfolg unseres Landes.

2059 **Fernstraßen zügig ausbauen.**

2060 Der dringend notwendige Ausbau der Fernverkehrsstraßen in Baden-Württemberg hinkt
2061 dem Bedarf hinterher. Seit vielen Jahren ist der Fernstraßenbau in unserem Land unterfi-
2062 nanziert. Die Konjunkturpakete haben nur kurzfristig Abhilfe schaffen können. Im Land
2063 gibt es derzeit baureife und im Bau befindliche Bundesfernstraßenprojekte im Umfang von
2064 fast 2 Milliarden Euro. Der Bund stellt dafür jährlich aber nur rund 200 Millionen Euro zur
2065 Verfügung. Für die CDU ist auch bei der Straße klar: Nach dem Aufbau Ost muss der Aus-
2066 bau Südwest kommen. Dafür sind insgesamt mehr Bundesmittel für die Straße nötig. Wir
2067 wollen erreichen, dass der Bund die Gelder für Autobahnen und Bundesstraßen in Zukunft
2068 nicht mehr nach starren, Jahrzehnte alten Verteilerschlüsseln, sondern nach aktuellem
2069 Bedarf, aktuellem Verkehrsaufkommen und aktuellen demografischen Prognosen vergibt.

2070 Wichtigste große Einzelvorhaben im Fernstraßenbereich sind für uns der Ausbau der Bun-
2071 desautobahnen A5, A6 und A8. Hinzu kommen der durchgängige Neubau der A98 als zent-
2072 rales Projekt am Hochrhein und der Bau zahlreicher Ortsumgehungen, um Menschen aktiv
2073 vor Lärm und Verkehr zu schützen. Wir setzen uns dafür ein, den Albaufstieg im Zuge der
2074 A8 als Maßnahme von europäischer Bedeutung über eine Sonderfinanzierung des Bundes
2075 zu realisieren.

2076 Zur langfristigen Sicherung des Landesstraßenvermögens wollen wir künftig die Investiti-
2077 onen in die Erhaltung des Straßennetzes dauerhaft stärken. In den vergangenen Jahren
2078 haben wir mit dem Impulsprogramm und dem Landesinvestitionsprogramm dafür gesorgt,
2079 dass zusätzlich 60 Millionen Euro für Straßenbauvorhaben und 70 Millionen Euro für Erhal-
2080 tungsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Mit dem Nachtragshaushalt 2011 haben wir wei-
2081 tere 40 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt. Für die CDU-geführte Landesregierung
2082 haben Vermögenspflege und Bestandserhaltung Vorrang vor neuen Vorhaben.

2083 Die kommunalen Straßen sind im Verbund mit den Bundes- und Landesstraßen für die
2084 Leistungsfähigkeit des gesamten Straßennetzes unerlässlich. Der Aus- und Neubau von
2085 kommunalen Straßen ist für Gemeinden, Städte und Landkreise meist ein finanzieller
2086 Kraftakt. Trotz knapper Mittel haben wir den kommunalen Straßenbau im Jahr 2010 mit
2087 104 Millionen Euro gefördert. Wir wollen den kommunalen Straßenbau auch in den nächs-
2088 ten Jahren fördern, um zur Lösung der kommunalen Verkehrsprobleme beizutragen.

2089 **Sichere Infrastrukturfinanzierung gewährleisten.**

2090 Der Investitionsstau im Fernstraßenbau zeigt deutlich: Die konventionelle Finanzierung
2091 des Straßenbaus ist nicht ausreichend. Außerdem ist es aufgrund der angespannten Situa-
2092 tion des Bundeshaushalts unwahrscheinlich, dass in absehbarer Zeit alle erforderlichen
2093 Mittel für den Straßenbau aufgebracht werden können.

2094 Die private Vorfinanzierung von Autobahnabschnitten kann ein Modell sein, um wichtige
2095 Vorhaben vorziehen zu können. Allerdings werden hiermit Finanzierungslasten in die Zu-
2096 kunft verschoben und künftige Haushalte eingeengt.

2097 Aus unserer Sicht führt daher kein Weg daran vorbei, verstärkt intelligente Finanze-
2098 rungsmöglichkeiten zu prüfen. Eine intelligente Weiterentwicklung der Lkw-Maut könnte
2099 dabei ein gangbarer Weg sein. Damit könnte der ökologische Umbau der Lastwagenflotte,
2100 gerade auch bei kleineren Lkw, unterstützt werden.

2101 Zusätzliche Einnahmen dürfen nicht im Haushalt versickern. Sie müssen vollständig den
2102 Nutzern der Infrastruktur zu Gute kommen. Daher muss die Verkehrsinfrastrukturfinan-
2103 zierungsgesellschaft (VIFG) zu einer unabhängigen Gesellschaft zur Finanzierung der Stra-
2104 ßeninfrastruktur weiterentwickelt werden.

2105 **Flugverkehr - Zurückhaltung beim Infrastrukturausbau.**

2106 Beim Flugverkehr wenden wir uns gegen große neue Infrastrukturvorhaben. Vielmehr wol-
2107 len wir die bestehenden Kapazitäten sichern und nur behutsam weiter ausbauen. Baden-
2108 Württemberg hat keinen Bedarf und kein Potential als internationale Drehscheibe des
2109 Flugverkehrs. Daher gilt für uns die Zusage, dass keine weitere Start- oder Landebahn am
2110 Landesflughafen Stuttgart kommt.

2111 Die Anflüge auf den Flughafen Zürich-Kloten über deutsches Gebiet müssen begrenzt
2112 bleiben. 75.000 Überflüge über Südbaden im Jahr sind genug. Die bestehenden Sperrzeiten
2113 wollen wir beibehalten. Den so genannten gekröpften Nordanflug lehnen wir ab.

2114 **Stärkung des Schiffsverkehrs auf dem Neckar.**

2115 Wir wollen die Binnenschifffahrt als umweltfreundliche Alternative für den Güterverkehr
2116 stärken. Deshalb haben wir uns für eine Verlängerung der Neckarschleusen eingesetzt.
2117 Damit können die neuen Rheinschiffe zukünftig auch den Neckar befahren. Bis 2025 muss
2118 das Gesamtvorhaben abgeschlossen sein.

2119 **X. CHANCEN DURCH SOLIDE HAUSHALTE**

2120 **Solide Finanzpolitik ist das Markenzeichen der CDU.**

2121 Stabile und gesunde öffentliche Finanzen sind der Garant für Vertrauen in die Politik und
2122 für politische Gestaltungschancen. Wir wollen heute vernünftig wirtschaften, um auch
2123 morgen noch handlungsfähig zu sein.

2124 Sparen heißt für uns, die Ausgaben zu verringern. Wir wenden uns dagegen, zur Stabilisie-
2125 rung der Staatsfinanzen immer nur an der Einnahmenschraube zu drehen. Steuern und
2126 Abgaben müssen auf das notwendige Maß begrenzt werden. Gerade kleine und mittlere
2127 Einkommen brauchen mittel- und langfristig eine Entlastung. Nur wenn die Bürger und
2128 Unternehmen etwas in der Tasche haben, können sie es für Investitionen und Konsum
2129 ausgegeben. Das kurbelt unsere Wirtschaft an.

2130 **Sparen für unsere Kinder.**

2131 Sparen ist kein Selbstzweck. Denn die Schulden von heute sind die Belastung der Steuer-
2132 zahler von morgen. Damit wollen wir Schluss machen. Die notwendige Konsolidierung un-
2133 serer Finanzen gelingt nur, wenn wir bei den Ausgaben neue Prioritäten setzen. Dazu sind
2134 wir bereit. Wir sparen für unsere Kinder und nicht an unseren Kindern.

2135 Im laufenden Doppelhaushalt 2010/2011 war die Nullverschuldung angesichts der Finanz-
2136 und Wirtschaftskrise nicht zu halten. Zu hohe Einsparmaßnahmen hätten die stotternde
2137 Konjunktur vollends abgewürgt. Die Konjunkturprogramme wären konterkariert worden.
2138 Die gerade in Baden-Württemberg wieder stark wachsende Wirtschaft führt zu Mehrein-
2139 nahmen. Diese Mehreinnahmen verwenden wir ausschließlich zur Absenkung der Neuver-
2140 schuldung.

2141 In den kommenden Jahren wollen wir weiter sparen und klare Prioritäten setzen. Dabei
2142 müssen wir auch die hohen Personalausgaben des Landes im Auge behalten. Zukunftswei-
2143 sende Projekte wollen wir nicht beschneiden. Deshalb wird mit uns bei Bildung und For-
2144 schung nicht gespart. Die Köpfe der Menschen sind die einzigen „Rohstoffe“ unseres Lan-
2145 des. Diesen Schatz wollen wir pflegen.

2146 Wir spielen mit offenen Karten. Ausdruck verlässlicher und verantwortungsvoller Politik ist
2147 es, vor der Wahl zu sagen, was nach der Wahl passiert. Deshalb hat die CDU-geführte Lan-
2148 desregierung bereits im November 2010 Einsparvorschläge in Höhe von 500 Millionen
2149 Euro vorgelegt. So sparen wir Beamtenstellen in Ministerien und Regierungspräsidien ein.
2150 Zugleich nehmen wir die wichtigen Bereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung, Polizei
2151 sowie die Steuerfahndung davon aus. Mit dem Vorgriffstundenmodell nutzen wir die de-

2152 mografische Entwicklung zu weiteren Einsparungen und vermeiden gleichzeitig finanzielle
2153 Einbußen bei den Beamtinnen und Beamten. Mit unserem Einsparprogramm gehen wir
2154 nicht den einfachsten Weg. Aber wir zeigen Mut zur Verantwortung, um finanzielle Spiel-
2155 räume zurück zu gewinnen und der Verpflichtung kommenden Generationen gegenüber
2156 gerecht zu werden.

2157 **Nullverschuldung ist unser Ziel.**

2158 Wir stehen zur Schuldenbremse des Grundgesetzes. Für ihre Einführung haben wir uns
2159 stark gemacht, um Bund und Länder zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik zu verpflichten.
2160 Genauso stehen wir zum Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt. Wir sind be-
2161 reit, unseren Teil für eine starke Wirtschaft und für eine stabile Währung zu leisten. Des-
2162 halb müssen sich alle Maßnahmen, auch die dieses Regierungsprogramms, am Ziel der
2163 Nullverschuldung orientieren.

2164 Verantwortliche Haushaltspolitik ist mancherorts ein Fremdwort. Die rot-grüne Minder-
2165 heitsregierung in Nordrhein-Westfalen hat mit der Hilfe der „Linken“ allein 2010 neun Mil-
2166 liarden Euro neue Schulden gemacht - mehr als dreimal so viel wie Baden-Württemberg.

2167 Mit zwei Haushalten ohne Neuverschuldung in den Jahren 2008 und 2009 haben wir ge-
2168 zeigt, dass schuldenfreie Haushalte möglich sind - erstmals seit 35 Jahren. Wir hätten so-
2169 gar Schulden zurückzahlen können, wenn nicht die Wirtschaftskrise diesen erfolgreichen
2170 Konsolidierungskurs unterbrochen hätte. Unser Ziel ist es, so schnell wie möglich zur Net-
2171 to-Nullverschuldung zurückzukehren.

2172 **Belastungen künftiger Haushalte nicht aus dem Blick verlieren.**

2173 Wir wollen die Belastungen künftiger Haushalte nicht aus dem Blick verlieren. Finanzielle
2174 Vorfestlegungen wie Pensionsausgaben für die Beamtinnen und Beamten schränken die
2175 Handlungsspielräume immer mehr ein. Daher war es richtig, in der vergangenen Legisla-
2176 turperiode einen Versorgungsfonds einzuführen. Dieser wurde mit 500 Millionen Euro
2177 Grundkapital ausgestattet. Für alle neuen Beamten werden monatliche Zahlungen an den
2178 Fonds abgeführt. Um diese Vorsorge auszubauen, wollen wir dem Fonds in der nächsten
2179 Legislaturperiode zusätzliches Grundkapital zuführen. Außerdem wollen wir die implizite
2180 Verschuldung des Landes transparenter darstellen.

2181 **Änderungen am Länderfinanzausgleich sind nötig.**

2182 Wir stehen zur Solidarität mit anderen Bundesländern. Wir fordern von ihnen aber auch
2183 eigene Verantwortung ein. Solidarität und Selbstverantwortung sind für uns zwei Seiten
2184 derselben Medaille - auch im föderalen Miteinander. Einen bedingungslosen Länderfinanz-
2185 ausgleich, der bei den Nehmerländern völlig falsche Anreize setzt, lehnen wir ab.

2186 Das derzeitige System des Länderfinanzausgleichs ist kompliziert, leistungsfeindlich und
2187 ungerecht. Seiner ursprünglichen Zielsetzung wird der Länderfinanzausgleich schon lange
2188 nicht mehr gerecht. Wir halten es für untragbar, dass sich viele Empfängerländer Luxus-
2189 ausgaben leisten, auf die das Zahlerland Baden-Württemberg aus finanzpolitischer Ver-
2190 nunft verzichtet. Solche Auswüchse wollen wir unseren Bürgern nicht länger zumuten.
2191 Ohne die Einzahlungen in den Länderfinanzausgleich wäre Baden-Württemberg heute
2192 schuldenfrei. Bis Ende 2009 haben wir 46,4 Milliarden Euro einbezahlt. Der Schuldenstand
2193 lag zum gleichen Zeitpunkt bei lediglich 41,7 Milliarden Euro. Wir wollen daher vor dem
2194 Bundesverfassungsgericht gegen den Länderfinanzausgleich klagen.

2195 Unabhängig von dieser Klage endet das derzeitige System im Jahr 2019. Wir wollen daher
2196 in der kommenden Legislaturperiode Verhandlungen mit den anderen Bundesländern füh-
2197 ren, um den Länderfinanzausgleich in Zukunft gerechter zu gestalten. Die Belastungen
2198 Baden-Württembergs müssen auf jeden Fall verringert werden.

2199 **Land und Kommunen - starke Partner.**

2200 Die CDU in Baden-Württemberg steht für das Subsidiaritätsprinzip. Die Kommunen sind
2201 die starke Basis unseres Landes. Die CDU ist Anwalt unserer Kreise, Städte und Gemein-
2202 den. Land und Kommunen haben in der Vergangenheit eine starke und faire Partnerschaft
2203 gelebt. Daran wollen wir festhalten. Offenheit, Ehrlichkeit und Transparenz sind gerade bei
2204 den Finanzbeziehungen wichtig.

2205 Wir wehren uns gegen immer neue Aufgabenübertragungen des Bundes und der Europäi-
2206 schen Union auf die kommunale Ebene. Wo dies geschieht, muss es einen finanziellen
2207 Ausgleich geben. Auch hier gilt das Prinzip: „Wer bestellt, der bezahlt“. Wir wollen die
2208 Kommunen entlasten. Deshalb setzen wir uns für den Abbau überzogener Standards ein.

2209 Wir wollen die Eigenständigkeit unserer Kommunen auch in finanziellen Fragen stärken.
2210 Ihre Spitzenposition im Bundesvergleich wollen wir sichern. Eine Sanierung des Landes-
2211 haushalts auf Kosten der Kommunen lehnen wir ab. Vielmehr bieten wir den Kommunen
2212 eine Finanzpartnerschaft auf Augenhöhe an.

2213 Wir streben an, baldmöglichst einen „Pakt für Chancengleichheit“ mit den Kommunen zu
2214 schließen. Darin sollen die Finanzbeziehungen im Einvernehmen mit den kommunalen
2215 Landesverbänden für die gesamte nächste Legislaturperiode geregelt werden. Das Land
2216 wird sich darin unter anderem verpflichten, den Einsatz der pädagogischen Assistenten
2217 auszubauen, während die Kommunen den Ausbau der Schulsozialarbeit übernehmen sol-
2218 len. Das schafft Vertrauen und Planungssicherheit für beide Seiten.

2219 Sicherheit brauchen die Kommunen auch im Bereich der Steuereinnahmen. Deshalb müs-
2220 sen die Einnahmen unserer Städte und Gemeinden verstetigt werden. Die CDU-geführte
2221 Landesregierung unterstützt eine Reform der Gemeindefinanzierung auf Bundesebene,
2222 sofern sie diesem Ziel Rechnung trägt. Gegen den Willen und zu Lasten der Kommunen
2223 darf es keine Reform geben.

2224 **XI. BADEN-WÜRTTEMBERGS CHANCEN IN DER WELT** 2225 **UND IN EUROPA**

2226 **Europa ist Chance und Erfolg.**

2227 Der europäische Einigungsprozess bedeutet für Baden-Württemberg eine große Chance
2228 und einen beispiellosen Erfolg zugleich: Im geographischen Herzen des Kontinents ge-
2229 legen, exportiert unsere Wirtschaft einen großen Teil ihrer Produkte in die Mitgliedstaaten
2230 der EU. Umfangreiche Fördermittel fließen aus Brüssel zurück in unser Land und unsere
2231 Bürgerinnen und Bürger leben mit ihren Nachbarn in Frieden und Wohlstand zusammen.
2232 Wir wollen, dass Baden-Württemberg auf europäischer Ebene eine aktive Rolle spielt. In
2233 enger Zusammenarbeit mit unseren Partnern auf nationaler wie europäischer Ebene wer-
2234 den wir unseren Beitrag zur gemeinsamen Zukunft des Kontinents leisten und dabei die
2235 Chancen für unser Land nutzen.

2236 In vielen Initiativen und Kommissionen arbeitet das Land gut mit seinen Nachbarn zu-
2237 sammen. Einen besonderen Stellenwert hat dabei die von Baden-Württemberg
2238 mitinitiierte Donaustrategie. In den kommenden Jahren gilt es, diese Zusammenarbeit im
2239 Bereich Bildung, Wirtschaft und Forschung im Donaoraum zu stärken. Daneben arbeiten
2240 wir grenzüberschreitend in der Internationalen Bodenseekonferenz, der Trinationalen
2241 Metropolregion am Oberrhein und den sog. „Vier Motoren für Europa“ auch besonders
2242 eng mit Frankreich, Österreich, Italien, der Schweiz und Spanien zusammen.

2243 **EU-Erweiterung mit Augenmaß.**

2244 Für uns ist die Europäische Union mehr als ein gemeinsamer Wirtschaftsraum. Sie ist auch
2245 eine Wertegemeinschaft. Deshalb müssen wir eine Überforderung beitragswilliger Staa-
2246 ten, aber auch der Aufnahmefähigkeit der EU vermeiden. Dies gilt gerade für einen mögli-
2247 chen EU-Beitritt der Türkei. Die Mitgliedstaaten sind aufgerufen, Alternativen zu einer EU-
2248 Vollmitgliedschaft der Türkei zu entwickeln. Die Vorteile enger Beziehungen der EU mit
2249 der Türkei in Energie-, Sicherheits- und Verteidigungsfragen können auch innerhalb einer
2250 privilegierten Partnerschaft genutzt werden.

2251 **Den europäischen Gedanken mit Leben füllen.**

2252 Wir beobachten mit Sorge, dass die Begeisterung der Menschen für den europäischen Ge-
2253 danken in vielen Staaten der EU nachlässt. Europa ist für viele zu einer Selbstverständlich-
2254 keit geworden und wird von den Eindrücken europäischer Bürokratie und Umverteilung
2255 überlagert. Deshalb wollen wir den europäischen Gedanken wieder mit mehr Leben füllen.
2256 Ein Bestandteil wird dabei der Einsatz für die deutsche Sprache auf europäischer Ebene
2257 sein. Als offizieller Arbeitssprache muss dieser endlich ein gleichberechtigter Stellenwert

2258 neben Englisch und Französisch eingeräumt werden. Daneben muss der Bürokratieabbau
2259 entschieden fortgesetzt werden: Neben der Schaffung eines Europäischen Normenkont-
2260 rollrats nach deutschem Vorbild muss das Ziel einer Reduzierung der Bürokratielasten um
2261 25 Prozent bis 2012 beibehalten werden.

2262 **Der Euro muss stabil bleiben.**

2263 Im globalen Wettstreit der Währungen wird der Euro seine starke Stellung nur behaupten
2264 können, wenn der Stabilitätspakt auch in Zukunft für die Glaubwürdigkeit und Verlässlich-
2265 keit der Finanz- und Geldpolitik in Europa steht. Der angesichts der Finanz- und Wirt-
2266 schaftskrise geschaffene „EU-Rettungsschirm für den Euro“ darf kein Freibrief für Defizit-
2267 sündler sein. Hilfen zur Stabilisierung müssen absolute Ausnahme bleiben und dürfen nur
2268 unter strengen Bedingungen gewährt werden. Euro-Länder müssen selbst dafür verant-
2269 wortlich bleiben, ihre Haushalte zu sanieren, damit die Währungsunion nicht zur Transfer-
2270 union wird. Einen Länderfinanzausgleich auf europäischer Ebene lehnen wir ab. Daneben
2271 wird sich eine CDU-geführte Landesregierung für eine konsequente Fortsetzung der Regu-
2272 lierung der Finanzmärkte einsetzen. In der Krise hat sich das stabile deutsche Dreisäulen-
2273 modell im Bankensektor bewährt. Es darf nicht angetastet werden. Gleichzeitig muss die
2274 europäische Finanzarchitektur mit Augenmaß und ohne nationale Alleingänge fortentwi-
2275 ckelt werden.

2276 **Finanzen fair und transparent ausgestalten.**

2277 Die Menschen wollen wissen, wofür und warum Europa Geld ausgibt. Gerade Deutschland
2278 als größter Nettozahler muss auf eine sparsame, effiziente und transparente Mittelver-
2279 wendung drängen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Nettozahlerposition Deutschlands
2280 nicht verschlechtert wird und dass gerade die Bereiche Innovationen und Forschung ge-
2281 fördert werden. Neben der Unterstützung weniger entwickelter Regionen erwarten wir
2282 von der EU auch gezielte Förderung für diejenigen Regionen, die - wie Baden-
2283 Württemberg - als Motor und Schrittmacher wesentlich zur Entwicklung Europas beitra-
2284 gen. Diesen Grundsatz getreu dem Motto „Stärken stärken“ muss die EU-Strukturpolitik
2285 auch nach 2013 verfolgen.

2286 **Verantwortung in der Welt.**

2287 Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise mit globalen Folgen müssen wir auch unsere Ver-
2288 pflichtung gegenüber den Menschen weltweit im Blick behalten, für die unser Wohlstand
2289 unerreichbar ist. Eine CDU-geführte Landesregierung wird deshalb die Stiftung Entwick-
2290 lungszusammenarbeit nach und nach ausbauen und ihre Aktivitäten mit neuen gezielten
2291 Projekten verstärken. Darüber hinaus wollen wir Entwicklungsländern unsere weltweit
2292 hoch geschätzten Erfahrungen in der beruflichen Bildung besser zugänglich machen. Mit

2293 internationalen Bildungspartnerschaften können arme Ländern beim Aufbau erfolgreicher
2294 Ausbildungsstrukturen entsprechend dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ unterstützt wer-
2295 den.

2296 Wirtschaftlich will das Land weltweit Türöffner in aufstrebenden Märkten sein. Besonders
2297 Kooperationen und Staatsbesuche in den BRIC- und ASEAN-Staaten sowie den arabischen
2298 Staaten im Mittleren Osten gilt neben der engen Kooperation mit den 27 EU-Staaten ein
2299 Hauptaugenmerk.

2300 **XII. BADEN-WÜRTTEMBERGS CHANCEN IN GUTEN HÄNDEN**

2301 **Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit.**

2302 Die CDU Baden-Württemberg steht für Berechenbarkeit und Verlässlichkeit - vor und nach
2303 der Wahl. Wir benennen klar, was nach unserer Überzeugung notwendig ist, damit Baden-
2304 Württemberg seine Zukunftschancen bewahrt. Wir tun lieber, worauf es ankommt, statt
2305 immer nur zu sagen, was ankommt. Wir wissen, dass politische Verantwortung mehr be-
2306 deutet, als nur dem gerade aktuellen Meinungstrend hinterher zu laufen. Unser Anspruch
2307 ist, dass sich die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger auf unser Wort
2308 und auf unseren Einsatz für dieses Land verlassen können.

2309 Für die CDU ist klar: Die Menschen in Baden-Württemberg wollen keine Politik des Popu-
2310 lismus. Sie wollen spüren, dass ihre gewählten Vertreter ihr Mandat und ihre Verpflichtung
2311 ernst nehmen und verlässliche, verantwortliche Entscheidungen treffen. Das ist unser
2312 Selbstverständnis als die Baden-Württemberg-Partei. Damit treten wir an zur Landtags-
2313 wahl.

2314 **Politik im Dialog - Bürgerbeteiligung.**

2315 Wir machen unser Angebot einer klaren und glaubwürdigen Politik - in fairer Partnerschaft
2316 und engem Dialog mit den Städten und Gemeinden, der Wirtschaft, den Gewerkschaften
2317 und Verbänden. Wir setzen weiterhin auf die gute Zusammenarbeit mit allen Akteuren aus
2318 Kultur, Jugend- und Seniorenarbeit, aus Umwelt- und Naturschutz sowie mit den Beamten
2319 und Angestellten des Landes.

2320 Besonders die Kirchen sind für uns wichtige Ansprechpartner. Ihr Rat hat für uns besonde-
2321 res Gewicht. Wir wollen, dass die Menschen in Baden-Württemberg weiter vom engen und
2322 vertrauensvollen Miteinander von Kirchen und Land profitieren können. Wir stehen zum
2323 konfessionellen Religionsunterricht an unseren Schulen, zum Sonn- und Feiertagsschutz,
2324 zu den Pflichten des Landes aus dem Staatskirchenvertrag und zu den besonderen christli-
2325 chen Bezügen in unserer Landesverfassung.

2326 Wir wollen alle mitnehmen auf dem chancenreichen Baden-Württemberg-Weg: die Unter-
2327 nehmer und Arbeitnehmer, die in schwieriger Zeit in starker Tarifpartnerschaft Flexibilität
2328 und Verantwortung bewiesen haben, die Familien, die für ihre Kinder eine gute Zukunft
2329 wollen, die älteren Menschen, auf deren Erfahrung und Teilhabe wir nicht verzichten kön-
2330 nen, die Menschen, die in unseren Land eine neue Heimat gefunden haben und die sich bei
2331 uns integrieren, und auch alle, die auf die Solidarität unserer Gemeinschaft besonders an-
2332 gewiesen sind.

2333 Wir haben aus den Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 gelernt. Deshalb wollen wir
2334 einen Prozess beginnen, in dem wir fundiert und umfassend über neue Formen der Bür-
2335 gerbeteiligung nachdenken. Die CDU wird dazu im neuen Landtag eine
2336 Enquêtekommision vorschlagen. Wir wollen jenseits von Wahlkampf und politischem Ta-
2337 gesgeschäft eine ehrliche Diskussion zur Zukunft unserer parlamentarischen Demokratie
2338 führen. Dazu wollen wir Bürgerinitiativen, Wissenschaftler und Abgeordnete aller Parteien
2339 einladen. Baden-Württemberg braucht ein starkes Parlament, aber auch starke Bürger, die
2340 sich engagiert einbringen.

2341 **Stefan Mappus - unser Ministerpräsident.**

2342 Bei Wahlen geht es nicht nur um Programme und Projekte, sondern auch um persönliches
2343 Vertrauen. Mit Ministerpräsident Stefan Mappus hat die CDU einen Spitzenkandidaten,
2344 der Vertrauen schafft und für Verlässlichkeit steht. Sein Wort gilt. Sein Kurs ist klar.

2345 Stefan Mappus kennt die Themen, die die Familien, die Kommunen und die Unternehmen
2346 im Land betreffen und bewegen. Als Familienvater steht er mitten im Leben. Als Ökonom
2347 ist er der Garant dafür, dass Baden-Württemberg erfolgreich bleibt. Als Ministerpräsident
2348 tritt er ein für eine Politik, die sich an bleibenden Werten und an den neuen Chancen Ba-
2349 den-Württembergs orientiert.

2350 Stefan Mappus macht Politik aus Verantwortung. Er kommt aus der Kommunalpolitik, ist
2351 seit vielen Jahren Abgeordneter, war Staatssekretär, Minister und Fraktionsvorsitzender.
2352 Er hat die Kraft, die Erfahrung und die Kompetenz, um Baden-Württemberg zu führen.
2353 Gleichzeitig, weiß er, wie die Menschen im Land denken und empfinden. Stefan Mappus
2354 ist einer von uns und einer für uns. Er ist der richtige Mann für Baden-Württemberg.

Der Kommission zur Erarbeitung des Regierungsprogramms haben angehört:

Vorsitzender: Thomas Strobl MdB
Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg

weitere Mitglieder: Prof. Dr. Regina Ammicht Quinn
Thomas Bareiß MdB
Norbert Barthle MdB
Dr. Christian Bäumler
Steffen Bilger MdB
Stefanie Bürkle
Thorsten Frei
Wolfgang Freiherr von Stetten
Günther Freisleben
Tanja Gönner
Astrid Hermann
Klaus Herrmann MdL
Peter Ibbeken
Wilfried Klenk MdL
Andrea Krueger MdL
Winfried E. Mack MdL
Helmut Rau MdL
Heribert Rech MdL
Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL
Iris Ripsam
Prof. Dr. Marion Schick
Dr. Klaus Schüle MdL
Katrin Schütz MdL
Dr. Monika Stolz MdL
Florian C. Weller
Annette Widmann-Mauz MdB
Rainer Wieland MdEP
Monica Wüllner
Ulrich Zeitel

Herausgeber:

CDU Baden-Württemberg
Landesgeschäftsstelle
Hasenbergstraße 49b
70176 Stuttgart
Telefon 0711/66904-0
Telefax 0711/66904-15
www.cdu-bw.de

